

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 2-2016



Grüße aus dem Steuerparadies

KAPITAL KRIMINELL

THEMA STEUERTRICKS, SPEKULATION, SCHMUTZIGE
GESCHÄFTE: WO DER GLOBALE FINANZREICHTUM BLEIBT

BLICKPUNKT ENTHEMMTE MITTE - DIE RECHTEN WUTBÜRGER

ANALYSE WIE FILTER UNS IM INTERNET BEEINFLUSSEN SOLLEN

NACHRICHTEN ALTERNATIVEN FÜR DIE ANDENREGION

LESENSWERT SCHRIFTEN DES HISTORIKERS MANFRED KOSSOK

Wolkenkratzer in Dubai. Das Emirat ist einer der größten Schattenfinanzplätze der Welt. Mehr im Thema ab Seite 14. Foto: Murty/Shutterstock



EDITORIAL 3

BLICKPUNKT

Rechtspopulismus: Panorama des Grauens 4
 Mitte-Studie spiegelt Rechtsruck in der Bevölkerung 5
 In Österreich droht Wahl eines Rechtsaußen-Präsidenten 6
 Interview: Musiker Mono & Nikitaman über manipulative FPÖ 7
 Popkultur und Nationalstolz: Die Südtiroler Band Frei.Wild 8
Geschichtspolitik: Vor 60 Jahren wurde die KPD verboten 10
 Stafettenlesung zum 100. Geburtstag von Peter Weiss 12
 Spanischer Bürgerkrieg war der erste Medienkrieg 13

THEMA «KAPITAL KRIMINELL»

Wim Zimmer über das Versagen des Finanzsystems 14
Fabio di Masi/Stefan Herweg zur Steuerpraxis von Konzernen 17
Hannes Fauser erklärt wie Offshore-Firmen funktionieren 18
Axel Troost kritisiert die fehlende Neuordnung der Finanzmärkte 20
 Interview: Bankenkritiker **Jan Schulz** über schmutzige Deals 21
Peter Wahl erörtert Chancen und Grenzen der Tobin-Steuer 22
Lisa Großmann fordert Berichtspflichten für Konzerne 23
Friederike Habermann über gesellschaftliche Alternativen 24
 Von Cum/Cum bis Offshore – kleines **Glossar** der Finanztricks 25

ANALYSE

Fremdbestimmt im Netz – der Einfluss digitaler Filter 26
 Bernie Sanders und die neue US-Linke 28
 Protestbewegung «Nuit debout» mischt in Frankreich mit 29
 Laizismus-Debatte in der Türkei: Falsche Richtung 30
 Warum der Maghreb keine sichere Herkunftsregion ist 32
 Wider das Integrationsgesetz der großen Koalition 33
 Ocean Grabbing – Investoren bemächtigen sich der Meere 34
 Mit Extraktivismus kommt die Mongolei nicht voran 35
 «Ende Gelände» und sozialökologischer «Plan B» 36

NACHRICHTEN

Austausch über Alternativen für die Andenregion 37
 Marikana: Vorwürfe gegen deutschen Chemiekonzern 38
 Delegation aus Deutschland besucht die Ukraine 39
 Stiftung baut neue Zentrale am Berliner Ostbahnhof 40
 Weimarer Konferenz widmet sich der Wohnungsfrage 41
 Gesprächsrunde in Berlin über mächtige Frauen 41

LESENSWERT

Manfred Kossok: Sozialismus an der Peripherie 42

IMPRESSUM 43



Dagmar Enkelmann

Florian Weis

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

über 17 Millionen Briten haben für den Austritt ihres Landes aus der EU gestimmt und damit die wohl tiefste Krise des europäischen Einigungsprozesses ausgelöst. An hässlichen, insbesondere rassistischen Tönen hat es nicht gemangelt in der «Leave»-Kampagne – eine soziale, demokratische Kritik an einer verbohrten Politik der europäischen Institutionen stand sicherlich nicht im Vordergrund. Dass sich die britische Politik außerhalb der EU in eine bessere Richtung entwickelt, darf bezweifelt werden, selbst der Erhalt der Union mit Schottland steht auf dem Spiel. Und doch wäre es viel zu einfach und zudem gefährlich, das Votum als Irrtum der Wählerinnen und Wähler, als bloß von Ressentiments getragenen, fremdenfeindlichen Akt zu werten, dem ein aufgeklärtes, demokratisches «Remain»-Lager gegenüberstand. Die EU-Befürworter gehören zumeist zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Gewinnern der EU-Mitgliedschaft. Ihre Kampagne hat weniger positiv für Europa als negativ mit Ängsten vor Instabilität und wirtschaftlichen Verschlechterungen argumentiert. Auf einen zentralen Slogan der «Brexit»-Anhänger – «Let's take back control» – weiß das Pro-EU-Lager in vielen Ländern immer weniger eine überzeugende Antwort. Er enthielt zwar fraglos starke isolationistische und nationalistische Elemente, kann aber für sich genommen auch eine demokratisch legitime Kritik an der Verfasstheit der EU ausdrücken. Sicherlich ist das britische Votum das radikalste bisher in der EU-Geschichte neben den beiden Volksabstimmungen in Norwegen, in denen sich die Bevölkerung gegen einen Beitritt aussprach. Doch sollte nicht vergessen werden, dass in Frankreich und Dänemark wiederholt und jüngst auch in den Niederlanden EU-Projekte bei Volksabstimmungen verworfen wurden. Auch in Griechenland hat sich 2015 eine Mehrheit in mehreren Abstimmungen gegen die Brüsseler Austeritätspolitik gestellt. So unterschiedlich die Motive

gewesen sein mögen, es wäre für die Akzeptanz sowohl der EU als auch demokratischer Verfahren generell verheerend, wenn das mehrheitliche Votum der Briten einfach ignoriert werden würde, so wie dies die EU und die deutsche Regierung mit dem demokratischen Votum der Griechen getan haben. Immerhin haben sich mehr als 72 Prozent der Briten am Referendum beteiligt, mehr als bei jeder der letzten fünf britischen Parlamentswahlen und der beiden letzten Bundestagswahlen.

Für viel öffentliche Aufregung sorgten im Frühjahr die Panama-Papers. Sie haben einmal mehr ans Licht gebracht, dass jährlich Milliarden Euro am Fiskus vorbei an Briefkastenfirmen fließen. Geld, das der Allgemeinheit verloren geht. Viele Staaten tun wenig gegen die Steuerflucht, stattdessen herrscht Wettbewerb um niedrige Steuersätze, Banken und Finanzmärkte sind nach wie vor ungenügend reguliert. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe geht zwar weit über die EU hinaus, aber er berührt eben auch zentrale Regulierungs- und damit Demokratiedefizite Europas (ab Seite 14). Angesichts der sich zuspitzenden Krisen und des Wohlstandsgefälles innerhalb der EU, vor dem Hintergrund der gefährlichen internationalen Konflikte und nicht zuletzt durch die Herausforderungen bei der Aufnahme von Geflüchteten ist ein friedliches, soziales und demokratisches Europa nötiger denn je. Die EU in ihrer jetzigen Politik und Gestalt wird diesem Anspruch bei weitem nicht gerecht. Ein trotziges «Weiter so», eine beleidigte Reaktion gegenüber den Briten, ein Durchdrücken der CETA- und TTIP-Abkommen sind grundfalsche Reaktionen, die die Akzeptanz der EU in den Bevölkerungen weiter aushöhlen und ihren Bestand damit gefährden.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EUROPA IM NETZ Der «Brexit» erregt die Gemüter in Europa – auch die Stiftung hat mit einer Reihe von Analysen und Kommentaren auf den beabsichtigten Ausstieg Großbritanniens aus der EU reagiert (www.rosalux.de/brexit). Mehr zur politischen Gegenwart und Zukunft des Kontinents gibt es zudem in der Dokumentation der Strategiekonferenz «Europe – what's left» (www.rosalux.de/europe-whats-left) sowie in einem Online-Blickpunkt der RosaLux. [HTTP://JOURNAL.ROSALUX.DE](http://journal.rosalux.de)

UMBRÜCHE globaler Solidaritätsarbeit standen im Mittelpunkt von «Internationalismus live» in Berlin. Bei einem Talk kamen unter anderem Barbara Unmüßig, Dietmar Bartsch und Francis Wurtz zu Wort, es folgten Diskussionsrunden zu Themen wie Flucht, Organisation und Klimagerechtigkeit. Für Abteilungsdirektor Wilfried Telkämper war der Abend zugleich ein Abschied – er wechselte Ende Juni in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Boris Kanzleiter.

[WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/55911](http://www.rosalux.de/documentation/55911)



RECHTSPOPULISMUS AfD und Pegida in Deutschland, der Front National in Frankreich, UKIP in Großbritannien – all over in Europa sind Parteien und Bewegungen der äußersten Rechten in der Offensive. In der Bevölkerung nehmen aggressiv

und ausgrenzende Einstellungen zu – und sie werden immer lautstärker artikuliert, wie eine aktuelle Studie zeigt. In Österreich droht nach der Annullierung der Stichwahl nach wie vor der erste Rechtsaußen-Präsident von der FPÖ.

Rechter Aufmarsch unter dem Motto «Merkel muss weg» Anfang Mai in Berlin. Foto: Caruso Pinguin/Flickr (CC BY-NC 2.0)

FRIEDRICH BURSCHEL

EIN PANORAMA DES GRAUENS

DER RECHTSRUCK IN DEUTSCHLAND IST ZU EINEM DAMMBRUCH GEWORDEN

«Besorgte BürgerInnen» greifen Geflüchtete an, die Polizei überlässt rechten Mobs die Straße. Statt dem Rechtsruck entschieden zu begegnen, lässt sich die Regierung von AfD & Co. vor sich hertreiben – eine gefährliche Dynamik.

Wenn selbst Bundesinnenminister Thomas de Maizière von einer «Teilverrohung der Gesellschaft» spricht, wie im Mai in der Wochenzeitung Die Zeit, muss die Lage ernst sein. Denn er ist und war, was diese Verrohung angeht, immer Teil des Problems als der Lösung: Seine Amtszeit steht für Flüchtlingsabwehr und das Durchpeitschen von Anti-Asyl- und -Aufenthaltsgesetzen, die mühsam erkämpfte Standards der zurückliegenden zwei Jahrzehnte abräumen. Er beteiligte sich wie viele andere an der Panikmache vor den Geflüchteten, allerdings mit dem politischen Gewicht eines Ministers: Man denke nur an sein Beharren im Oktober 2015 darauf, dass 30 Prozent der syrischen Geflüchteten «falsche Syrer» seien – obwohl er diese Behauptung auf Nachfrage von Medien und Opposition nicht belegen konnte, blieb er bei dieser Aussage. Damit hat er zu einer Situation beigetragen, in welcher sich «unbescholtene Bürger» berufen fühlen «plötzlich Gewalt» (de Maizière) anzuwenden. Das Ergebnis sollte ein Schock sein: etwa 1.500 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten allein im Jahr 2015, im Jahr 2016 sind es

bis Mai schon 500. Die Aufklärungsquote lässt keinen besonderen Eifer bei der Verfolgung der Anschläge vermuten, obwohl diese teils als versuchter Mord gewertet werden können.

Die Zahlen zu Anklagen und Verurteilungen können als eine Form von Straflosigkeit gelesen werden, so dass es nicht verwundert, dass die Welle der Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte bisher nicht abebbt. Von Abschreckung kann jedenfalls nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Es häufen sich die Fälle, wo die Staatsmacht, die das gesetzliche Gewaltmonopol für sich beansprucht, untätig bleibt oder sich überfordert zeigt. Beispiele vor allem aus Sachsen zeigen eine Polizei, die dem Mob die Straße überlässt: So etwa in Einsiedel bei Chemnitz, wo «besorgte Bürger» Straßensperren errichteten, um die Ankunft von Geflüchteten zu verhindern, und verdutzte AutofahrerInnen kontrollierten, um ein Durchkommen «Unbefugter» zur geplanten Asyl-Unterkunft zu verhindern. Die Polizei ließ sie gewähren und akzeptierte so einen von den Agierenden behaupteten Ausnahmezustand, in dem sie «das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen» berechtigt seien. Der Staat weicht zurück, selbsternannte Bürgerwehren und Selbstverteidigungsgruppen patrouillieren unbehelligt in ihren Wohngebieten. Neurechte Ideologen versorgen die BürgerInnen mit dem theoretischen

Videomitschnitt
der Vorstellung der
Studie in Berlin unter
[www.rosalux.de/
documentation/
55769](http://www.rosalux.de/documentation/55769)

OLIVER DECKER/EVA EGGERS/
JOHANNES KIESS

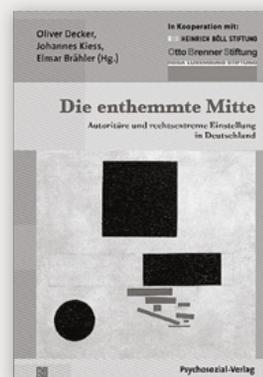
DIE ENTHEMMTE MITTE

DIE ERGEBNISSE DER «MITTE-STUDIE»
SPIEGELN DEN RECHTSRUCK WIEDER

Seit 2002 führt die Forschungsgruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler im Zweijahresrhythmus die Leipziger «Mitte-Studien» zum Stand rechtsextremer Einstellungen in Deutschland durch. 2016 wurde diese Studie zum ersten Mal von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitfinanziert.

Für die deutschlandweite Repräsentativbefragung im Jahr 2016 wurden insgesamt 2.420 zufällig ausgewählten deutschen StaatsbürgerInnen befragt, um einschätzen zu können, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen sind. Diese werden definiert als eine Ideologie der Ungleichheit. Wie in den Vorjahren wurden sie über sechs verschiedene Dimensionen erhoben: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Für jede Dimension wurden den Befragten drei Aussagen vorgelegt und nach ihrer Zustimmung oder Ablehnung gefragt. Die durchschnittliche Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen lässt sich über die drei Antworten zusammenfassen. 2016 befürworteten fünf Prozent der Befragten eine rechtsautoritäre Diktatur. Chauvinismus wurde von 17 Prozent der Befragten, Ausländerfeindlichkeit von 20 Prozent geteilt. Antisemitisch antworteten fünf Prozent der Befragten und sozialdarwinistisch drei Prozent. Die Verharmlosung des Nationalsozialismus erhielt zwei Prozent Zustimmung. Die Zustimmung zu einzelnen Aussagen innerhalb der Dimensionen ist mitunter jedoch deutlich höher.

Die Anzahl der Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, die also durchschnittlich alle 18 Aussagen des Fragebogens befürworten, ist im Vergleich zu den Vorjahren gesunken. 2016 traf dies auf 5,4 Prozent der Befragten zu. Im Jahr 2014 lag dieser Wert bei 5,7 und in den Vorjahren relativ stabil bei acht bis neun Prozent. Neben der rechtsextremen Einstellung wurden weitere Aspekte untersucht, unter anderem Islamfeindschaft, Antiziganismus sowie die Abwertung von AsylbewerberInnen. Dazu wurden die Instrumente benutzt, die Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld und seine KollegInnen in ihren Studien zur gruppenbezogenen Menschen-



Oliver Decker, Johannes Kiess,
Elmar Brähler (Hrsg.)

**DIE ENTHEMMTE MITTE
AUTORITÄRE UND RECHTSEXTREME
EINSTELLUNG IN DEUTSCHLAND**

Die Leipziger «Mitte-Studie» 2016
In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-
Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und
der Otto Brenner Stiftung
249 Seiten, Broschur, 19,90 Euro
Psychosozial-Verlag, Juni 2016
ISBN 978-3-8379-2630-9

Rüstzeug. Gern gesehene RednerInnen auf Pegida- und anderen rassistischen Demonstrationen sind Leute wie Götz Kubischek vom so genannten Institut für Staatspolitik, Björn «Bernd» Höcke, bräunlicher Fraktionsschef der sogenannten Alternative für Deutschland (AfD) im Thüringischen Landtag, und Jürgen Elsässer vom «Compact»-Magazin, der vor allem für seine skurrilen Verschwörungstheorien bekannt ist. Die «intellektuellen» völkischen Rechten haben Oberwasser und wittern Morgenluft für einen Ausnahmezustand, wie ihn schon Carl Schmitt und andere «konservative Revolutionäre» zu Weimarer Zeiten herbeisehnten. Aber auch organisierte Neonazis sehen ihre Stunde gekommen: Wenn schon das Bundeskriminalamt – bislang nicht unbedingt als verlässliches Frühwarnsystem für «Gefahr von rechts» bekannt – Mitte Januar 2016 vor der Entstehung neuer rechtsterroristischer Untergrundgruppen à la Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) warnt, sollte das aufhorchen lassen. Es zeigt auch, welchen Effekt die fragwürdige Aufarbeitung des NSU-Komplexes hat, die vor dem Oberlandesgericht in München läuft und immer noch sechs von einst sogar elf parlamentarischen Untersuchungsausschüssen beschäftigt. Zum Mord bereite Neonazis fühlen sich durch den Prozess in München eher noch bestärkt, es dem NSU gleichzutun, in den Untergrund zu gehen und den «Rassenkrieg» der KameradInnen fortzuführen, sei es vor Gericht wie Beate Zschäpe oder Ralf Wohlleben oder «in Walhalla» wie Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt.

Aber auch bei den Massenaufmärschen rassistischer und völkisch-nationalistischer Gruppen tummeln sich (zumindest der Antifa) seit Langem bekannte Neonazis aus Kameradschaften und der NPD, um auf den völkischen Furor ihrer MitbürgerInnen aufzusatteln und auf der nationalistischen Welle mitzureiten. Die neonazistische Kleinpartei «Der III. Weg» etwa versorgt «besorgte Bürger» mit Handreichungen, wie ein «Asylantenheim» in der Umgebung zu verhindern sei. Frontmänner dieser Partei sind der verurteilte Rechtsterrorist Karl-Heinz Statzberger aus München, einst Teil der «Wiese»-Gruppe, die beabsichtigte, einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München zu verüben, und Maik Eminger, dessen Zwillingbruder André im Münchener NSU-Prozess angeklagt ist. Wie wenig sie Anklage und Prozess beeindruckt, zeigten sie deutlich mit ihrem Auftritt als Zuschauer am ersten Tag des NSU-Verfahrens am 6. Mai 2013. Das Panorama des Grauens ist nicht vollständig ohne die Erwähnung der Partei «Alternative für Deutschland», deren Wahlergebnisse – wohl gemerkt in Ost und West – aus dem Stand durch die Decke gegangen sind, und die neue Aggressivität und Hetze im Internet und in sozialen Medien. Die AfD treibt mit zweistelligen Ergebnissen, in Sachsen-Anhalt gar einem Viertel der Stimmen, die sogenannten etablierten Parteien vor sich her. Diese versuchen mit rigider und inhumaner Abschreckungs- und Abschiebe-Politik die rassistisch eingestellten BürgerInnen der «enthemmten Mitte» wieder einzufangen. Mit dem neuen Integrationsgesetz folgt die Regierungsmehrheit einer Forderung des Pegida-Straßenmobs (siehe auch Kommentar auf Seite 33). Für die Rechten kann das nur als Zeichen verstanden werden, dass sie Erfolg haben und sie den Druck beibehalten oder gar erhöhen – eine Taktik, der schon bald wieder auch Menschen zum Opfer fallen könnten.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42266
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41408

FRIEDRICH BURSCHEL IST REFERENT FÜR NEONAZISMUS UND STRUKTUREN/
IDEOLOGIEN DER UNGLEICHWERTIGKEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

feindlichkeit entwickelt haben. Und hier ist in allen Bereichen ein Anstieg im Vergleich zu 2014 zu verzeichnen. So gab die Hälfte der Befragten an, sich durch «die vielen Muslime hier» manchmal «wie ein Fremder im eigenen Land» zu fühlen; 2014 hatten dies nur 37 Prozent bejaht. 58 Prozent der Befragten gaben 2016 an, dass sie ein Problem damit hätten, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Gegend aufhielten. Die größte Abwertung zeigten die Befragten gegenüber AsylbewerberInnen. 81 Prozent widersprachen der Aussage, der Staat solle bei der Prüfung von Asylanträgen großzügig sein. 2014 lag dieser Wert bei 76 Prozent. Während «klassische» Themen der rechtsextremen Einstellung (Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) also weniger Zustimmung erhalten, rücken neue Themen in den Fokus autoritärer Aggression. Dies trifft vor allem AsylbewerberInnen, Muslime und Sinti und Roma. Es zeigt sich, dass autoritäre und ausgrenzende Einstellungen nicht verschwunden sind, sondern sich entsprechend veränderter sozialer Normen anders artikulieren. Aufschlussreich ist hier die vergleichende Analyse politischer Milieus der Jahre 2006 und 2016. Hierfür wurden in der aktuellen Leipziger «Mitte-Studie» Gruppen gebildet, die jeweils ähnlich geantwortet haben. Es ergaben sich drei antidemokratische Milieus (Latent antisemitisch-autoritäres Milieu, Ethnozentrisch-autoritäres Milieu, Rebellisch-autoritäres Milieu), ein vorurteilsgebundenes Milieu mit relativer Akzeptanz des bestehenden Systems (Ressentimentgeladenes Milieu) und zwei demokratische Milieus (Modernes Milieu und Konformes Milieu). Der Vergleich der politischen Milieus 2006 und 2016 zeigt, dass die vorurteilsgebundenen und antidemokratischen Milieus in den letzten zehn Jahren abgenommen haben. Während 2006 noch 73 Prozent der Bevölkerung (latent) antidemokratischen Milieus zuzurechnen waren, sind es 2016 nur noch 40 Prozent. Gleichzeitig ist aber eine gesellschaftliche Polarisierung und, für die antidemokratischen Milieus, eine gewaltvolle Radikalisierung erkennbar. Während die modernen Milieus 2016 Gewalt stärker ablehnen und die Legitimation des politischen Systems höher einschätzen, hat sich das Rebellisch-autoritäre Milieu deutlich radikalisiert. Die Gewaltbereitschaft ist hier gestiegen und die Legitimation des politischen Systems hat abgenommen. In den demokratischen Milieus zeigt sich die oben beschriebene soziale Normverschiebung deutlich: Rechtsextreme Einstellungen werden zwar abgelehnt, bestimmte Gruppen aber abgewertet. So antworten beispielsweise 28 Prozent der Befragten des Modernen Milieus antiziganistisch und über die Hälfte der Angehörigen des Konformen Milieus islamfeindlich. Die Abwertung bestimmter Gruppen ist weiter gesellschaftsfähig geworden. Die Leipziger «Mitte-Studie» 2016 zeigt also eine Verschiebung: Die Zustimmung zur rechtsextremen Einstellung ist zurückgegangen und die relative Größe der demokratischen Milieus hat zugenommen. Doch zugleich ist die Zustimmung zu gruppenbezogenen Abwertungen, auch in den demokratischen Milieus, gewachsen.



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42412
WWW.KREDO.UNI-LEIPZIG.DE

OLIVER DECKER IST VORSTANDSPRECHER DES KOMPETENZZENTRUMS FÜR RECHTSEXTREMISMUS- UND DEMOKRATIEFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG. EVA EGGERS IST WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG. JOHANNES KIESS IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER AN DER UNIVERSITÄT SIEGEN



Burschenschafter bei einem «Totengedenken» nahe der

WALTER BAIER

BEDROHLICHER AUFSTIEG

EIN FPÖ-MANN ALS PRÄSIDENT – DIE GEFAHR IST IN ÖSTERREICH NOCH NICHT GEBANNT

Bei der Wiederholung der Stichwahl im Herbst muss sich die Zivilgesellschaft erneut aufraffen. Nur sie kann einen Sieg von Norbert Hofer abwenden. Leichter ist es nicht geworden.

Der für ungültig erklärte erste Anlauf im Mai bewies immerhin: Der Aufstieg der radikalen Rechten ist aufhaltbar. Dennoch war diese Abstimmung kein Grund zur Freude. Bisher wurde das Potenzial rechtsradikaler Parteien in Westeuropa mit maximal einem Drittel der Wählerstimmen beziffert. Norbert Hofer hat diese Obergrenze durchbrochen, er hat fast 50 Prozent erhalten. Als Bundespräsident hätte er eine Neuwahl des Parlaments erzwingen können. Dessen Rolle ist in der österreichischen Verfassung nämlich keineswegs so eindeutig auf reine Repräsentation festgelegt, wie sie die bisherigen Amtsinhaber ausgeübt haben. In der aktuellen Ausgestaltung geht sie auf eine Verfassungsnovelle von 1929 zurück. Damals steuerten die Christlich-Sozialen bereits auf die Diktatur zu und setzten die Volkswahl des Staatsoberhauptes durch, das die Kompetenz erhielt, die Regierung zu entlassen und das Parlament aufzulösen. 1945 wurde gegen den Widerstand der damals mitregierenden Kommu-



Wiener Hofburg, Mai 2011. Foto: picture alliance/Georg Hochmuth/APA/picturedesk.com

nistischen Partei darauf verzichtet, dieses Stück autoritären Präsidialsystems aus der Verfassung zu streichen. Der Chefkomentator der Tageszeitung «Der Standard» warnte vor der Wahl, sollte Hofer gewinnen, könnte das die «Orbanisierung Österreichs» einleiten. Von ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán unterscheidet sich die FPÖ in einem wesentlichen Detail. Ihr Nationalismus bezieht sich nicht auf die eigene Nation. Die ÖsterreicherInnen mit deutscher Muttersprache gelten ihr als Teil einer deutschen «Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft», wie sie in ihrem Parteiprogramm schreibt. Sie repräsentiert damit die deutschnationale Tendenz innerhalb der österreichischen Eliten, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht, und sich 1938 im «Anschluss» ans nationalsozialistische Deutschland auf fatale Weise verwirklichte. Der Deutschnationalismus bildet den ideologischen Kern ihres Anti-Europäismus. Er ist zudem das Anchlussstück der FPÖ an die einflussreiche Subkultur der Deutschen Burschenschaften – Hofer selbst gehört der Burschenschaft Marko Germania an –, Traditionsvereine und neurechten Zeitschriften, die ihrerseits den Resonanzboden der rechtsradikalen und neonazistischen Agitation im Lande bilden. Für Aufstieg und Erfolg der FPÖ ist allerdings nicht der Deutschnationalismus und die Affinität zum Nationalsozialismus verantwortlich. Österreich ist nicht das Nazi-Land, als das es häufig porträtiert wird. Es ist vielmehr ein Exempel dafür, wie zwei Jahrzehnte neoliberale Austeritätspolitik die europäischen Demokratien prekarisiert haben. Während der Kanzlerschaft Werner Faymanns (SPÖ) ist Österreich in allen sozialökonomischen Parametern zurückgefallen. Steigende Arbeitslosenraten, Prekarisierung der Arbeitswelt und eine permanente Verunsicherung der Bevölkerung durch Pensionsreformen,

Das Fest der Linken
im Internet unter
[www.rosalux.de/
documentation/
56318](http://www.rosalux.de/documentation/56318)

«MIT SPRACHE MANIPULIERT»

DIE MUSIKER VON MONO & NIKITAMAN
ÜBER FPÖ-AUFSTIEG UND VORGÄRTEN

Das deutsch-österreichische Reggae-Duo «Mono & Nikitaman» hat ein antifaschistisches Profil und greift in seinen Texten immer wieder politische Themen auf. Ende Juni spielten Monika Jaksch («Mono», 41) und Nick Tilstra («Nikitaman», 42) auf dem Fest der Linken in Berlin.

Rassistische Angriffen haben in letzter Zeit stark zugenommen – was besorgt euch daran am meisten?

Mono & Nikitaman: Ich konnte mir nie vorstellen, wie es damals zum Dritten Reich gekommen ist. Wenn ich die Euphorie und die menschenverachtenden Parolen der FPÖ und auch der AfD höre, dann kann ich das. Das macht mir Angst.

In Österreich wurde lange versucht, die FPÖ zu «entzaubern». Jetzt wäre um ein Haar ein FPÖ-Mann Präsident geworden. Was lernen wir daraus?

Mono & Nikitaman: In den letzten zehn Jahren wurde massiv Geld für Jugendkultur gekürzt. Viele autonome Zentren haben zugemacht und vor allem auf dem Land bleibt den Jugendlichen nur die Großraumdisco. Die Jugendclubs waren aber zuständig für politische Bildung und politische Sozialisation. Es fehlt den Jugendlichen an kultureller und politischer Bildung jenseits von Schule und Elternhaus. Dass die zwei großen Parteien an Einfluss verloren haben, zeichnet sich ja schon länger ab. Populismus und Rechts passt leider besser zusammen als Populismus und Links. Die Rechte in Österreich ist trainiert in NLP (*Neuro-linguistisches Programmieren – d. Red.*) und weiß, wie man mit Sprache manipuliert. Das ist wirklich gefährlich. Ich denke man kann dem Ganzen am Besten mit Bildung und mit schlagkräftigen populären linken Argumenten entgegentreten. In dem Song «Ein Haus ist kein Zuhause» thematisiert ihr Kriege und die Fluchtbewegungen.

Mono & Nikitaman: Das Lied ist vor drei Jahren entstanden. Gründe gab es genug: Der Hass, der Besitzanspruch und das fehlende Einfühlungsvermögen vieler Menschen. Menschen in ihren Häuschen mit Zaun und Vorgarten, die nicht merken, dass sie sich, wenn sie sich einschließen, auch ausschließen. Die Flüchtlingspolitik und der Zustand an den Außengrenzen Europas. Eine Rolle spielt auch meine Herkunft. Ich komme aus Österreich und habe tschechische Wurzeln. Flucht war immer ein Thema in meiner Familie. Wenn für billige Rohstoffe und Waffen die Grenzen offen sind, dann müssen sie auch für Menschen offen sein, die vor Armut und Krieg fliehen. Unsere Länder haben seit jeher Durchmischung erfahren, das hat Deutschland oder Österreich vielfältig und schön gemacht. Im Video haben wir daher versucht unterschiedliche Fluchtszenen aus der Geschichte zu vermischen.

FRAGEN: HENNING OBENS



Mono & Nikitaman. Foto: Dejan Patić

von denen jeweils nach kurzer Zeit behauptet wurde, sie reichten nicht aus, um das System zu stabilisieren, haben in den unteren Mittelschichten und der qualifizierten Facharbeiterschaft Existenzängste wachsen lassen. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass sie von den regierenden Parteien betrogen und verraten werden. Das katastrophale Abschneiden der Kandidaten von SPÖ und ÖVP in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl signalisierte den Kollaps des Regierungssystems, wie wir es kennen. Wie in anderen europäischen Ländern ist es rechtsradikalen Parteien gelungen, in proletarische, traditionell sozialdemokratische Wählerschaften vorzustoßen. In der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl betrug der Stimmenanteil des FPÖ-Kandidaten unter den ArbeiterInnen 72 Prozent. Die Ergebnisse in landwirtschaftlich und touristisch geprägten Gemeinden Tirols und Salzburgs zeigen, dass die FPÖ mit ihrer anti-islamischen Agitation auch in ein traditionell katholisches konservatives Segment der Gesellschaft vorgedrungen ist.

Die konservative Wiener Tageszeitung Die Presse berichtete aber auch von einer wachsenden Unterstützung der FPÖ durch die Mitglieder der Vereinigung Österreichischer Industrieller. Zu den sozialen kommen politische Faktoren. Hier liegt Österreich im europäischen Trend: Laut Eurobarometer vom Herbst 2015 empfinden 54 Prozent der ÖsterreicherInnen (EU: 48 Prozent), dass die Dinge im Lande «in die falsche Richtung liefen»; 62 Prozent (EU: 66 Prozent) haben «kein Vertrauen in die nationale Regierung» und 43 Prozent (EU: 45 Prozent) geben an, mit «der Demokratie im Land unzufrieden» zu sein. Das Versagen der Regierung angesichts der Ankunft der Flüchtlinge hat diese Einschätzungen verstärkt, aber nicht ausgelöst. Der Aufstieg der FPÖ über die letzten drei Jahrzehnte bedeutet das Scheitern aller bisher gegen sie angewandten Strategien. Von der

Verharmlosung bis zur schrittweisen Übernahme der ausländerfeindlichen Agenda durch die Sozialdemokratie, von der Dämonisierung in der liberalen Presse und dem Versuch, einen «cordon sanitaire» politischer Korrektheit zu errichten bis zum Aktivismus der linksradikalen Gruppen, für die der antifaschistische Straßenkampf gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den kapitalistischen Staat ist. Alle Anstrengungen haben die wesentliche Ursache des Aufstiegs der FPÖ verfehlt: die Frustration großer Teile der Bevölkerung, nicht allein über die sich verschlechternde soziale Lage, sondern auch über die Sinnentleerung der parlamentarischen Prozeduren durch die in einer Langzeitkoalition aneinandergelagerten Sozialdemokraten und Konservativen. Als besonders kontraproduktiv erwies sich die Taktik der SPÖ, die antifaschistischen und antirassistischen Reflexe der Zivilgesellschaft in Wahlkämpfen zu mobilisieren, nur um sie gleich nach der Wahl neuerlich zu enttäuschen und die Politik der Anpassung an die Agenda der FPÖ fortzusetzen. Damit konnte die Rechtsentwicklung nicht aufgehalten, das Entstehen einer politisch einflussreichen linken Alternative aber wirksam behindert werden. Auch der nach den Präsidentschaftswahlen putschartig an der SPÖ-Spitze installierte Manager Christian Kern wird diesen Zirkel nicht durchbrechen, da er keine grundsätzliche Änderung der Politik in Aussicht stellt. Die Lösung der österreichischen Krise liegt außerhalb der Sozialdemokratie: nämlich im Aufbau und in der Stärkung einer alternativen, politischen Kraft, die nicht nur das herrschende System kritisiert, sondern das Oppositionsmonopol der radikalen Rechten von links herausfordert.



WWW.TRANSFORM-NETWORK.NET/DE
WWW.ANTIFRA.BLOG.ROSALUX.DE

WALTER BAIER LEBT IN WIEN UND IST GESCHÄFTSFÜHRER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS «TRANSFORM!»

AYLA GÜLER SAIED

SOUNDTRACK DER HEIMATLIEBE

DIE SÜDTIROLER BAND «FREI.WILD» SINGT AN DER GRENZE ZUM RECHTEXTREMEN

Aufgrund ihres Erfolges hat die Musikgruppe Frei.Wild den Echo-Preis verliehen bekommen. Doch sie löst Kontroversen aus: Die Bandmitglieder sagen, sie sängen von Heimatliebe. Andere kritisieren, sie leisteten rechten Positionen Vorschub.

Frei.Wild ist eine deutschsprachige Band aus Südtirol in Italien und besteht in ihrer jetzigen Formation seit 15 Jahren aus den Mitgliedern Christoph Burger, Jonas Notdurfter, Christian Fohrer und Jochen Gargitter. Die Band beschreibt sich selbst als nationalkonservativ. In der Fremdwahrnehmung gelten sie als rechts bis rechtsextrem. Frontman Burger war früher Leadsänger der Skinhead-Band Kaiserjäger und Mitglied der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ). Auf dem Album «Opposition» hat er das Goebbels-Zitat «Sturm brich los» verwendet und auf Kritik geantwortet, er habe die Herkunft des Zitates nicht gekannt. Viel Aufmerksamkeit in den Medien hat die Band im Zuge der Echo-Nominierung 2013 und damit einhergehenden Boykott-Androhungen von anderen KünstlerInnen erhalten. 2016 wurde Frei.Wild in der Kategorie Rock/Alternativ National der Echo-Preis verliehen, auf Grundlage formeller Kriterien, den Verkaufszahlen.

Auf ihrer Website präsentieren sich Frei.Wild als «Musikphänomen und Gegenkultur». Die kontroversen Diskussionen, die sich um sie

drehen, greift die Band – ähnlich wie die Böhsen Onkelz – gezielt auf und instrumentiert sie für die Konstruktion eines Band-Oper-Mythos. Damit erzeugen sie über die Musik hinaus eine Solidargemeinschaft: «In all diesen Jahren ist so dermaßen viel geschehen [...] Einige davon zaubern uns hier und heute im Nachhinein auch das ein oder andere Lächeln, ja gegenüber all den omnipräsenten Gegnern und Neidern auch Genugtuung und Stolz über das eigene Durchhalten, auf die Mundwinkel.», heißt es auf ihrer Webseite.

Der Jugendsubkulturen-Aktivist Klaus Farin hat eine Frei.Wild Fan-Biografie mit dem Titel «Südtirols Konservative Antifaschisten» herausgegeben, die ihm zu Recht den Vorwurf der unkritischen Auseinandersetzung mit der Band eingebracht hat. Frei.Wild spielt ohne Zweifel nicht in derselben Liga wie explizit rechte Bands. Sie praktiziert vielmehr eine subtile Form, quasi eine Rechts-Rock-Light Version. Sie knüpft dabei an zum Teil gesellschaftlich legitimierte Narration von Heimatliebe an. Zudem verfügt die Band über ein breites Repertoire an Songs, die neben Heimat auch Gemeinschaft und Freundschaft thematisieren und damit Identifikationsflächen für unterschiedliche Fans bietet. Das Gemeinschaftsgefühl wird nicht vordergründig durch Abgrenzung zu Anderen, sondern vielmehr durch die Imagination einer Gegen-Gemeinschaft erzeugt. Das ist



Südtirol in Norditalien: Heimat glücklicher Milchkühe, frommer KirchgängerInnen und deutschtümelnder Musiker. Foto: Alexander Kluge/Flickr (CC-BY-NC 2.0)

der Unterschied zu explizit rechten Bands, wie beispielsweise Gigi und die braunen Stadtmusikanten, die in dem menschenverachtenden Song «Dönerkiller» von 2010 die Taten des NSU – ein Jahr vor dessen Selbstenttarnung – glorifizieren und die Opfer verhöhnen. Für Frei.Wilds Werke liegen laut der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien keine Indizierungen vor. Auch haben sich die Bandmitglieder auf ihrer Homepage von Fans distanziert, die Gewalt gegen Geflüchtete propagiert haben. Dennoch werden weiterhin Widersprüche erzeugt, die den Mythos Frei.Wild aufrechterhalten, wie das Zitat von Bassist Garwitter im Interview mit Farin exemplarisch verdeutlicht: «Viele Südtiroler sind sich zum Beispiel einig darin, dass eine einheimische Familie mit fünf Kindern nicht am Lebensminimum leben soll, während eine Familie aus weiß Gott woher zugewandert hier ankommt und sofort eine Wohnung sowie Sozialleistungen für mindestens drei Jahre gestellt bekommt, auch in den Krankenhäusern eine kostenlose Behandlung erhält und sich gleichzeitig die einheimische Familie trotz Arbeit und Einzahlung in die Systeme dasselbe vielleicht nicht oder nur schwer leisten kann [...] Ist das eine «rechte» Haltung? Für mich nicht!»

Der Widerspruch wird noch verstärkt, da Frei.Wild ihr Verständnis von Heimatliebe angeblich auf Südtirol bezieht und nicht auf die BRD. Die Band greift gezielt gesellschaftliche Positionen auf, die gleichberechtigte Teilhabe durch nationale Zugehörigkeit definieren und legitimieren. Restriktive Integrationsgesetze für Geflüchtete verstärken solche nationalistischen Narrationen. Die Sicherheitsbehörden stellen fest, dass Angriffe auf Flüchtlingsheime auch von BürgerInnen begangen werden, die nicht dem rechten

Spektrum angehören und bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten sind. Für das Jahr 2015 verzeichnet die Kriminalstatistik 22.960 rechte Straftaten. Gegenüber dem Vorjahr nahmen sie in Deutschland um 30 Prozent zu, in Österreich um mehr als 50 Prozent. Die Musik von Frei.Wild ist somit der Soundtrack zu bestehenden Positionen in Politik und Gesellschaft. Die Band zu ignorieren wäre falsch. Die Debatte, warum sie solchen Erfolg hat und wie damit umzugehen ist, darf nicht losgelöst von notwendigen politischen und rechtlichen Transformationsprozessen geführt werden. Nationale Vormachtsphantasien können nur durch bedingungslose Teilhabechancen entkräftet werden. Die Zivilgesellschaft hat durch die Selbstorganisation für die Versorgung von Geflüchteten gezeigt, dass sie das Potenzial für ein anderes Modell von Zusammenleben besitzt und nationale Identitätskategorien außer Kraft setzen kann. Das ist die bestmögliche Antwort auf das nationale Phantasma.



WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55729

WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/37995

AYLA GÜLER SAIED IST SOZIOLOGIN AN DER UNIVERSITÄT KÖLN UND VERTRAUENSDOZENTIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«RAP IN DEUTSCHLAND» heißt ein Buch unserer Autorin aus dem Jahr 2012. Sie untersucht darin das Genre als Interaktionsmedium zwischen Partykultur und urbanen Anerkennungskämpfen. Erschienen im Bielefelder Transcript-Verlag, einsehbar in der Stiftungsbibliothek: www.rosalux.de/stiftung/archiv/bibliothek.html.



GESCHICHTSPOLITIK Mehrere Jahrestage mit zeithistorischer Bedeutung stehen an. Vor 60 Jahren wurde die KPD verboten – Höhepunkt der politischen Verfolgung von Linken im Adenauer-Staat. Zwischen Demokratie und Faschismus

verlief die Front im spanischen Bürgerkrieg, den die Generallität vor 80 Jahren mit einem Putsch gegen die Republik vom Zaun brach. Politischer Chronist dieser Ära war der Schriftsteller Peter Weiss – sein Geburtstag jährt sich zum 100. Mal.

August 1956: Die Polizei stürmt die Räume der nordrhein-westfälischen KPD-Leitung in Düsseldorf und nimmt drei Personen fest. Foto: picture-alliance/dpa

JAN KORTE

EIN DUNKLES KAPITEL

VIELE LINKE WURDEN IN DER JUNGEN BUNDESREPUBLIK POLITISCH VERFOLGT

Es ist ein Aspekt der deutschen Geschichte, der bis heute kaum in der Öffentlichkeit diskutiert wird: In der frühen Bundesrepublik gab es eine politische Justiz, die sich fast ausschließlich gegen KommunistInnen und andere Linke richtete. Sie hatte eine Repression zur Folge, deren Ausmaß heute geradezu unglaublich erscheint.

In diesem Jahr jährt sich das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zum 60. Mal. Alexander von Brünneck hat in seinem Standardwerk über die «Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968» die Entwicklung und den Umfang der Verfolgung dargestellt: Spätestens ab 1950 ging der Staat mit massiver Polizeigewalt gegen Veranstaltungen und Kundgebungen der KPD und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) vor. Der dramatische Höhepunkt dieser ersten Stufe des staatlichen Antikommunismus war der Tod des jungen FDJ-Mitglieds Philipp Müller. Er starb am 11. Mai 1952, als die Polizei in Essen auf die Teilnehmer einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands schoss, die kurz zuvor vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) verboten worden war. Es

war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass die Polizei einen Demonstranten tötete.

Der neue Staat hatte ein politisches Strafrecht beschlossen, welches Rolf Gössner zu Recht als ein «wahres Panoptikum des Verrats, der Zersetzung, Verunglimpfung und Geheimbündelei» bezeichnete. So gab es etwa die Bestimmungen «hochverräterische Unternehmen», «landesverräterische Fälschungen», «Staatsgefährdung», «staatsgefährdende Störungen» oder den «fahrlässigen Landesverrat». Also alles dehn- und interpretierbare Begriffe. Das politische Strafrecht wurde von jenen angewandt, die bereits bis 1945 Erfahrung mit der Verfolgung von Kommunisten hatten: Alte Nazis, die bereits Anfang der 1950er Jahre in die Behörden zurückgeströmt waren, vor allem in den bundesdeutschen Justiz- und Polizeiapparat. Laut Alexander von Brünneck wurden von 1951 bis 1958 allein auf dem Verwaltungsweg über 80 Verbote gegen reale oder vermeintliche kommunistische Organisationen ausgesprochen. Schon 1951 wurde die FDJ verboten.

Der Höhepunkt der antikommunistischen Welle war das Verbot der KPD am 17. August 1956. Die Partei wurde aufgelöst und ihr Ver-

mögen eingezogen. In der Folgezeit wurden weitere Vereinigungen verboten, Menschen wurden bestraft wegen des Verstoßes gegen das KPD-Verbot und wegen Beteiligung an sogenannten Tarn- oder Ersatzorganisationen. In großem Umfang setzten Ermittlungen, Verhaftungen und Verurteilungen ein. Laut von Brünneck gab es in jenen Jahren jährlich rund 14.000 staatsanwaltliche Ermittlungen und etwa 500 verurteilte Personen. Zwischen 1951 und 1968 wurden von Brünneck zufolge 125.000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen durchgeführt und 6.758 Personen verurteilt, teils zu hohen Haftstrafen. Praktisch die gesamte politische Betätigung der kommunistisch orientierten Linken und ihrer Bündnispartner wurde kriminalisiert und aus dem öffentlichen Willensbildungsprozess ausgeschlossen. Politische Argumente von NichtkommunistInnen konnten bestraft werden, wenn sie zeitgleich auch von der KPD geäußert wurden und ein «Gleichklang mit dem Sprachgebrauch» der KPD-Agitation nachgewiesen werden konnte. Dadurch wurde einerseits ausgerechnet die politische Betätigung derjenigen kriminalisiert, die maßgeblich am Widerstand gegen den Faschismus beteiligt und von diesem mit äußerster Härte verfolgt worden waren. Unmittelbar nach 1945 bis Anfang der 1950er Jahre hatten sie einen starken antifaschistischen Einfluss in den Parlamenten und Landesregierungen sowie in den Gewerkschaften ausgeübt. Andererseits richtete sich das KPD-Verbot gegen alle anderen Linken, die sich mit der Adenauer-Restauration nicht abfinden wollten und nach Alternativen zum Kapitalismus Ausschau hielten. Denn der Zustand der KPD, die Mitte der fünfziger Jahre politisch weitgehend isoliert und auf dem Weg zu einer Splitterpartei war, war desolat und stellte keinerlei Gefahr dar für den Bestand der Bundesrepublik: Bei den Bundestagswahlen 1953 hatte sie nur noch knapp 608.000 WählerInnen. Das entsprach 2,2 Prozent der Stimmen.

Mit der politischen Justiz gegen KommunistInnen und einem geradezu staatsreligiösen Antikommunismus wurde nicht nur die Idee des Potsdamer Abkommens aufgekündigt, welches die grundlegende Erneuerung Deutschlands unter Mitwirkung der KommunistInnen vorsah. Es wurde auch ein europäischer Sonderweg beschritten. Abgesehen von den Diktaturen in Spanien, Griechenland oder Portugal gab es nirgends ein so massives Vorgehen gegen KommunistInnen. Undenkbar wäre es etwa gewesen, die Kommunistische Partei Frankreichs zu verbieten oder KP-Vorsitzende wie Palmiro Togliatti in Italien zu verhaften. Dieser Sonderweg des «Frontstaates» BRD wurde begründet mit dem Kalten Krieg, an dessen vorderster Front sich die BRD sah. Dies bildete die eine Legitimationsgrundlage des Anti-Kommunismus.

Auf die andere Basis machte im Jahre 2009 das Nachrichtenmagazin Der Spiegel im Zusammenhang mit einer Analyse der Dimensionen der Kommunistenverfolgung aufmerksam. Dort hieß es: «Die Zahl der zwischen 1951 und 1968 gefällten Urteile gegen Kommunisten lag fast siebenmal so hoch wie die gegen NS-Täter – obwohl die Nazis Millionen Menschen ermordet hatten, während man westdeutschen Kommunisten politische Straftaten wie Landesverrat vorwarf.» Der Spiegel hat hier den ideologischen Kern des Antikommunismus erkannt. Er diente in erster Linie der Schuldbefreiung der bundesdeutschen Gesellschaft vom Nationalsozialismus. Er wurde von den ehemaligen Funktionseleiten und dem Bonner Politestabliement genutzt, um die Rückkehr der alten Nazis zu rechtfertigen. Aber auch die Mehrheit der Bevölkerung war für den Antikommunismus äußerst empfänglich, da er eine komplette Ausblendung der eigenen Unterstützung für den Nationalsozialismus ermöglichte –

er war eine Massenideologie und kein reines Projekt der Eliten. Auch in der Arbeiterklasse war der Antikommunismus weit verbreitet. Dieser war vergangenheitspolitisch determiniert, durch zwölf Jahre staatlich verordneten Antikommunismus in den Köpfen, aber eben auch materiell und politisch fest verankert. Besonders schädlich für die Attraktivität der KPD war zudem ihre Fixierung auf Moskau und Ost-Berlin. In Zeiten des materiellen Wirtschaftswunders besaß der Verweis auf die DDR in keiner gesellschaftlichen Schicht im Westen Deutschlands noch irgendwelche Anziehungskraft. Die fehlenden individuellen Freiheitsrechte im Ostblock, interne Säuberungswellen, wie etwa der «Kampf gegen den Titoismus» gegen Ende der 1940er Jahre und ein isolationistischer Kurs innerhalb der Gewerkschaften bewirkten das ihrige. Freilich darf nicht vergessen werden, dass die KPD durch den Nationalsozialismus personell und intellektuell extrem geschwächt war und Tausende von Opfern zu beklagen hatte.

Die politische Justiz gegen KommunistInnen konnte so in der Bundesrepublik lange Zeit in stiller oder offener Übereinkunft mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung wirken. Die 17-jährige Ära der exzessiven Kommunistenverfolgung fand erst unter der Großen Koalition 1968 mit der Liberalisierung des politischen Strafrechts ein (vorläufiges) Ende. Mit der Streichung einer Reihe von Strafnormen aus dem Staatsschutzrecht – etwa der berüchtigten

«Der Antikommunismus diente der Schuldbefreiung vom Nationalsozialismus.»

«Geheimbündelei» – und mit einer Reduzierung der Meinungsäußerungsdelikte kam es zu einem gewissen Bruch mit der bisherigen Verfolgungspraxis, ohne dabei allerdings das politische Strafrecht und die politische Justiz in ihrer Substanz zu treffen. Auch das KPD-Verbot blieb wirksam – bis heute.

Jahrzehnte nach dem KPD-Verbot bemängelte die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, dieses Urteil sei wahrlich «kein Ausdruck besonderer demokratischer Souveränität». Recht hat sie. Das KPD-Verbotsurteil stellt, trotz der 1968 zugelassenen DKP und anderer sich KPD nennenden Kleinstgruppierungen, eine Altlast aus der Zeit des Kalten Krieges dar, die schnellstmöglich abgeschüttelt werden muss. Wir sind es der Demokratie und den zehntausenden Opfern schuldig.



WWW.ROSALUX.DE/GESCHICHTE
WWW.JANKORTE.DE/DE/TOPIC/50460

JAN KORTE IST VIZEVORSITZENDER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GESCHICHTE LINKER POLITIK jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus ist das Leitthema eines Promotionskollegs der Stiftung an der Ruhr-Universität Bochum. Geforscht wird unter anderem zu staatlicher Repression in Westdeutschland in den Jahren 1949 bis 1968. Mehr unter www.rosalux.de/news/41365 und <http://isb.rub.de/forschung/graduierntenkollegs>.

ULRIKE HEMPEL

LESEMARATHON IN ROSTOCK

«ÄSTHETIK DES WIDERSTANDS» VON PETER WEISS WIRD KOMPLETT VORGETRAGEN

Eine Stafettenlesung des gesamten Buches «Die Ästhetik des Widerstands» gibt es vom 11. bis 13. November in Rostock. Rosa-Luxemburg-Stiftung und Peter-Weiss-Haus Rostock präsentieren zum 100. Geburtstag des Autors Peter Weiss die Aktualität der Weiss'schen Widerstandsästhetik.

In der Akademie der Künste in Berlin steht ein Kasten in dunklem Rotbraun. Er könnte einladen, Porträts von sich zu knipsen – sieht die Filmbox von weitem doch aus wie ein Fotofix-Automat. Nur größer. An den Außenwänden leuchtet der Buchstabe «W», in mehrfachen Reihen über den hellen Untergrund gezogen, mal gelb, mal grün. «Weiss Wer Widerstand» und «Wer Widerstand Weiss» steht darüber geschrieben. Der Dreiklangslogan erschließt sich erst nach wiederholtem Lesen. Irgendwas muss diese Box mit Peter Weiss und der Ästhetik des Widerstands zu tun haben. Sonst stünde der Kasten nicht da, als die Peter-Weiss-Nacht in der Akademie am 30. April den Auftakt gab zum Peter-Weiss-Jahr-2016.

«Die Filmbox ist auf Reisen», teilt Stefan Nadolny vom Peter-Weiss-Haus aus Rostock einige Tage später dem Team mit, das die rund 50 Stunden dauernde Stafettenlesung der Ästhetik des Widerstands im November organisiert. «Die Box mit den Statements unserer vorab per Video gefilmten Lesenden kommt super an. Immer wieder gehen Leute in die Box, wählen über die Tastatur einen der Namen aus und schauen sich dann das Video an», schickt Friedrich Burschel, Leiter des Peter-Weiss-Teams in der Rosa-Luxemburg-Stiftung hinterher. Nur der Ton müsse nachjustiert werden, der sei über die altmodisch-flaschengrünen Telefonhörer schwer zu verstehen, wenn die Box in Räumen steht, in denen viele Menschen für akustisches Durcheinander sorgen.

28 Statements sind schon gefilmt worden, unter anderem mit der Witwe des Künstlers, Gunilla Palmstierna-Weiss, dem Peter-Weiss-Preisträger der Stadt Bochum 2015, Ulrich Peltzer, der deutsch-argentinischen Filmemacherin und Präsidentin der Berliner Akademie der Künste, Jeanine Meerapfel, dem Sohn von Hans und Hilde

Coppi, dem Historiker Hans Coppi (junior), der Autorin Annett Gröschner, dem Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sowie der Rapperin Sookee. Die Gefilmten haben zunächst eine Passage aus der «Ästhetik des Widerstands»



Grafik: Navid Thürauf/Zersetzer

des» vorgelesen. Danach sollten sie drei Fragen beantworten: Wo und wann sind sie Peter Weiss und seinem Werk zum ersten Mal begegnet? Welchen Einfluss hatte er auf die eigene Arbeit? Und welche Bedeutung sollten Peter Weiss und sein Roman «Die Ästhetik des Widerstands» ihrer Meinung nach heute haben?

Die Filmbox soll auch weitere – mehr oder weniger prominente – Menschen als Lesende für die Stafettenlesung gewinnen. Geworben wurde und wird auf den Linken Buchtage, auf dem Fest der Linken, der Fusion, beim Kunstfest Weimar. Immerhin müssen vom 11. bis 13. November alle 100 Textpassagen präsentiert werden, sonst geht das Konzept einer Lesung des gesamten Romans «Die Ästhetik des Widerstands» nicht auf. Und wenn Theresa Klaue, Koordinatorin der Stafettenlesung beim Peter-Weiss-Haus in Rostock, gemeinsam mit Kameramann Jörg Hermann alle vorab gefilmten Lesenden «eingetütet» hat, dann sind für den Live-Lese-Marathon in Rostock sicher noch Nachbesetzungen nötig. Denn keiner kann sicher wissen, ob die Kalender von Frigga und Wolfgang Haug, Monchi, dem Sänger von «Feine Sahne Fischfilet»,

Gregor Gysi, Katja Kipping, Claudia Roth, Karl Bruckmaier und der vielen anderen Angefragten bis im November dem Leseereignis wohlwollend zugetan bleiben.

Und was die Box auf ihrer Tour – und die Begleitung derselben über die «social media»-Kanäle – nicht vermag, das könnte dann der eigens für die Veranstaltung konzipierten Homepage gelingen: Vom einmalig-exklusiven-spektakulären Charakter des Ästhetik-des-Widerstands-Lese-Festivals überzeugen.

Denn immerhin besteht im Peter-Weiss-Haus im November die Chance, eine lektürle Leerstelle aufzufüllen, die viele Linke haben. «Die Ästhetik des Widerstands» als Hauptwerk von Peter Weiss gilt auch als schwieriges, widerständiges Buch, dessen Erzählweise sich dem Nachvollzug des Geschehens und der Identifikation mit den Figuren verweigert. Jürgen Schutte, emeritierter Professor für Neuere deutsche Literatur, Freie Universität Berlin beschreibt in der Zeitschrift «Das Argument» Anfang 2016 den unerwarteten Erfolg der ersten Auflage des im September 1975 ausgelieferten Buches. «Die Ästhetik des Widerstands wurde zu einem Kultbuch der linken Kreise, von dem man viel und begeistert sprach, das jedoch nicht mit gleicher Begeisterung gelesen wurde.»

Der Grund ist wohl in der Eigenart des Romans zu sehen. Schutte fasst sie mit dem Satz zusammen: «Erzählt wird vor allem, dass etwas gesagt wird.» Diese Eigenart bewirkt vermutlich, «dass viele Leserinnen und Leser die Lektüre der Ästhetik nach einigen Abschnitten abbrechen».

Die Lektüre ist seit den 1980er Jahren mitnichten einfacher geworden. Der Besuch der Stafettenlesung könnte hier Abhilfe schaffen: «Haben Sie das Buch denn gelesen?» fragt die Dozentin am 14. November den Kunststudenten, der über die Beschreibung vom Pergamon-Fries in der Ästhetik des Widerstands schwärmt. Und er antwortet: «Nee, noch nicht persönlich.»



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42268
[HTTP://PETERWEISS100.DE](http://PETERWEISS100.DE)

ULRIKE HEMPEL IST REFERENTIN FÜR PUBLIKATIONEN/ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



BILDER DER SOLIDARITÄT Vor 80 Jahren begann in Spanien der Bürgerkrieg zwischen republikanischen Kräften und faschistischer Falange. Aus diesem Anlass präsentiert die Stiftung ab 6. September in Berlin eine Ausstellung mit Aufnahmen des Schriftstellers Alfred Kantorowicz und der Fotoreporterin Gerda Taro. Die Bilder stammen vorwiegend von der Córdoba-Front und zeichnen den Weg des «Tschapaiew»-Bataillons bis zur Schlacht von Brunete im Juli 1937 nach. Foto: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

MONIKA LANGE-TETZLAFF/ROBERT TETZLAFF

DAS BILD ALS WAFFE

DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG VON 1936 BIS 1939 WAR DER ERSTE MEDIENKRIEG

Der Spanische Bürgerkrieg war ein europäischer Stellvertreterkrieg zwischen dem demokratischen und dem faschistischen Lager. Der Sieg Francos über die Republik bahnte nicht zuletzt den Weg für den Holocaust.

Für beide Kriegsparteien spielten die Medien – Bild, Fotografie, Plakat, Film – eine wesentliche Rolle. Spätestens seit dem amerikanischen Bürgerkrieg gab es das Genre der Kriegsfotografie. Aber das Bild hatte damals noch nicht die mediale Bedeutung, die es im Spanischen Bürgerkrieg bekommen sollte. Das war auch eine technische Frage: So zum Beispiel war es erst mit dem Aufkommen der Kleinbildkamera möglich, dass KriegsbildfotografInnen, wenn sie Mut genug hatten, direkt an die Front und spontan Bilder «schießen» konnten. Aber auch die FotografInnen veränderten sich: Sie sahen sich nicht mehr nur als Chronisten dem Verlauf des Krieges zu, sondern nahmen aktiv Partei für die eine oder andere Seite. Im Spanischen Bürgerkrieg galt dies unter anderem für das Duo Gerda Taro und Robert Capa, die sowohl gemeinsam als auch einzeln mit ihren Bildern, die weltweit in Zeitschriften wie «Vu», «Regards» oder «Life» erschienen, um Solidarität mit dem spanischen Volk warben. Taros Bilder von bewaffneten spanischen Frauen in Uniform und Capas Bild eines sterbenden Soldaten gingen um die Welt und sind Teil einer demokratischen Erinnerungskultur geworden. Auch David

Seymour und Henri Cartier-Bresson gehören in die Reihe dieser FotografInnen. Taro und Capa wählten in ihren Bildern oft eine leichte Untersicht, mit der eine Verkürzung der Personen erzeugt wird. Dies erweckt beim Betrachtenden den Eindruck, dass die Fotografierten sich nicht erschüttern lassen, standhaft bleiben bis in den Tod. FotografIn und BetrachterIn wurden gemeinsam Teil der Front und des Todes. Aber Bilder sprechen nur selten für sich alleine. Faschistische Blätter benutzten manchmal dieselben Fotos, allerdings mit anderen Bildunterschriften. Bilder sind interpretierbar und jeder Betrachter bringt seine eigene Position mit in die Interpretation ein. Der Spanische Bürgerkrieg ist ein Krieg, der von der falschen Seite gewonnen wurde, und er ist der Krieg, dessen Erinnerungskultur am stärksten durch Medien geprägt wurde – vor allem durch Bilder. Eine ganz besondere Rolle nimmt dabei Picassos Gemälde «Guernica» ein, das das traurige Schicksal des Städtchens Guernica zeigt, das von der deutschen Legion Condor zerstört wurde. Ohne das Bild würde heute fast niemand mehr den Namen Guernica kennen. Aber das Bild ist mehr als das: Es ist ein Plädoyer gegen den Krieg und für die Menschlichkeit.

WWW.BAWUE.ROSALUX.DE/NEWS/42186

MONIKA LANGE-TETZLAFF UND ROBERT TETZLAFF SIND MITORGANISATORIN-
NEN EINER VERANSTALTUNGSREIHE ZUM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG

Symptom des Versagens

Steuerparadiese sind nicht das einzige Problem des Finanzsystems. Die Profitsucht der Investoren geht zu Lasten der Lohnempfänger

Von Wim Zimmer





Skyline von Singapur, dem viertgrößten Schattenfinanzplatz der Welt. Siehe auch Übersicht auf Seite 16.
Foto: Nithid Memanee/Shutterstock

Die so genannten Panama-Papers haben der Öffentlichkeit einen kleinen Blick in den anonymen Reichtum der Welt geliefert. In Briefkastenfirmen verstecken die Reichen Unsummen vor den Behörden. Doch diese Gelder existieren nicht in einer Parallelwelt. Sie sind ein Teil des globalen Finanzreichtums – und nicht einmal sein größtes Problem.

Ökonomen schätzen, dass weltweit rund acht Billionen Dollar in Steueroasen versteckt sind. Legale wie illegale Gelder strömen dorthin, um dem Fiskus zu entgehen, um sich reinzuwaschen oder aus weniger justiziablen Gründen. In den oft tropischen Steuerparadiesen bleiben sie jedoch nicht liegen. Ein Teil von ihnen fließt als Investitionen zurück in den offiziellen Sektor. Zum Beispiel in Anleihen. «Wenn man ein Krimineller ist, möchte man sein Vermögen verstecken, um es in Sicherheit zu bringen», so der US-Ökonom Michael Hudson. «Und die sicherste Anlage

sind US-Staatsanleihen.» Die öffentlichkeitsscheuen InhaberInnen dieser illegalen, halb-legalen und legalen Billionen sind also eine Unterabteilung jener Personengruppe, die von Staaten umworben wird: InvestorInnen. Dass die großen Länder in Nordamerika und Westeuropa Steuerparadiese dulden und auch selbst gründen – die USA gelten als größte Steueroase der Welt – dürfte also daran liegen, dass sie «schwarze» Gelder für sich nutzbar machen wollen. Die Duldung von Steueroasen ist damit eine Variante investorenfreundlicher Politik. Die Kosten: Allein den Staaten der EU entgehen durch Steuerhinterziehung jährlich etwa 50 bis 70 Milliarden Euro, schätzt die EU-Kommission. Gemessen am offiziellen Finanzreichtum der Welt ist die Acht-Billionen-Dollar-Welt der Steueroasen allerdings nicht groß: Einer globalen Wirtschaftsleistung von etwa 75 Billionen Dollar stehen laut Internationalem Währungsfonds Kapitalmarkt-

anlagen über 380 Billionen Dollar gegenüber – Aktien, Anleihen, Vermögenswerte von Banken. Dabei nicht mitgezählt sind Derivate, die auf einen Bruttomarktwert von 15 Billionen Dollar kommen. Ad-dieren könnte man noch Teile des weltweiten Immobilienmarkts, den die Investmentfirma Blackrock auf 13 Billionen Dollar schätzt. All dies sind Investments, die eine Rendite erwarten, Kapital, das sich vermehren soll – durch Zinsen, Mieten, Dividenden, Wertsteigerung. Die müssen erwirtschaftet werden. Die Zinsen zum Beispiel von den SchuldnerInnen. Zwischen 2007 und Mitte 2014 ist die globale Schuldenlast laut Unternehmensberatung McKinsey um 57 Billionen Dollar auf knapp 200 Billionen gewachsen. Den SchuldnerInnen gegenüber stehen die GläubigerInnen – die Schulden der privaten Haushalte, Unternehmen, Banken und Staaten sind ihr Finanzvermögen. Und auf das erwarten sie Profit.

«Sie», das ist im wesentlichen eine eher kleine Gruppe. Denn die globalen Vermögen sind hoch konzentriert. Weltweit liegt der Anteil der reichsten zehn Prozent an den Finanzanlagen bei fast 90 Prozent, errechnet der World Wealth Report der Bank Credit Suisse. Das reichste ein Prozent hat mehr als der Rest der Menschheit. Doch der Finanzreichtum der Welt hat aktuell ein Problem: Die Rendite stellt sich nicht mehr wie gewünscht ein. Die Verwertungsansprüche der Vermögenden überfordern tendenziell jene, die sie erwirtschaften sollen. Die Schulden wachsen schneller als die Produktion. Das Finanzvermögen bläht sich auf – denn es gibt zu viel davon, zuviel gemessen an den Möglichkeiten, es zu verwerten. AnlegerInnen wissen nicht, wohin mit dem Geld, nichts bringt mehr hohe Erträge. Die Zinsen auf sichere Staatsanleihen sind drastisch gesunken, was das Geschäftsmodell europäischer Banken ruiniert – ihre Profite schrumpfen. Die Aktienmärkte sind von renditehungrigen Anlagegeldern in große Höhen spekuliert worden. Vielerorts laufen die Immobilienmärkte heiß. Ergebnis: «Viele Portfolios werden ihren Zweck kaum noch erfüllen können», bilanzierte die Bank M. M. Warburg Anfang Mai. «Die letzten 25 Jahre waren ein goldenes Zeitalter für Investoren. Jetzt kommt ein langer Marsch durch die öde Steppe.»

DIE GRÖSSTEN «STEUERPARADIESE»
TOP-TEN-LÄNDER DES SCHATTENFINANZINDEX 2015

Rang	Ort	Index	Geheimhaltung	Globale Gewichtung
1	Schweiz	1.466,1	73	5,625
2	Hongkong	1.259,4	72	3,842
3	USA	1.254,7	60	19,603
4	Singapur	1.147,1	69	4,280
5	Cayman Islands	1.013,1	65	4,857
6	Luxemburg	816,9	55	11,630
7	Libanon	760,2	79	0,377
8	Deutschland	701,8	56	6,026
9	Bahrain	471,3	74	0,164
10	VAE (Dubai)	440,7	77	0,085

Quelle: Tax Justice Network (<http://www.financialsecrecyindex.com>)

Da die Anlagegelder nicht verschwinden, pumpen sie allerorten Spekulationsblasen auf. Die extrem niedrigen Zinsen sind ein Spiegelbild drastisch gestiegener Preise für Anleihen. Die stark schwankenden Aktienmärkte zeigen, dass die Anleger immer wieder Zweifel befallen, ob ihre Renditeerwartungen in Zeiten mäßiger Konjunktur nicht überzogen sind. Da die Konjunktur nur schleppend läuft, kommen auch die Unternehmen der Realwirtschaft in Bedrängnis: Angesichts der schwachen Nachfrage haben sie zu viele Anlagen, zu viele Fabriken und Maschinen. «Weltweit bestehen Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe», mahnt M. M. Warburg. Bestes Beispiel dafür ist aktuell China, die zweitgrößte Ökonomie des Globus. Um die schwache Nachfrage auszugleichen, haben die staatlichen Banken die Unternehmen mit Krediten überschwemmt. Seit 2008 stiegen allein die Schulden der Unternehmen von 102 auf 165 Prozent der Wirtschaftsleistung und damit weit über den Wert, der in Industrieländern üblich ist. Per Kredit erhält Peking unrentable Firmen am Leben und vermehrt damit die globalen Überkapazitäten – zum Beispiel in der Stahlbranche. Die Frage, die die Welt derzeit bewegt, ist: Wie lange kann das gut gehen? Wann platzt die Blase?

Zwischen den Staaten läuft nun der Kampf darum, wer die fällige Entwertung des finanziellen und «realen» Kapitals zu tragen hat. Die Konkurrenz der Standorte wird härter. Ein Beispiel dafür sind die Zölle, die die EU und die USA nun auf chinesische Stahlimporte erheben. Ein weiteres Beispiel sind die drastischen Sparprogramme in der Euro-Zone: Gerade die Regierungen Südeuropas werden gezwungen, ihre Defizite zu verringern und ihre Wettbewerbsfähigkeit per Lohnsenkung zu erhöhen. Leidtragende sind vor allem jene, die von schrumpfenden staatlichen Leistungen abhängen. Und jene, die vom Lohn abhängen. Denn ihre Lebensnotwendigkeiten stehen der Wettbewerbsfähigkeit und den Wünschen der FinanzanlegerInnen entgegen – und zwar nicht erst seit der Krise. In einer Studie von 2012 untersuchte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), warum der Anteil des Lohnes am gesamten Volkseinkommen seit Jahrzehnten sinkt. Ihr Ergebnis: Die «Globalisierung» spiele eine Rolle, da für Unternehmen Arbeitskraft weltweit verfügbar wird, ArbeiterInnen verschiedener Länder also gegeneinander ausgespielt werden können. Auch die Ersetzung einfacher Arbeiten durch billigere Maschinen spielt eine Rolle, ebenso wie staatliche Kürzungspolitik. Den größten Einfluss auf die sinkende Lohnquote hatte laut ILO jedoch die «Finanzialisierung» der Weltwirtschaft: Sie habe die Position der FinanzanlegerInnen gegenüber den ArbeitnehmerInnen gestärkt.

Weltweit sind also die Vermögen extrem ungleich verteilt. Gleichzeitig ziehen die VermögensbesitzerInnen immer größere Teile der Einkommen auf sich – zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Um InvestorInnen anzulocken, treten Staaten in den Steuerwettbewerb und entlasten Unternehmen wie AnlegerInnen. Um die eigenen Defizite zu finanzieren, leihen sie sich Kapital bei den Vermögenden, anstatt sie zu besteuern. Das treibt die Staatsschulden in die Höhe. Angesichts des flauen Wirtschaftswachstums hat das sich aufblähende Finanzkapital zunehmend Probleme, sich zu verwerten. Die Steueroasen sind ein Problem des globalen Finanzmarkts. Nicht sein größtes – aber ein umso deutlicheres Sympton einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die letztlich nur in neue Krisen führen kann.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/28446
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/26446

WIM ZIMMER LEBT UND ARBEITET ALS FREIER AUTOR IN BERLIN



HONGKONG



Foto: Jaione_Garcia/Shutterstock

FABIO DE MASI/STEFAN HERWEG

VON LUXEMBURG BIS PANAMA

KRIMINELLE UNTERSCHLAGEN MILLIARDEN – DIE STAATEN UNTERSTÜTZEN SIE

Durch Steueroasen und die Anonymität von Schattenfinanzplätzen entziehen die Reichen und Mächtigen der Allgemeinheit jedes Jahr hunderte Milliarden Euro.

Luxemburg Leaks und Panama-Papers – nur die Spitze des Eisbergs – zeigen zwei Seiten dieser Parallelwelt: auf der einen Seite, wie Steueroasen funktionieren, auf der anderen Seite wie die Regierungen diese Praktiken unterstützen. Die Panama-Papers gaben einen Einblick in die Welt der Briefkastenfirmen und Offshore-Konten, durch die Super-Reiche mit Unterstützung von Banken und Kanzleien ihre Einkünfte und Vermögen der Steuer entziehen.

Die Luxemburg Leaks hingegen illustrieren die Komplizenschaft der Regierungen der Europäischen Union (EU), die internationalen Konzernen wie Apple, Google & Co. durch aggressive Steuerplanung Mini-Steuersätze auf ihre Gewinne ermöglichen: oft unter einem Prozent statt der beispielsweise in Deutschland geltenden 30 Prozent. Aber es geht nicht nur um Abzocke. Bei den Panama-Papers steht Geldwäsche im Mittelpunkt. So vermittelt die Kanzlei Mossack Fonseca ScheindirektorInnen für Briefkastenfirmen (etwa frühere Ehefrauen von Firmengründer Fonseca), um die wahren InhaberInnen, wie die Oetkers und Quandts, zu verdecken. Die Super-Reichen und die Super-Kriminellen sind siamesische Zwillinge. Denn hohe Renditen gibt es meist mit dunklen Geschäften wie Korruption, Bestechung, Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel. Auch TerroristInnen und Geheimdienste nutzen Briefkastenfirmen, um ihre

Aktivitäten zu verschleiern. Dafür müssen die Super-Reichen und Mafiosi ihr Geld nicht unbedingt nach Panama schicken. Die USA sind mit Bundesstaaten wie Delaware ganz vorne dabei. Dort gibt es einen unauffälligen Flachbau, wo alleine über 200.000 Unternehmen ihre Adresse haben.

Auch Deutschland ist laut Bundeskriminalamt ein Paradies für Geldwäsche. Die Bundesregierung sperrt sich gegen ein öffentliches Register der wahren Inhaber von Briefkastenfirmen. Kontrollen gegen Geldwäsche sind in Deutschland mangelhaft, Strafen für Beihilfe der Banken lächerlich und die Aufsicht durch die zuständige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterirdisch. Insbesondere im Immobilienbereich blüht die Geldwäsche in Deutschland. Die Kriminellen erwerben statt der Immobilie oft Anteile einer Objektgesellschaft. Die Anteile lassen sich mit schmutzigem Geld kaufen und für sauberes Geld verkaufen. Dabei wird gleich die Grunderwerbssteuer gespart.

Aber auch im klassischen Bank- und Unternehmensbereich herrscht Wilder Westen: Prüfungen großer Finanzunternehmen werden regelmäßig an die Beratungsgesellschaften der Big 4 (Deloitte, KPMG, Ernst & Young, PricewaterhouseCoopers) ausgelagert, die gleichzeitig als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer der Konzerne tätig sind. Die Bundesländer versuchen Unternehmen und Vermögende mit schlechter Personalausstattung bei Betriebsprüfungen anzulocken. Das Bundesland Hessen erklärte gar die

erfolgreichsten Steuerprüfer mit falschen medizinischen Gutachten für verrückt. Zugleich kämpft die Bundesregierung international erbittert gegen Transparenz im Steuerbereich. Die Ausweisung von Unternehmenskennzahlen wie Umsätze, Gewinne, Beschäftigte pro Land – im im Banken – und Rohstoffsektor gang und gäbe – wird mit Hinweis auf Wettbewerbsfähigkeit und Steuergeheimnis blockiert. Auch verhindert wurde öffentliche Einsicht in die durch Lux-Leaks bekannt gewordenen Steuervorbescheide, die ab 2017 in der EU zwischen Steuerbehörden endlich automatisch ausgetauscht werden sollen.

Bei dieser Geheimniskrämerei im Dienste der Finanzkriminalität schließt sich der Kreis: Ohne HinweisgeberInnen (Whistleblower) hätten die Öffentlichkeit, staatliche Verwaltungen und gewählte Parlamentarier noch viel weniger Kenntnis der Schattenfinanzwelt. Statt Menschen wie Antoine Deltour (LuxLeaks) und Rudolf Elmer (Offshore Geschäfte Schweizer Banken) zu schützen, bestrafen die aktuellen Regeln deren Dienst an der Allgemeinheit. Deltour wurde Ende Juni in Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und 1.500 Euro Geldstrafe verurteilt, nachdem sein ehemaliger Arbeitgeber, die Beratungsgesellschaft PwC, ihn des Diebstahls und der Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen bezichtigt hatte. Elmer kämpft seit vielen Jahren gegen die Schweizer Justiz und die Repressionen durch Privatdetektive und Verleumdung, der er seit seinen Veröffentlichungen der Geschäftspraktiken der Julius Bär Privatbank auf den Kaimaninseln ausgesetzt ist. Die Quelle hinter den Panama-Papers wandte sich kürzlich anonym an die Öffentlichkeit und erklärte, auch aus Furcht vor ähnlicher Verfolgung, nicht offen mit staatlichen Behörden zu kooperieren.

Auf EU-Ebene gibt es regelmäßig warme Worte für HinweisgeberInnen. Gleichzeitig stimmten Sozialdemokraten und Konservative im Europaparlament noch kurz nach der Veröffentlichung der Panama-Papers für eine faktische Absenkung des Schutzes von Whist-

leblowern in der Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Bei ausreichendem politischem Willen wären jedoch nicht nur Lösungen für einen Schutz von Hinweisgebern, sondern auch für mehr Steuergerechtigkeit und das Austrocknen von Steueroasen möglich. Dazu braucht es umfassende Transparenz, unter anderem durch eine umfassende länderspezifische Berichterstattung für alle multinationalen Unternehmen inklusive relevanter Steuervorbescheide, öffentlich zugängliche Register aller tatsächlichen Inhaber von Firmen und eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer, um eine wirksame Übersicht über Vermögenswerte und -verteilung zu erreichen. Staaten müssen Finanzkriminalität und Missbrauch effektiv bekämpfen können, durch zusätzliche Steuerbeamte und die Einführung eines wirksamen Unternehmensstrafrechts.

Perspektivisch braucht es in der EU und international ein Besteuerungssystem, bei dem es egal ist, ob Konzerne Gewinne und Verluste über Ländergrenzen verschieben, da die Gewinne eines Gesamtkonzerns ermittelt und je nach realer ökonomischer Substanz auf die jeweiligen Länder verteilt werden. Ein Land, in dem der Konzern nur einen Briefkasten unterhält, aber keine Mitarbeiter, hätte dann auch keinen Steuerertrag. Zwingend nötig sind dafür Mindeststeuersätze für Konzerne, weil eine derart harmonisierte Steuerbasis in der EU den Wettbewerb über die Steuersätze sogar anheizen kann. Um solche Veränderungen durchzusetzen, müssten die EU-Verträge geändert werden – denn die rücken bisher Steuerwettbewerb die Freiheit des Kapitalverkehrs in den Mittelpunkt. Kriminell sind nicht nur die Machenschaften der Steuerhinterzieher, sondern auch die Spielregeln der EU.



WWW.FABIO-DE-MASI.DE/DE/TOPIC/36

WWW.DIELINKE-EUROPA.EU/ARTICLE/10141

FABIO DE MASI IST LINKER EUROPAPARLAMENTARIER UND GEHÖRT DEM AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG AN. STEFAN HERWEG IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DE MASIS BRÜSSELER BÜRO

HANNES FAUSER

MEHR ALS EIN BRIEFKASTEN

WIE OFFSHORE-FIRMEN FUNKTIONIEREN – NICHT NUR IN PANAMA

Seit der Veröffentlichung der Panama-Papers sind Briefkastenfirmen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt – die sind jedoch alles andere als neu.

Zwar konzentriert sich die Aufmerksamkeit derzeit stark auf einzelne spektakuläre Geschichten, die nicht unbedingt repräsentativ für die KundInnen solcher Firmen sind. Doch die nun veröffentlichten Unterlagen der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca geben, wie schon frühere Leaks, durchaus Einblick in das System Briefkastenfirmen. Interessante Erkenntnisse ließen sich bereits aus den «Offshore-Leaks» von 2013 ziehen, die den Panama-Papers sehr ähnlich waren. So zeigt eine Studie, dass die Nutzung von Briefkastenfirmen auf den British Virgin Islands – auch bei Mossack Fonseca die häufigste Destination für die Gründung von Zweckgesellschaften, während Panama selbst heute eher eine untergeordnete Rolle spielt – just in dem Moment sprunghaft anstieg, als die Europäische Union 2005 mit der Einführung der Zinsrichtlinie gegen Steuerhinterziehung aktiv wurde. Diese Reform ließ Schlupflöcher offen: So wurde etwa die automatische Meldung von Zinseinkünften an das

Herkunftsland der Steuerpflichtigen auf die Konten natürlicher Personen beschränkt, sie gilt nicht für Firmen oder Gesellschaften – ganz offensichtlich ein Einfallstor für das Verstecken von Vermögen mithilfe von Briefkastengesellschaften in Schattenfinanzplätzen.

Ein interessantes Beispiel zur Rolle von Briefkastenfirmen findet sich bereits in der Geschichte des Schweizer Bankenstandorts: 1941 hatte die US-Regierung US-Wertpapiere eingefroren, die für ihre KundInnen von Schweizer Banken verwaltet wurden, damals physisch aber noch in den USA gelagert wurden. Sie verdächtigte die Banken, Strohmänner für Geschäfte der Achsenmächte zu sein. 1945 geriet dadurch das erst elf Jahre zuvor verabschiedete strikte Schweizer Bankgeheimnis in Gefahr, da die USA für die Freigabe dieser Wertpapiere Bescheinigungen über die tatsächlichen EigentümerInnen sowie über die korrekte Versteuerung verlangten. In der Tat war ein großer Teil dieser Vermögen Steuerfluchtgeld, insbesondere aus Frankreich, Italien und Deutschland. Mithilfe der Schweizer Behörden gelang es den Banken jedoch vorzugaukeln, dass die Vermögen Schweizer Strohleuten gehörten – oder Unternehmen

in Panama. Schon damals war es dort besonders leicht, Briefkastenfirmen zu gründen. Heute läuft das etwa so ab: UnternehmerIn XY möchte Vermögen «in Sicherheit bringen». Sie gründet hierfür zunächst eine Briefkastenfirma oder kauft eine auf Vorrat gegründete Gesellschaft von einer Anwaltsfirma, beispielsweise in Delaware, USA. Dafür sind in aller Regel nur wenige Informationen zur Identität der Person nötig, und mithilfe von TreuhänderInnen lässt sich die EigentümerInnenstruktur verschleiern. Diese Firma eröffnet dann ein Bankkonto, zum Beispiel in Hongkong. Nun kauft XY's deutsches Unternehmen Dienstleistungen von der Briefkastenfirma ein, die schwer nachzuweisen sind, etwa Beratungsleistungen, und zahlt per Überweisung auf das Konto in Hongkong. Damit hat XY einen doppelten Vorteil: Zum einen reduziert die Zahlung den zu versteuernden Gewinn im Herkunftsland, zum anderen können mit dem Offshore-Vermögen Einkünfte am Finanzmarkt erzielt werden. Auf diese wiederum kann so lange die deutsche Kapitalertragsteuer hinterzogen werden, wie weder XY noch die Bank in Hongkong diese Erträge ans heimische Finanzamt melden. Will XY an das Vermögen heran, kann sie sich beispielsweise von der Briefkastenfirma einen – steuerfreien – Kredit geben lassen.

Vor allem transnationale Konzerne nutzen die auf dem Papier meist legale Form der Steuervermeidung, indem sie ihre Gewinne in andere Länder verlagern oder durch Transferpreismanipulation, wobei verschiedene Unternehmensteile einander Leistungen in Rechnungen stellen, etwa Lizenzgebühren in den Niederlanden. Auswirkungen auf die Allgemeinheit hat auch die durch mangelnde Transparenz und Regulierung in Schattenfinanzplätzen ermöglichte Geldwäsche, etwa von Profiten aus organisierter Kriminalität oder von Bestechungsgeldern. Die Länder des globalen Südens werden durch diese Praktiken am stärksten geschädigt. Sie haben jedes Jahr wesentlich mehr illegitime Kapitalabflüsse zu verzeichnen als an öffentlicher «Entwicklungshilfe» aus dem Norden gezahlt wird. Trotzdem gehört mehr als die Hälfte der Offshore-Finanzvermögen Menschen aus dem globalen Norden, schätzt Gabriel Zucman, der als Schüler Thomas Pikettys mit seiner Forschung zu Steueroasen bekannt wurde. 2014 haben sich seinen Schätzungen nach mindestens 7,6 Billionen US-Dollar in Steueroasen befunden, was acht Prozent des weltweiten Finanzvermögens entspricht. Nicht enthalten sind andere Vermögensbestandteile wie Immobilien, Yachten oder Kunstgegenstände. Seine dadurch eher konservativen Zahlen gelten als die belastbarsten. Alternative Schätzungen von James Henry vom Tax Justice Network (TJN) kommen auf weit höhere Werte, erfassen aber mehr als Finanzvermögen und sind darüber hinaus methodisch angreifbarer.

An anderer Stelle trifft die Analyse des TJN ins Schwarze: Die Hauptprofiteure des Offshore-Finanzsystems sitzen nicht an sonnigen Karibikstränden, sondern in den Finanzzentren des globalen Nordens. In der City of London, in New York oder im Züricher Bankenviertel werden die Vermeidungs- und Hinterziehungskonzepte erdacht, sei es für transnationale Konzerne oder wohlhabende Pri-

vatpersonen. Während Großbritannien weiterhin Steueroasen in seinen Überseegebieten prosperieren lässt, weigern sich die USA am automatischen Austausch von Finanzinformationen zu beteiligen oder ihre internen Schattenfinanzplätze stärker zu regulieren. Und auch der geplante automatische Informationsaustausch der EU wird ärmeren Staaten des globalen Südens kaum zu Gute kommen. Der Kampf um Steuergerechtigkeit bleibt ein langwieriger Prozess.



WWW.GABRIEL-ZUCMAN.EU
WWW.TAXCAST.LIBSYN.COM

HANNES FAUSER IST PROMOTIONSSTIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG





AXEL TROOST

LEKTIONEN NICHT GELEHRT

DIE NEUORDNUNG DER FINANZMÄRKTE STEHT WEITER AUS

Die sogenannten «Panama-Papers» und die Verwicklungen deutscher Banken in «Cum-Cum-Geschäfte» haben die Debatte über den Reformbedarf im internationalen Finanzsystem wiederbelebt.

Diese Debatte war in den vergangenen Jahren stark erlahmt, da spätestens seit 2011/2012 die Regierungen der USA und Europas die 2007 begonnene globale Finanzkrise mehr oder weniger als überwunden betrachten. Die Finanzindustrie und die Politik hätten die notwendigen Lektionen gelernt, die fälligen Hausaufgaben gemacht oder die notwendigen Reformen zumindest eingeleitet, so glaubt auch die deutsche Bundesregierung. Gibt es heute tatsächlich eine neue, deutlich stabilere Finanzmarktarchitektur als 2007? Aus linker Sicht kann man diese Frage nur verneinen. Natürlich hat sich im Zuge des Krisenmanagements einiges im Finanzsystem getan und so manche Finanzmarktregulierung wurde – meistens sogar in die richtige Richtung – vorsichtig überarbeitet.

Zusammenfassend muss man aber sagen, dass die Regierungen wesentliche Krisenursachen nicht verstanden haben und ihnen der Mut oder das Interesse fehlte, sich an eine grundlegende Neuausrichtung im Finanzwesen zu wagen. Die eigentlich treibende Kraft der Erstarkung und Deregulierung der Finanzmärkte, nämlich die Konzentration großer Vermögen in den Händen weniger und die

damit verbundene Macht großer EinzelanlegerInnen und institutioneller Anlagegesellschaften wie Lebensversicherer und Pensionsfonds, wurde von den Regierungen gar nicht adressiert. Ohne ein politisches Bekenntnis, die Finanzmarkt-Regulierung mit der Verteilungsfrage zusammen zu denken, springt aber jede Finanzmarkt-reform zu kurz.

Der Finanzsektor hat sich gegenüber Demokratie, Gesellschaft und Realwirtschaft verselbständigt und muss daher dringend in Größenordnung und Qualität auf eine dienende Funktion gegenüber Gesellschaft und Realwirtschaft zurückgestutzt werden. Es braucht also eine weitreichende Reduzierung des Volumens und der Komplexität im Finanzsektor. Das wirksamste Instrument zur Reduzierung des Anlagevolumens auf Finanzmärkten ist eine drastische Umverteilung von oben nach unten. Gleichzeitig muss die lebensstandardsichernde Altersvorsorge von den Finanzmärkten getrennt werden. Die kapitalgedeckten Pensionssysteme vieler Länder und auch die Teilprivatisierung der gesetzlichen Rente in Deutschland («Riester-Rente») müssen abgewickelt und auf eine weitestgehende Umlagefinanzierung umgestellt werden.

Zur Reduzierung der Komplexität der Finanzmärkte schlagen wir einen Finanz-TÜV vor. Ähnlich wie bei Medikamenten und bei der Zulassung von Autos sollen Finanzprodukte einer Zulassungspflicht

unterworfen werden. Beim Antrag auf Zulassung müssen die Banken und Fonds darlegen, dass ihr Finanzinstrument keine externen Kosten oder Risiken für die Gesellschaft in sich trägt. Wenn alle Finanzinstrumente wegfallen oder vom Markt genommen werden müssen, die nach diesen Kriterien keine Zulassung erhalten, würden auf den Finanzmärkten Umsätze in Billionenhöhe wegfallen. Natürlich ist weiterhin an den Plänen für eine Besteuerung der Finanztransaktionen (Finanztransaktionssteuer, FTT) festzuhalten, auch wenn die Umsätze nach Einführung des Finanz-TÜV auf einen Bruchteil der bisherigen Größen zusammenschrumpfen würden. Neben den einzelnen Instrumenten müssen auch die Geschäftsmodelle der Banken und Fonds – und damit die Eigentumsverhältnisse – grundlegend verändert werden.

Eine Großbank, die als Aktiengesellschaft Gewinne für Aktionäre zu erwirtschaften hat, und die sich gleichzeitig aufgrund ihrer Größe und Systemrelevanz im Krisenfall staatlicher Hilfe sicher sein kann, hat keinen Anreiz, gesellschaftlich nachhaltige Finanzgeschäfte zu betreiben. Es bedarf daher einer Vergesellschaftung des Bankensektors, also einer wirksamen demokratischen Kontrolle der Banken durch Behörden und Vertreter der Zivilgesellschaft. Wesentliche Ansätze eines solchen Modells finden sich in Deutschland bereits im öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen und in den Genossenschaftsbanken.

Allerdings hat die Konkurrenz mit den privaten Großbanken die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen und den selbstgenügsamen Selbsthilfe-Gedanken der Genossenschaftsbanken stark an den Rand gedrängt. Die rendite-orientierten Privatbanken müssen daher in das öffentlich-rechtliche oder genossenschaftliche System überführt oder abgewickelt werden. Ein derart neues Bankensystem ist offensichtlich sehr stark von der deutschen Situation mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken her gedacht. Die Bundesrepublik bringt in dieser Hinsicht – man darf das niemals unterschätzen – also sehr viel bessere Voraussetzungen mit als die meisten anderen Länder, in denen wenige private Großbanken den Markt beherrschen. Hier ist also die internationale Zusammenarbeit progressiver Kräfte besonders gefragt.

Bleibt abschließend die Frage nach den Steuer- und Regulierungsoasen im internationalen Finanzsystem. Dazu ist festzustellen: Fast jedes Land bietet in der einen oder anderen Hinsicht Eigenschaften einer Steuer- und Regulierungsoase, auch die Bundesrepublik. Das liegt daran, dass die meisten Regierungen der neoliberalen Grundidee des Steuerwettbewerbs weiterhin positiv gegenüber stehen. Insofern ist die Forderung nach einer Austrocknung des Steueroasen-Unwesens immer auch eine Forderung an die Bundesregierung. Vor allem muss die häufig vorgebrachte Argumentation zurückgewiesen werden, eine durchgreifende Lösung sei unmöglich, weil man die exotischen Finanzplätze in der Karibik und im Ärmelkanal nicht zur Kooperation zwingen könne. Erstens sind die meisten dieser Finanzplätze indirekt abhängige Gebiete Großbritanniens oder der Niederlande und zweitens finden auf europäischen Finanzplätzen wie Luxemburg, der City of London oder Deutschland mindestens ebenso umfangreiche Steueroasenpraktiken und Steuervermeidungswettbewerbe wie in der Karibik statt.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41636
LINKSFRAKTION.DE/NACHRICHTEN/ERST-PRUEFEN-DANN-HANDELN

AXEL TROOST IST FINANZPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND GEHÖRT DEM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AN

«SCHMUTZIGE GEWINNE»

BANKENKRITIKER SCHULZ ÜBER DIE BEZIEHUNG VON INVESTOREN ZU UMSTRITTENEN UNTERNEHMEN

Jan Schulz ist Projektkoordinator bei Facing Finance, einer Berliner Nichtregierungsorganisation. Sie setzt sich für Umweltschutz und Menschenrechte ein, untersucht das Investitionsverhalten von Finanzdienstleistern und dokumentiert die Geschäftspraktiken multinationaler Konzerne.

Wie profitieren Banken von zweifelhaften Geschäften?

Schulz: Durch ihre Unternehmensbeteiligungen oder durch das Halten von Anleihen. Sie streichen Kursgewinne, Dividenden und Zinszahlungen ein. Häufig handelt es sich dabei um «schmutzige Gewinne» von Unternehmen, die durch ihre Geschäftstätigkeiten für Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Korruption, Rüstungsproduktion und -exporte verantwortlich sind.

Um welche Größenordnung geht es dabei?

Schulz: In unserem aktuellen «Dirty Profits»-Bericht haben wir die Finanzbeziehungen von zwölf Banken zu 20 umstrittenen Unternehmen untersucht, darunter ExxonMobil, Total, Nestlé, HeidelbergCement und Sanofi. Diese Unternehmen sind für Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Ausbeutung verantwortlich, für Umwelt- und Klimazerstörung. Zwischen Januar 2013 und August 2015 haben die Banken Kredite in Höhe von insgesamt 8,3 Milliarden Euro an die Unternehmen vergeben sowie die Ausgabe von Aktien und Anleihen im Wert von 25,4 Milliarden Euro begleitet. Außerdem hielten die Banken zum Zeitpunkt der Untersuchung selbst Aktien und Anleihen der Unternehmen im Wert von 233,5 Milliarden Euro.

Welche Banken treten dabei besonders hervor?

Schulz: Hierzulande fällt vor allem die Deutsche Bank auf. Sie ist die einzige deutsche Bank, die im internationalen Vergleich eine Rolle spielt. Die Deutsche Bank hat Beziehungen zu 19 der 20 von uns untersuchten Unternehmen. Auch die Commerzbank, einige Landesbanken wie die BayernLB und die Stadtsparkasse Düsseldorf fallen negativ auf. Letztere war an einem Kredit für die Rüstungsfirma Rheinmetall beteiligt.

Sind «ethische» Investments überhaupt möglich?

Schulz: Unser Projekt «Fair Finance Guide» analysiert die sozialen und ökologischen Defizite der Selbstverpflichtungen deutscher Banken. Dies gilt besonders für die Bereiche Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. Deutsche Finanzdienstleister verfügen unserer Einschätzung nach über wenig umfassende soziale und ökologische Richtlinien, um die Beachtung von Menschen- und Umweltrechten angemessen sicherzustellen. Das muss sich ändern.

FRAGEN: ANDREAS BOHNE



Jan Schulz

Die «Dirty Profits»-Berichte im Netz unter www.facing-finance.org/de/publications

Ich  Mainhattan



Foto: jan kranendonk/Shutterstock

PETER WAHL

SAND INS GETRIEBE

DIE TOBINSTEUER KÖNNTE SPEKULATION EINDÄMMEN – TROTZ IHRER GRENZEN

Mit der Herausbildung transnationaler Finanzmärkte seit den 1970er Jahren hat sich das Aktionsfeld für Banken, Fonds und Versicherungen um Größenordnungen erweitert. Jetzt steht ihnen praktisch die ganze Welt auch für spekulative Geschäfte offen.

Spekulation heißt, Renditen durch die Ausnutzung von Preisdifferenzen zu erzielen: hier eine Schwankung im Wechselkurs in Singapur, dort eine Differenz bei Zinsen zwischen Brasilien und USA und an anderer Stelle wiederum bei Aktien in Frankfurt. Die Protagonisten solcher Geschäftsmodelle und ihre neoliberalen Unterstützer in Universitäten und Medien sprechen von Investitionen oder, genauer, Finanzinvestitionen, weil sie den kritischen Unterton im Begriff Spekulation natürlich nicht mögen.

Inzwischen ist das System zum größten Teil automatisiert. Computer suchen unablässig nach «business opportunities» und nützen selbst kleinste Schwankungen von einem Hundertstel Prozent aus – im Insiderjargon heißt das: ein Basispunkt. Ein Prozent sind demnach 100 Basispunkte. Man muss in dieser Logik nur ausreichend große Summen einsetzen, um auch bei kleinsten Kursdifferenzen noch eine ordentliche Menge Geld zu machen. Bei einer Operation mit 100 Millionen Euro bringt ein Hundertstel Prozent noch 10.000 Euro. Und wenn der Computer das hundert Mal am Tag macht – das ist dann der sogenannte Hochfrequenzhandel – kommt eine

Summe zusammen, für die Durchschnittsverdiener vierzig Jahre arbeiten müssen. Wer die 100 Millionen nicht parat hat, sondern nur zehn, leiht sich die übrigen 90 Millionen für ein paar Stunden oder einen Tag. Das ist dann die «hebelverstärkte» Spekulation.

All diese und ähnliche Praktiken haben dazu geführt, dass die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen heute pro Börsentag rund drei Billionen Dollar betragen, das macht – Samstage und Sonntage nicht gerechnet – im Jahr 600 Billionen Dollar. Noch nicht einmal drei Prozent davon entfallen auf den internationalen Handel und ausländische Direktinvestitionen.

Das Gesamtsystem hat ein Ausmaß und eine Komplexität erreicht, die enorme Stabilitätsrisiken enthalten. Der Crash 2008 hat drastisch vor Augen geführt, dass es wie ein Kartenhaus zusammenbrechen kann, wenn an irgendeiner Stelle etwas schief läuft.

Um etwas mehr Stabilität in die Märkte zu bringen, hat deshalb der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin schon 1972 eine Steuer auf Devisentransaktionen vorgeschlagen, die das Volumen der Transaktionen einschränken und zur Entschleunigung, also zu einem Rückgang der Zahl der Transaktionen führen soll. Tobin sprach davon «Sand ins Getriebe der Finanzmärkte» zu werfen.

Der Grundgedanke ist, dass bei einem Steuersatz von zum Beispiel 0,1 Prozent jede Transaktion, die auf Kursdifferenzen von zehn Basispunkten und weniger spekuliert, unrentabel wird und deshalb

nicht stattfindet. Geschäfte ab elf Basispunkten würden weitergehen, allerdings würde dabei die Steuer anfallen. Das bedeutet, dass die Märkte nicht ausgetrocknet sondern nur ausgedünnt würden, und – weil das nun einmal zum Wesen von Steuern gehört – quasi als «Nebenwirkung» Einnahmen für die öffentliche Hand generiert würden. Das ist der Grund, warum ab Mitte der 1990er Jahre die entwicklungspolitische Szene und die Linke die Tobin-Steuer zu ihrer Sache gemacht haben. Die Einnahmen sollen dazu beitragen, den Kampf gegen den Klimawandel und die Armut zu finanzieren. Ob eine Finanztransaktionssteuer (FTS) tatsächlich die Spekulation nennenswert reduziert, hängt davon ab wie sie ausgestaltet wird. Die wichtigsten Parameter sind dabei die Steuerbasis, also die Frage welche Finanzprodukte besteuert und welche ausgenommen werden, die Höhe des Steuersatzes, die geographische Reichweite sowie Vorkehrungen gegen die Umgehung der Steuer. Bei allen Parametern besteht eine große Variationsbreite und man kann mit entsprechender Kombination sowohl eine sehr wirksame Steuer etablieren als auch einen Papiertiger.

Seit 2013 verhandelt eine «Koalition der Willigen» von zehn Ländern in der Eurozone, darunter Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland, eine gemeinsame FTS. Auch wenn in dem Direktiv-Entwurf der Europäischen Kommission Devisentransaktionen komplett ausgenommen sind – also das was Tobins ursprüngliche Idee war – ist der Vorschlag eines der seltenen Projekte der EU, der linken Vorstellungen einigermaßen nahekommt.

So ist vorgesehen, dass außer Devisen alle anderen Vermögensklassen besteuert werden, also Aktien, Anleihen und Derivate.

Insbesondere die Einbeziehung von Derivaten war lange umstritten. Aber zum einen machen sie vom Finanzvolumen her den Löwenanteil aus, zum anderen eignen sie sich sehr gut für Trickserien aller Art, an erster Stelle zur Steuerumgehung. Daher ist es ein Erfolg, dass mit einer marginalen Ausnahme, nämlich den Derivaten, die sich direkt auf öffentliche Anleihen beziehen, alle anderen besteuert werden.

Bemerkenswert sind auch einige Maßnahmen gegen Steuerumgehung. So soll die Steuer nicht nur auf den Handel mit Wertpapieren aus den zehn beteiligten Ländern erhoben werden, sondern auf alle, wo immer sie herkommen. So ist vorgesehen, dass auch eine chinesische oder amerikanische Aktie besteuert wird, wenn sie in Frankfurt verkauft wird. Gleichzeitig fallen Papiere aus den zehn Ländern unter die Steuer, auch wenn sie in New York oder Shanghai gehandelt werden. Die elektronischen Plattformen des Zahlungsverkehrs machen diese Kontrolle möglich. Wie man sieht, ist vieles möglich, wenn der politische Wille vorhanden ist. Unter dem Druck der Finanzlobby sind noch ein paar weitere Verwässerungen im Gespräch. So will Belgien unbedingt seine privaten Pensionsfonds und Lebensversicherungen ausgenommen haben. Aber selbst wenn sie damit durchkommen, kann man unterm Strich aus linker Sicht noch immer von einem Erfolg sprechen. Noch im Sommer 2016 soll es eine Einigung über die Eckpunkte der FTS geben.



WWW.LINKSFRAKTION.DE/THEMEN/FINANZTRANSAKTIONSSTEUER
WWW.WEED-ONLINE.ORG

PETER WAHL IST VORSITZENDER DER NICHTREGIERUNGSORGANISATION
WEED – WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG

LISA GROSSMANN

DAS PRIVATE IST POLITISCH

UNTERNEHMEN BEEINFLUSSEN POLITIK – TRANSPARENZ ERMÖGLICHT KONTROLLE

Die Panama-Papers haben aufgedeckt, welch ungeheuerliches Ausmaß an Verdunklung von illegitimen und illegalen Finanzströmen durch nur eine Kanzlei vonstatten ging, noch dazu in einem relativ kleinen Land wie Panama.

Doch wirft man einen Blick auf den aktuellen Schattenfinanzindex, dem Ranking der schädlichsten Schattenfinanzplätze der Welt (siehe Seite 16), so findet sich Deutschland auf Platz acht – fünf Plätze vor Panama. Denn wer Gelder verstecken möchte, sucht nicht nur nach einem Ort mit guter Geheimhaltung, sondern auch nach ausreichender Sicherheit. Mit einer Mischung aus rechtlichen Mängeln, zögerlicher Veröffentlichungspraxis und zaudernder Finanzaufsicht bietet der Finanzplatz Deutschland genau die richtige Mischung für Finanzströme aus der ganzen Welt. So haben beispielsweise SteuerausländerInnen über 2,5 Billionen Euro steuerfrei in Deutschland angelegt, und nur ein Prozent davon wird bisher an die Heimatfinanzbehörden gemeldet.

In solch «attraktiven Finanzplätzen» lagern somit riesige Finanzvermögen, die der Besteuerung und somit der Finanzierung von Demokratien und dem Gemeinwohl entzogen werden. Länder des globalen Südens verlieren jedes Jahr rund eine Billion US-Dollar durch illegitime Mittelabflüsse, vor allem auch durch die Gewinnverschiebung und Steuervermeidung von multinationalen Konzernen. Bei der Auflistung aller Skandale, dem Argumentieren mit abstrakten

Beträgen im Milliarden- und Billionen-Bereich und in Anbetracht der schier Menge an Gemeinwohl-Verbrechen, die allein eine Kanzlei verübt hat, schwankt die öffentliche Debatte zwischen Empörung und Lähmung. Ein Weg um die Empörung produktiv zu nutzen und die Lähmung in Aktion zu verwandeln, ist zunächst wenig spektakulär: Transparenz. Vielleicht scheint Transparenz auf den ersten Blick nicht radikal genug. Dass reiche Einzelpersonen und Konzerne wie Amazon, Apple, Starbucks, aber auch Eon, Bayer Leverkusen und die Deutsche Bank massiv Steuern vermeiden, wissen wir in dank der Lux-, Swiss- und Panama-Leaks längst.

Doch tatsächliche Transparenz, im Sinne von öffentlich zugänglicher Information, würde die aktuellen Machtverhältnisse zugunsten der öffentlichen Interessen erheblich stärken. So drehen sich zwei der zentralen Forderungen des Netzwerks Steuergerechtigkeit um Transparenz. Zum einen die Forderung nach öffentlichen länderbezogenen Berichtspflichten für multinationale Unternehmen. Mit der Veröffentlichung von Kerndaten wie Umsatz, Gewinn, MitarbeiterInnen, investiertem Kapital und Steuerzahlungen in den jeweiligen Ländern würde sichtbar werden, ob Konzerne ihre Gewinne in Niedrigsteuerrändern, wie Luxemburg, die Niederlande oder in eins der britischen Überseeterritorien verschoben haben. Die andere Forderung ist die nach einem öffentlich zugänglichen Register, in welchem die tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten von (Briefkas-

ten) Firmen eingesehen werden können. Derzeit liegen sowohl die öffentlichen Konzernberichte – nach einem langen OECD-Abstimmungsprozess – als auch die Register im Rahmen der vierten Geldwäscherichtlinie wieder auf dem politischen Verhandlungstisch. Doch leider tritt Deutschland und insbesondere der Finanzminister Schäuble immer wieder als Bremser auf. So hat er erst kürzlich beim Kongress der Bundessteuerberaterkammer angekündigt, öffentliche Konzernberichte verhindern zu wollen. Es sei gefährlich, es mit der Transparenz zu übertreiben. Was man heute Transparenz nenne, sei im Mittelalter der Pranger gewesen.

So moralisch aufgeklärt das Argument klingen mag, so falsch ist es: Denn es geht bei internationaler Steuervermeidung schon lange nicht mehr um private Vergehen, vielmehr beschädigt diese längst die öffentliche Daseinsvorsorge und die Demokratie. Ein besonders anschauliches Beispiel ist hierfür IKEA. So hat Attac bereits 2013 gezeigt, dass IKEA alleine mit Hilfe der Lizenzmethode sechs Jahre mindestens eine Milliarde Euro an Steuern nicht gezahlt hat. Bei dieser Methode überweist IKEA einen erheblichen Teil der in Deutschland erwirtschafteten Gewinne an eine Firma in den Niederlanden. Diese Firma leitet die aus der ganzen Welt gesammelten Gewinne fast steuerfrei an die Interogo-Stiftung in Liechtenstein. Diese Stiftung gehört der Familie Kamprad, die den gesamten Konzern kontrolliert.

So weit, so schlimm. Doch IKEA mischt sich mittlerweile auch offensiv in die Gestaltung des öffentlichen Raums ein. So hat das Unternehmen jüngst in Hamburg eine Filiale in der Innenstadt eröffnen dürfen, weil es im Gegenzug die klamme Stadt bei der Renovierung der umliegenden Häuser, Straßen und Ampelanlagen finanziell un-

terstützte. In einem Londoner Stadtteil hat der Konzern ein ganzes Quartier erbaut, mit Wohnungen, Büros, Ärztezentren, Kindergärten und Hotels. In London werden bereits viele Viertel von Privatfirmen verwaltet und kontrolliert. Mit den eigenen privaten Sicherheitsdiensten und Videoüberwachung rund um die Uhr werden hier die Regeln des öffentlichen Raumes ausgehebelt. So ist politischer Protest auf privatem Grund zumindest eingeschränkt, meistens jedoch verboten. Schäubles Analogie ist also falsch, denn das Private ist in Bezug auf multinationale Konzerne längst von Bedeutung für die Öffentlichkeit. Die Steuervermeidungspraktiken führen zu erheblichen Einbußen in den öffentlichen Haushalten, was wiederum zu einer dramatischen Verschlechterung der öffentlichen Aufgaben führt. Diese Aufgabe privaten Unternehmen zu übergeben, die sich zuvor der Finanzierung des Gemeinwohls entzogen haben, ist höchst undemokratisch.

Zuletzt bleibt noch zu sagen, dass die Europäische Union große Banken bereits zu öffentlichen länderbezogenen Berichtspflichten verpflichtet hat. Dadurch kam ans Licht, dass die Tochterunternehmen von vier französischen Banken jährlich auf den Kaiman-Inseln 45 Millionen Euro Gewinn erzielt haben – ohne einen einzigen Angestellten. Das Wissen um diese Praktiken ist ein wichtiger Schritt um auch mit Hilfe von öffentlichem Druck tatsächlich wirksame nationale und internationale Rechnungslegungsstandards und Steuerregeln für mehr Steuergerechtigkeit zu entwickeln.



WWW.NETZWERK-STEUERGERECHTIGKEIT.DE
WWW.STEUERGERECHTIGKEIT.BLOGSPOT.DE/

LISA GROSSMANN IST KOORDINATORIN DES NETZWERKS
STEUERGERECHTIGKEIT

FRIEDERIKE HABERMANN

DAS BEISPIEL ALLMENDE

DAS SYSTEM IST IN DER KRISE – ALTERNATIVEN WERDEN ABER SCHON GELEBT

Der Kapitalismus ist in der Krise. Das kann auch eine gute Nachricht sein für diejenigen die ihn überwinden wollen. Alternativen gibt es: Besitz statt Eigentum, Beitragen statt Tauschen. Und sie werden schon gelebt – nicht nur in den Ländern mit tiefen Wirtschaftskrisen.

«Oh, wie schön ist Panama», finden der kleine Bär und der kleine Tiger in der Geschichte von Janosch – und befinden sich doch in ihrer alten Heimat, die sie mit neuen Augen sehen. So könnte es auch Geldanlegern gehen, als nach der Veröffentlichung der Panama-Papers bekannt wurde, dass Panama nur auf Platz 13 der Rangliste der Steueroasen liegt – und Deutschland auf Platz acht. «Oh, wie scheiße!», erscheint für alle anderen nach der Lektüre dieses Hefts angesichts der beschriebenen Zustände eine durchaus angemessene Reaktion. Steuerflucht und verbrecherische Geschäftsmodelle sind gang und gäbe, und oft nicht einmal illegal. Aber vielleicht lohnt sich ein anderer Blick auf die Entwicklung der Finanzwirtschaft und des Kapitalismus. Denn das Fallenlassen letzter Skrupel hängt auch damit zusammen, dass das mit dem Kapitalismus nicht mehr so recht klappt. Ökonomisches Wachstum stößt an ressourcenbedingte Grenzen und produziert soziale und internationale Spannungen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind sämtliche Maßnahmen ausgeschöpft, dieses Wachstum anzukurbeln.

Doch ein Zurück zum Zustand zuvor kann es nicht geben. Auch die schönste Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates basierte auf ausbeuterischen Verhältnissen, von Umweltverschmutzung, entfremdeten Arbeitsverhältnissen und vielen anderen Aspekten ganz zu schweigen. Einen schönen Kapitalismus gab es noch nie. Dass er in eine Krise geraten ist, die jederzeit eskalieren kann, kann also als gute Nachricht gelesen werden. Yanis Varoufakis sagte, Maßnahmen, den Kapitalismus zu retten, seien in der heutigen Situation notwendig, um ein Blutbad zu vermeiden. Wir seien noch nicht so weit, diesen überwinden zu können. Doch erstens ist Wachstum schon aus ökologischer Sicht keine Lösung. Zweitens darf eine europäische und internationalistische linke Bewegung ihre Kräfte nicht auf Abwehrkämpfe begrenzen – sonst wird sie den Kapitalismus nie überwinden. Und tatsächlich zeichnen sich durchaus hoffnungsvolle Perspektiven ab.

Alternative Wirtschaftsansätze beispielsweise in Tauschringen, Kollektiven oder Kommunen gibt es von jeher. Sie ermöglichen innerhalb bestimmter Gruppen egalitäre Austauschformen. Sie machen das Leben netter, vor allem aber bringen sie den Alltagsverstand von Menschen in Bewegung und sind damit wertvolle Erfahrungen. Eine weltweite emanzipatorische Lebensweise ermöglichen sie allerdings nicht. Anders die neue Entdeckung eines alten Kon-

zepts: der Allmende. Oder, mit dem Ausdruck Rosa Luxemburgs, des Dorfkommunismus. Eigentum als Möglichkeit des Ausschlusses anderer, die ein Gut benötigen, während die Eigentümerin es nicht braucht, ist eine junge Erfindung, ebenso wie entfremdete Arbeitsverhältnisse oder der Glaube, vor der Erfindung von Geld seien innerhalb von Gesellschaften Waren getauscht worden. Diese Erkenntnisse gehen zusammen mit der Krise des Kapitalismus. Denn was weder die Neoliberalen noch die Keynesianer je verstehen würden, sei, so Varoufakis, Marx zitierend: «Wenn die ganze Klasse der Lohnarbeiter durch die Maschinerie vernichtet würde, wie schrecklich für das Kapital, das ohne Lohnarbeit aufhört, Kapital zu sein!» Hier, argumentiert auch der britische Wirtschaftsexperte Paul Mason, zeichnet sich ein Ausweg ab. Er zeigt anhand der Finanzmarktsituation und der Produktivkraftentwicklung, wie sich die Möglichkeiten, Profit zu erwirtschaften, auflösen. Der Zukunftsforscher Jeremy Rifin verkündete bereits ein Jahr zuvor: «Die Profite trocknen aus, der Austausch von Eigentum auf den Märkten kommt zum Erliegen, und das kapitalistische System geht ein.» Stattdessen betrete ein neues Wirtschaftssystem die Weltbühne: die Commons.

Oh, wie schön, soviel Zweckoptimismus! Machen wir damit gleich weiter: Dass sich gleichzeitig der Kapitalismus in Ländern wie China oder Indien rasant ausbreitet, ist eine Form kapitalistischer Landnahme, aber auch Ausdruck einer zunehmend verzweifelten Suche nach Verwertungsmöglichkeiten. Ein durchaus marxistischer, da dialektischer Gedanke: Wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten. Doch während die Dämmerung ohne menschliches Zutun eintritt, wird Technik allein uns nicht retten. Auch eine Commons-Gesellschaft kann mit Herrschaftsstrukturen einhergehen; in der uns bekannten Geschichte war dies größtenteils der Fall. Insofern ist neben «Besitz statt Eigentum» das Prinzip «Beitragen statt Tauschen» wesentlich; Marx sprach von «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Umsonstläden, in welche Gegenstände gebracht werden, die «aus dem Besitz gefallen» sind, da sie zu Hause ungenutzt herumstehen während umgekehrt tauschlogikfrei genommen werden kann, was gebraucht wird; RepairCafes, in denen Menschen aus Lust am Basteln und aus ökologischer Überzeugung Räder oder Radios reparieren; die Solidarität mit den Geflüchteten – all das sind Praktiken nach diesen Prinzipien. Auch in der Produktion werden neue Wege beschritten: In der solidarischen Landwirtschaft wird nicht mehr Mitgliedsbeitrag gegen Gemüseboxe getauscht, sondern es wird anonym gegeben, wozu die einzelnen fähig und bereit sind und genommen, was gebraucht wird. Gleichzeitig wird die finanzielle Absicherung der landwirtschaftlich Tätigen großgeschrieben. Ähnlich organisiert sich in Griechenland die besetzte Fabrik VioMe. Und ebenfalls in Griechenland existieren 45 «solidarische Kliniken», die auf freiwilligem Beiträgen basieren und offen für alle sind. Während die dort Aktiven staatliche Hilfe für sich selbst ablehnen, fordern sie gleichzeitig vom Staat ein, seiner Verantwortung im Gesundheitsbereich gerecht zu werden. «Das funktioniert doch nur in einer Krisensituation!», sagen die einen; «Das funktioniert doch nur in einer Überflusgesellschaft!», sagen die anderen. Oh, wie schön: Wir haben beides!

 WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/55438
[HTTPS://YOUTU.BE/I3JEKROS4YK](https://YOUTU.BE/I3JEKROS4YK)

FRIEDRIKE HABERMANN IST ÖKONOMIN UND HISTORIKERIN. SIE WAR STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND IST AUTORIN DES BUCHES «COMMONY. UMCARE ZUM MITEINANDER». ES ERSCHEIN IN DIESEM JAHR

VON CUM/CUM BIS OFFSHORE EIN KLEINES GLOSSAR DER FINANZTRICKS

CUM/CUM Ausländische Investoren «verleihen» kurz vor dem Stichtag, an dem Dividenden ausgezahlt werden, ihre Aktien an einen inländischen Finanzdienstleister (meist eine Bank) und erhalten sie kurz darauf wieder zurück – so wird ein Großteil der Kapitalertragssteuer gespart.

CUM/EX Ebenfalls ein Trick um die Kapitalertragssteuer zu sparen: Aktien werden verkauft, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert. Die Zeit dazwischen nutzen die Käufer, um Scheintransaktionen durchzuführen, die helfen, Beträge von den Steuern abzusetzen.

HOCHFREQUENZHANDEL Beim Hochfrequenzhandel werden Kursdifferenzen aller Art ausgenutzt, von Waren, Aktien oder Währungen, um durch Käufe und Verkäufe im Bereich von Nanosekunden Gewinne zu erzielen. Der Handel läuft automatisch über Computer, die auch winzige Kursdifferenzen aufspüren und zigtausende Käufe pro Tag abwickeln. Da dabei große Summen eingesetzt werden, werden auch bei kleinsten Differenzen noch hohe Gewinne erzielt. Das eingesetzte Geld wird häufig eigens für diese Spekulation für Stunden oder Tage «geliehen».

OFFSHORE Finanzplatz «weit von der Küste», im übertragenen Sinn auch «außerhalb des Rechts», sind meist auf Inseln oder in britischen oder niederländischen Überseedepartments gelegene Finanzplätze, die mit sehr geringen Steuern und dem Zusichern hoher Vertraulichkeit InvestorInnen locken – die ihr Geld dort vor den Steuerbehörden «in Sicherheit» bringen.

SCHATTENBANKEN Unternehmen, die wie Banken Geldgeschäfte tätigen, aber durch eine andere legale Form nicht als Banken zählen und daher auch nicht den entsprechenden Regulierungen und Vorschriften unterworfen sind. Sie können daher auch weitaus riskantere Geldgeschäfte tätigen. Zu den Schattenbanken zählen unter anderem die Hedge-Fonds, die mit dem Geld institutioneller und reicher InvestorInnen hochriskante Spekulationen durchführen. Häufig handelt es sich um Auslagerungen oder Tochterunternehmen von Banken. Sie haben ihren Sitz häufig in Offshore-Finanzplätzen.

SHARE DEALS Bei Share Deals erwirbt ein Käufer nicht die Ware selbst, sondern Anteile daran oder Rechte darauf, meist in Form von Aktien. Share Deals haben sich jedoch auch im Immobiliensektor verbreitet – die Käufer, meist Großinvestoren oder Gesellschaften, zahlen dann keine Grunderwerbssteuer.

UMSATZSTEUERKARUSSEL Mehrere Firmen oder Tochterfirmen in verschiedenen Ländern (meist der EU) verkaufen und liefern Waren mehrfach aneinander und lassen sich vom Finanzamt die Vorsteuer erstatten – die eigentlich später mit der Umsatzsteuer verrechnet werden müsste. Die Umsatzsteuerpflicht reichen die Unternehmen jedoch aneinander weiter, bis sie schließlich bei einem Unternehmen hängen bleibt, das dann, bevor sie fällig wird, vom Markt verschwindet – im Englischen daher auch «Missing Trader Intra-Community Fraud» genannt.

Zusammengestellt von Juliane Schumacher



Google

Google präsentiert im März 2009 in Chinas Hauptstadt Peking seine Musiksuche. Foto: Keso/Wikimedia Commons (CC BY 2.0)

MARTIN DELIUS

FREMDBESTIMMT IM NETZ

ALGORITHMEN UND DIE WAHRNEHMUNG DER WELT – WIE FILTER UNS BEEINFLUSSEN

Der technologische Fortschritt des 21. Jahrhunderts beeinflusst jeden Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens und -wirkens. Algorithmen spielen eine zentrale Rolle bei der Frage, wie wir die Welt wahrnehmen. Sie sind jedoch kaum wahrnehmbar und kontrollierbar.

Durch die neuen Technologien hat sich der Rahmen individueller Möglichkeiten und Mittel zur Entscheidungs- oder Urteilsfindung oder sozialer Interaktion rasant weiterentwickelt. Und nicht nur das – auch die persönliche Wahrnehmung der Welt wird zunehmend durch den Einsatz von Technologien geprägt, wie Eli Pariser in seinem 2011 erschienenen Essay «The Filter Bubble: What the Internet is hiding from you» ausführt. Dieser Einfluss ist alles andere als transparent. Im Kontext omnipräsenter Verwertungsinteressen kann nicht davon ausgegangen werden, dass er im Sinne der NutzerInnen passiert. Vielmehr sind es Programme und Algorithmen, die im Einsatz eine anscheinend überkomplexe Welt erfahrbar machen sollen. Sie arbeiten mit den Mitteln der Verkürzung, Verschleierung und Homogenisierung. Das Resultat ist ein fremdbestimmtes Informationstransportdefizit. Eine selbstbestimmte Informationsarbeit durch den Einsatz moderner Technologien im Internetzeitalter wird so immer unwahrscheinlicher.

Als die Suchmaschine Google erfunden wurde und aufgrund ihres vergleichsweise niedrigschwelligen und umfangreichen Angebotes schnell zum ersten großen Publikumsphänomen des jungen World-Wide-Web (WWW) wurde, berichteten Zeitungen, Blogs, Medien intensiv über den dahinter liegenden Algorithmus. Eine geniale logisch-mathematische Formel hatte die Firma hinter google.com dazu in die Lage versetzt, scheinbar verlässliche und umfangreiche Suchen durch das rasant wachsende Angebot an Webseiten, Produkten und Personen im Internet zu bieten. Der hierzu notwendige Suchalgorithmus war und ist Kern des Geschäftsmodells. Über seine genaue Struktur und Arbeitsweise gibt es bis heute allerdings keine oder nur veraltete Informationen. Seine Technik und das Geheimnis um ihn wurden zum Sinnbild des unternehmerischen Internets und zum Garant für das Funktionieren einer ganzen Industrie. Die Beeinflussung von Nutzungsverhalten und Informationsflüssen zur Umsetzung unternehmerischer Interessen ist inzwischen ein etabliertes Geschäftsmodell. Wer von möglichst vielen Menschen gefunden werden will, muss die Regeln des Algorithmus akzeptieren ohne sie verstehen zu können. Auf der Seite der NutzerInnen braucht die selbstbestimmte Bewertung von Suchergebnissen und Quellen im WWW ein stark ausgeprägtes Verständnis solcher AI-

gorithmen um ausgewogene private oder professionelle Recherchen betreiben zu können, unabhängig von für Suchmaschinen optimierte Angebote und gekauften Platzierungen. Dies hatte auch Bundesjustizminister Heiko Maas erkannt, als er im Jahr 2014 von Google forderte, zumindest die Kriterien des eigenen Algorithmus offenzulegen. Damit sollten die «Nutzer nachvollziehen können, wie die Suchergebnisse sortiert werden», so Maas. Google antwortete, sie empfänden sich als total transparent.

Um den Google-Algorithmus sind nicht nur Geschäftsmodelle entstanden, er hat unser Verständnis der Funktionsweise des Internets grundlegend geprägt, die Art und Weise wie wir wirtschaften oder konsumieren und die Wege auf denen wir uns informieren. Ein wirkungsvolles Geheimnis, wie viele andere dieser Algorithmen. Strenge geheime Formeln und Programme sollen uns heute das Einkaufen im Netz erleichtern in dem sie Firmen zielgerichteter Produkte präsentieren lassen. Sie nutzen dazu unser eigenes Verhalten. Wie genau das passiert, lässt sich für uns maximal erraten. Unser soziales Verhalten und wie wir im Netz politisch agieren wird maßgeblich von Filterfunktionen auf Facebook, Youtube und ähnlichen Plattformen beeinflusst. Das offizielle Argument hierfür ist stets die Eindämmung der Informationsflut des Internets. Es lässt sich allerdings vermuten, dass eigentlich die clevere Vermarktung von Produkten in sozialen Umgebungen im Vordergrund steht. Das Ergebnis ist dasselbe: Politische Auseinandersetzungen in sozialen Netzen finden – außer in der absoluten Eskalation – immer seltener statt, da das Filtern des Informationsflusses mehr und mehr undurchlässige und homogene Gruppen produziert, die in der bequemen Umgebung Gleichgesinnter dem Konsum der immer passenden politischen und sozialen Einflüsse frönen.

Es muss hinterfragt werden, inwiefern die beschriebenen Effekte wirklich eine Neuerung aufgrund der Digitalisierung unserer Umgebung darstellen. Der Publizist und Softwareentwickler Christoph Kappes führt so zum Beispiel unter dem Titel «Menschen, Medien und Maschinen - Warum die Gefahren der Filterbubble überschätzt werden» an, dass Filterungen auch vor dem Internetzeitalter an der Tagesordnung waren. Redaktionen hätten seit jeher Informationen der Öffentlichkeit vorenthalten um diese nicht zu überfordern und gleichzeitig wirtschaftlichen Zwängen zu genügen. Vergleichsweise offensichtlich bekannt ist der Effekt der Fremdstrukturierung und -priorisierung auch von Informationen zum Beispiel in klassischen Archiven und Bibliotheken. Diese Effekte sind allerdings nur insofern mit Suchalgorithmen im Internet zu vergleichen, wie sie aus strukturierten Informationssammlungen resultieren. Im Gegensatz zu öffentlichen Bibliotheken und Archiven ist ein geschäftsmäßig organisierter Suchmaschinenalgorithmus schon aufgrund des extrem großen Innovationsdrucks, aber eben auch ökonomischer Interessen, die ihm zugrunde liegen und ihn prägen, wesentlich intransparenter gegenüber den Nutzenden. Einen Algorithmus kann man nicht fragen warum das Gesuchte oben in der Liste steht. Gleiches gilt für Homogenisierung in sozialen Netzen und Bildung von sogenannten Filterblasen: Die beschriebenen und diskutierten Effekte sind nicht neu. Sie basieren in der historischen Betrachtung allerdings nahezu ausschließlich auf extrinsischen ökonomischen Zwängen und von der Umgebung unabhängigen sozialen Bedürfnissen. Im Falle von sozialen Netzwerken wie Facebook werden dagegen Algorithmen genutzt um soziale Bedürfnisse zu bedienen und zu verstärken mit dem Ziel ökonomischen Interessen gerecht zu werden. Im Gegensatz zur bekannten Homogenisierung sozialer Umgebun-

gen besteht hier kein Zwang, da zentralen Algorithmen längst technische Lösungen für individuelle und lokale Filter gegenüber stehen. Die Wissenschaftsjournalistin Eva Wolfangel führt in ihrer Kritik an der 2015 in «Science» erschienenen Studie «Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook» als Dreh- und Angelpunkt das Konsumverhalten der meisten NutzerInnen von sozialen Netzen an. Zum einen seien die automatischen Filter von Facebook aus oben genannten Gründen sehr wohl kritisch zu sehen, zum anderen ist es offensichtlich durchaus ein artikuliertes Interesse der KonsumentInnen von Informationen im Netz durch eben diese Filter vor unliebsamen Ansichten geschützt zu werden. Wir können uns zwar eine informierte Zivilgesellschaft oder ein selbstbestimmtes Wirtschaften ohne das Internet kaum mehr vorstellen, aber können wir uns eine Welt vorstellen, in der wir wirklich selbstbestimmt und umfassend informiert sind? Wenn ein vollständiger und unbeeinflusster Blick auf das Geschehen der Welt nicht möglich ist – wovon wir ausgehen müssen –, wie können dann Beeinflussung und ihr zugrunde liegende Machtgefälle und Interessen sichtbar gemacht werden, damit Selbstbestimmung auch in der Informationsarbeit Einzug halten kann?

Die Aufgabe der politischen Gesellschaft muss es sein, einen informierteren Umgang mit den neuen technischen Aspekten der Wahrnehmungsökonomie zu ermöglichen. Regelungen zum Umgang mit dem öffentlichen Anspruch auf Information bei elektronischen Produkten und Plattformen müssen in internationale Handelsabkommen genauso Eingang finden wie in nationale Gesetze. Das Ziel muss eine transnationale Regulierung von technisch gestützten Informationskartellen sein. Hinzukommen muss ein klares Bekenntnis zum Recht des Individuums auf öffentlich relevante Informationen. Dies muss in der Zukunft auch bisher privatrechtlich geschützte Informationen einschließen. Softwarepatente, geschlossene Übertragungsprotokolle und Algorithmen kann sich eine demokratische Informationsgesellschaft nicht leisten. Das Internet und seine Angebote sollten als Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden und entsprechend zugänglich und transparent gemacht werden. Wenn darüber hinaus ein Großteil der NutzerInnen die Gefahren einer automatisierten Wahrnehmungsstörung nicht erkennen kann oder will, da er in ihrem Konsumverhalten nach maximaler Konformität strebt, müssen wir uns die Frage nach einer neuen digitalen Konsumethik stellen. Muss ich Facebook und Google wirklich nutzen weil ich denke mein persönlicher Vorteil überwiegt? Oder trage ich eine Verantwortung mit meinem persönlichen Konsumverhalten, die darüber hinausgeht?



WWW.ROSALUX.DE/KULTUR-MEDIEN/THEMA/DIGITALER-WANDEL
[HTTP://MARTINDELIUS.DE](http://MARTINDELIUS.DE)

MARTIN DELIUS IST VORSITZENDER DER PIRATENFRAKTION IM BERLINER ABGEORDNETENHAUS UND MITGLIED DES BUNDESVORSTANDS DES FORUMS DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS DER PARTEI DIE LINKE

KONGRESS IN BERLIN Wie verändert der zunehmende Einsatz von Algorithmen politisches Denken und Handeln? Wie verändern sich Herrschaft, Kontrolle und Kapitalismus? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Kräfteverhältnisse, Organisation und politische Intervention? Unboxing: Algorithmen, Daten und Demokratie. Konferenz vom 2. bis 3. Dezember 2016. Mehr unter www.rosalux.de/event/56358.



Bernie Sanders bei einem Auftritt im Vorwahlkampf um die demokratische Präsidentschaftskandidatur. Foto: Jake Bucci/Wikimedia Commons (CC BY 2.0)

STEFANIE EHMSSEN/ALBERT SCHARENBERG

GEGEN DEN STATUS QUO

TRUMP KANDIDIERT FÜR US-PRÄSIDENTSCHAFT – DOCH NEUE LINKE FORMIERT SICH

Die anstehende Präsidentschaftswahl hat die politischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten gehörig durcheinandergewirbelt.

Nachdem die parteiinternen Vorwahlen über Jahrzehnte hinweg eher langweilige Wettbewerbe unter InsiderInnen waren, haben dieses Jahr die Kampagnen von Außenseitern auf beiden Seiten des politischen Spektrums enormen Zulauf erfahren und alle Prognosen über den Haufen geworfen. «Amerika hat die Wahl zwischen autoritärem Populismus, repräsentiert durch Donald Trump, und Reformpopulismus, repräsentiert durch Bernie Sanders,» sagt Robert Reich, früherer Arbeitsminister unter Bill Clinton und prominenter Sanders-Unterstützer. Auf der Linken hat Senator Bernie Sanders, unabhängiger Senator aus Vermont, die Kandidatin des Establishments der Demokratischen Partei, Hillary Clinton, herausgefordert – und als selbst erklärter «demokratischer Sozialist» fast die Hälfte aller Bundesstaaten gewonnen. Damit ist er der erfolgreichste Sozialist in der amerikanischen Geschichte, noch vor Eugene V. Debs und seiner Socialist Party zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Grundzüge des Programms von Sanders – die große Schnittmengen mit der Programmatik der LINKEN aufweisen – sind

durch die Vortragsreise des «Sanderistas» Ethan Young aus New York bekannt geworden, die das Stiftungsbüro New York in Zusammenarbeit mit dem Bereich Bundesweite Arbeit und einem halben Dutzend Landesstiftungen im März organisiert hatte. Im Mittelpunkt steht ein «New Deal» für das 21. Jahrhundert: ein massives öffentliches Investitionsprogramm, um Klimawandel und Infrastrukturverfall zu stoppen; schärfere Regulierung und höhere Besteuerung von Banken und Konzernen; eine Krankenversicherung für alle, gebührenfreies Studium und bezahlbare Kinderbetreuung; Verteidigung und Ausbau der Bürgerrechte sowie, nicht zuletzt, die Abkehr von der kriegerischen Außenpolitik.

Mit diesem linkspopulistischen Programm hat der 74-jährige Sanders zur Überraschung aller ungeahnten Zuspruch erfahren – besonders in der Generation der unter 30-jährigen. Bei diesen lag er bei den Vorwahlen in manchen Bundesstaaten bis zu 70 Prozentpunkte vor Hillary Clinton. Die Nominierung hat Sanders letztendlich knapp verpasst. Dennoch steht angesichts der Begeisterung, die er geweckt hat, bereits jetzt fest, dass die neue Generation das Potenzial hat, die US-amerikanische Linke aus ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung zu befreien und zu einem echten Faktor in

der amerikanischen Politik zu machen – innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei. Voraussetzung dafür ist, dass sich die neu Politisierten in der einen oder anderen Form organisieren. Es kommt nun darauf an, wie Sanders sich in den kommenden Monaten verhält, und wie die ihn unterstützenden Organisationen agieren, die Mitte Juni in Chicago zu einem großen «People's Summit» zusammenkamen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hat sich der Reality-TV-Star und Milliardär Donald Trump die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei gesichert – gegen den erbitterten Widerstand des Partei-Establishments. Dabei haben die Parteigranden die Bedingungen für ihre «Trumpocalypse» selbst geschaffen, indem sie die eigenen AnhängerInnen jahrelang und mit immer absurderen «Argumenten» zum kompromisslosen Kampf gegen die Demokraten mobilisierten. Gerade die fortwährende Agitation gegen den ersten schwarzen Präsidenten des Landes trug zur weiteren Radikalisierung der «Partei der Weißen» bei. Donald Trump trieb diesen Prozess auf die Spitze. Bereits vor Jahren war er die bekannteste Stimme der «birthers», die mit der Behauptung, Obama sei nicht in den USA geboren, dem zweimal gewählten Präsidenten rundheraus die verfassungsmäßige Legitimität absprachen. Von dieser Verschwörungstheorie ließ sich Trump nicht einmal durch die Veröffentlichung von Obamas Geburtsurkunde abbringen.

In seinem Wahlkampf machte Trump vor allem durch seine Tiraden gegen MexikanerInnen und Muslime auf sich aufmerksam, aber auch durch isolationistische Positionen in der Außen- und Außenhandelspolitik. Das republikanische Establishment hat sich lange keinen Reim darauf machen können, warum ausgerechnet

diese Themen Trump in allen Umfragen nach oben katapultierten. Vielleicht wollten sie sich aber auch nicht eingestehen, was ohnehin kein Geheimnis ist: dass große Teile ihrer Basis es durchaus zu schätzen wissen, wenn jemand Einwanderer aus Mexiko und Muslime offen diffamiert. Hierin liegt der Kern der Kandidatur Trumps: den offenen Rassismus zurück in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Die Öffnung für andere Wählergruppen, die sich manche nach der Niederlage des republikanischen Kandidaten Mitt Romney im Jahr 2012 erhofft hatten, hat Trump ins Gegenteil verkehrt.

Das bedeutet zugleich, dass Donald Trumps Aussichten, im November zum Präsidenten gewählt zu werden, auf dem Papier schlecht stehen. Entwarnung zu geben wäre allerdings verfrüht. Denn zum einen haben sich die republikanischen Granden nach seinem Sieg in den Vorwahlen in Rekordzeit hinter ihm eingereiht. Zum anderen weist seine Gegenkandidatin ebenfalls Schwächen auf. Clinton ist ähnlich unbeliebt wie Trump, und sie hat bislang keinen Umgang mit seiner Art gefunden, die Medien für sich zu vereinnahmen. Vor allem haben die Vorwahlen gezeigt, dass in diesem Jahr die Unzufriedenheit mit dem Status quo größer denn je ist – und Hillary Clinton verkörpert diesen Status quo mehr als jede andere. Fest steht: Seit einem Jahr sind alle Prognosen, die Trumps Scheitern vorher sagten, Lügen gestraft worden. Um ihn im November zu schlagen, braucht es deshalb mehr als ein «Weiter so».



WWW.ROSALUX.DE/STAATDEMOKRATIE/SPECIALS/DIE-US-WAHL-2016
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42095

STEFANIE EHMSSEN UND ALBERT SCHARENBERG LEITEN DAS AUSLANDSBÜRO NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN NEW YORK CITY/USA

FRANZISKA ALBRECHT

SIE LASSEN NICHT LOCKER

BEWEGUNG «NUIT DEBOUT» KÄMPFT GEGEN GESETZESÄNDERUNGEN IN FRANKREICH

In Frankreich bewegt sich was: Trotz des Ausnahmezustandes werden seit dem 31. März jeden Abend öffentliche Plätze besetzt, um in Vollversammlungen und politischen Diskussionsrunden gegen die neoliberale Änderung des Arbeitsrechts zu protestieren.

Mit den Protesten, Streiks und landesweiten Aktionstagen kam eine neue Zeitrechnung: Für die Protestierenden endet der März erst, wenn die neue soziale Bewegung, die sich auch gegen die allgemeine Tristesse und den politischen Zustand des Landes richtet, einen Sieg errungen hat. Doch zuallererst geht es darum, die Änderungen des Arbeitsrechts zu verhindern. Nach Arbeitsministerin Myriam El Khomri wird das Gesetzespaket oft «loi El Khomri» genannt. Dieses sieht die Abschaffung der 35-Stunden-Woche vor, räumt den Unternehmen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen mehr Flexibilität ein und hebt de facto die Tarifautonomie der Gewerkschaften aus. Ebenso sollen künftig die bisher geltenden gesetzlichen Regelungen wie Mindestlohn, Kündigungsschutz und Höchst Arbeitszeit außer Kraft gesetzt werden können, wenn die Belegschaft eines Betriebes mehrheitlich derartigen Vorschlägen ihrer Chefs zustimmt. Obwohl sich drei Viertel der Bevölkerung Frankreichs gegen die Absichten der sozialistischen Regierung von Manuel Valls und des Präsidenten Francois Hollande stellen, wollen

diese die seit den 1930er Jahren hart erkämpften sozialen Rechte der ArbeiterInnenbewegung nivellieren und mit einigen Jahren Verspätung eine französische Agenda 2010 verabschieden.

Trotz einer bei über zehn Prozent liegenden Arbeitslosenquote und einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit nehmen jeden Abend ab 18 Uhr mehrere Tausend Menschen an den Nuit debout-Versammlungen teil. SchülerInnen, Studierende, ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Arbeitslose, Sans-papiers, Obdachlose treffen sich, diskutieren, tauschen sich aus. An Aktionstagen und Generalstreiks beteiligen sich landesweit über eine Million Menschen. «Ein Streik, der niemand stört, hat wenig Chancen auf Erfolg», und so werden neben Betrieben und dem öffentlichen Personennahverkehr auch Atomkraftwerke, Raffinerien, Benzindepots und Flughäfen bestreikt. Obwohl das öffentliche Leben in Frankreich durch den Streik teilweise zum Erliegen kommt, steht die Mehrzahl der EinwohnerInnen Frankreichs nach wie vor hinter der Forderung nach der kompletten Rücknahme des neuen Arbeitsgesetzes.

Aufgrund dieser Widerstände brach Innenminister Valls das Gesetzgebungsverfahren im Mai ab, indem er den Notparagrafen 49.3 benutzte. Hollande hatte diesen immer als «Demokratieverweigerung» bezeichnet, ehe er 2012 selbst Präsident wurde. Der Paragraf sieht vor, dass ein Gesetz dann als angenommen gilt, wenn die

Regierung ein darauffolgendes, mit dem Paragraphen verknüpftes Misstrauensvotum erfolgreich übersteht. Abstimmung und Auseinandersetzung im Parlament werden so unterbunden. Einer endgültigen Verabschiedung durch den französischen Senat im Sommer steht nun juristisch nicht mehr viel entgegen. Das zeigt eindeutig die Schwäche der Regierung – und nicht nur die Schwäche dieser Regierung. Seit der Einführung dieses Paragraphen 1985 haben ihn Regierungen in der Fünften Republik schon mehr als 80 Mal benutzt. Dennoch geben die Menschen in Frankreich nicht auf und die Kämpfe nehmen zu – zumeist unbeobachtet der europäischen Öffentlichkeit. Allein die im Juni und Juli bevorstehenden Fußball Europameisterschaft könnte Bewegung in die verhärteten Fronten bringen, schließlich ist diese Sportart auch in Frankreich Opium fürs Volk. Im Gegensatz zu den Platzbesetzungsbewegungen der letzten Jahre spielen in Frankreich Fußballfans kaum eine Rolle in der Protestbewegung. Anders als die auf dem Tahrir-Platz aktiven Ultras Al-Ahlawy des Kairoer Vereins Al-Ahly in Ägypten oder die Fans von Besiktas Istanbul während der Proteste auf dem Taksim-Platz in der Türkei sind die französischen Fans kaum politisiert. Außerdem stehen sie in Zeiten des Ausnahmezustandes ohnehin im Fokus polizeilicher Kontrolle. Kürzlich wurde ein Gesetz zur «Eindämmung des Hooliganismus» verabschiedet, obwohl der in Frankreich kaum verbreitet ist.

Mittlerweile zählt der März dreistellige Zahlen. Die politische Klasse in Frankreich steht dieser neuen sozialen Bewegung, die sich in die Reihe anderer Platzbesetzungen oder Bewegungen partizipativer Demokratie einordnen lässt – «Arabischer Frühling», Occupy Wallstreet, M15-Bewegung in Spanien –, nach wie vor sprach- und machtlos gegenüber. Versuche, die Proteste politisch zu verein-

nahmen liefern ebenso ins Leere wie sie unter massivem Aufgebot staatlicher Ordnungskräfte gewalttätig niederzuschlagen und die DemonstrantInnen als gewaltbereite Randalierer zu diskreditieren. Die Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, Generalstreiks und Blockaden verschiedener Sektoren des öffentlichen Lebens halten an. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Bewegung Nuit debout führen wird. Werden die geplanten Gesetzesänderungen in Frankreich zurückgenommen oder per Dekret durchgesetzt? Oder gelingt es, einen europäischen und internationalistischen Sommer des Widerstandes zu initiieren? Inzwischen gibt es fast überall auf der Welt – unter anderem in Berlin – Ableger der basisdemokratischen Bewegung Nuit debout, gegen das Europa der Austeritätspolitik und für eine bessere, gerechtere Welt. Die Bewegung macht den Refrain ihrer Hymne wahr: «On lâche rien!» heißt er: Wir lassen nicht locker! Wir geben nicht auf!



WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/42471

DE.ROSALUX.EU/THEMEN/SOLIDARITAET-UND-EMANZIPATION

FRANZISKA ALBRECHT IST PROJEKTMANAGERIN EUROPÄISCHE UNION
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ÜBER DIE PROTESTBEWEGUNG gegen die Arbeitsmarktrefor-
men diskutierten Ende April in Berlin unter anderem der Politik-
wissenschaftler Fabien Jobard vom Centre Marc Bloch sowie der
französische Journalist und Korrespondent Julien Mechaussie. Es
moderierte die Leiterin des Europareferats der Stiftung, Johanna
Bussemer. Ein Audiomitschnitt der Veranstaltung findet sich im In-
ternet unter www.rosalux.de/documentation/55782.

MURAT ÇAKIR

DAS FALSCHES ENDE

ÜBER DIE HERRSCHAFTSSICHERNDE LAIZISMUS-DEBATTE IN DER TÜRKEI

Deutsche Medien sorgen sich, die AKP-Regierung würde die laizistische Verfassung der Türkei abändern. Doch die Debatte geht in die falsche Richtung: Die Türkei war nie laizistisch.

Es war kein Geringerer als der Parlamentspräsident Ismail Kahraman, der mit seinem Vorschlag, «den Laizismus aus der Verfassung zu streichen und den Bezug zu Allah zu verankern» den Paukenschlag setzte. Kahraman ist ein AKP-Schwertgewicht, Erdogan nennt ihn ehrenvoll «älteren Bruder». Seit seiner Jugend gehört Kahraman dem politischen Islam an, er war ein Führer der antikomunistisch-faschistischen Studentenorganisation «Milli Türk Talebe Birliği MTTB» (Nationale Türkische Studentenunion), die 1968 linke Studierende ermordete. Viele der heutigen AKP-Abgeordneten sind ehemalige MTTB-Mitglieder. So hat die türkische Öffentlichkeit Kahramans Vorschlag als einen offiziellen Vorstoß der AKP verstanden. Der Aufschrei war groß. Kemalisten und oppositionelle Nationalisten fühlten sich bestätigt: Die IslamistInnen reißen die Grundpfeiler der modernen Republik endgültig ab.

In den bürgerlichen Medien des Westens wurde diese Entwicklung mit Besorgnis kommentiert. War die Türkei, das letzte Bollwerk gegen die Flüchtlingsströme und das «Modellland», wie der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff es nannte, das «den Islam

und die Demokratie miteinander kompatibel gemacht und so für Wohlstand und Freiheiten gesorgt hat», dabei, sich vom Westen zu entfernen?

Auf falsche Fragen gibt es keine richtigen Antworten. Es ist eine Legende, dass die türkische Republik laizistisch sei. Der «Laizismus alla turca» ist nichts anderes als ein Herrschaftsinstrument der kemalistischen Bourgeoisie.

Die Republik Türkei wurde am 29. Oktober 1923 gegründet, die erste Verfassung trat 1924 in Kraft. Damit wurde das Kalifat nebst dessen bürokratischem Apparat abgeschafft. 1926 wurde das Bürgerliche Gesetz erlassen. 1937 wurde das Prinzip des Laizismus in die Verfassung aufgenommen. Laizismus wurde aber nicht als Trennung von Staat und Religion verstanden. Im Gegenteil: Der kemalistische Laizismus war das Hauptinstrument für die Formung der «neuen türkischen Nation» auf der Grundlage des sunnitischen Islam. Er diente staatlichen Interventionen in das religiöse Alltagsleben der mehrheitlich sunnitisch-konservativen Gesellschaft. Damit bekamen die kemalistische Bourgeoisie und die Staatsbürokratie die Möglichkeit, ihre originären Interessen religiös zu untermauern. Nach 1946 war es das erklärte Ziel der türkischen Regierung, «durch die Einführung des Religionsunterrichts in allen Schulen,

die moralische Widerstandskraft der Bevölkerung gegen die kommunistische Propaganda zu stärken». Damit begann nicht nur die staatliche Ausbildung der Imame, sondern auch die Förderung von antikommunistisch-faschistischen Organisationen wie des MTTB.

Im Oktober 1950 hatten die Imame den Auftrag, die Kriegsbeteiligung der Türkei an der Seite der USA gegen Korea religiös zu unterstützen, 1952 sollten sie den NATO-Beitritt befürworten. 1965 wurde das «Amt für Religiöse Angelegenheiten» (Diyanet) direkt dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt. Fortan mussten alle Freitagspredigten genehmigt werden. Der Militärputsch vom 12. September 1980 verstärkte diese Entwicklung noch: In der Junta-Verfassung von 1982 bekam das «Diyanet» weitere Aufgaben, etwa «die gesellschaftliche Integration und Einheit gegen Kommunismus, gegen Separatismus und gegen den Terror zu stärken».

Entgegen der verbreiteten Meinung, dass die Armee «Beschützerin des Laizismus» sei, war es die kemalistische Generalität, die die sunnitisch-konservative Religionsauffassung gefördert hat. Die Zahl der Predigerschulen hat sich nach dem Militärputsch verzehnfacht. So wurde der neoliberale Umbau, der mit dem Putsch durchgesetzt wurde, religiös-gesellschaftlich legitimiert. Gleichzeitig konnte der staatlich unterstützte politische Islam den kemalistischen Laizismus als «paternalistische Unterdrückung der religiösen Bevölkerung» darstellen und dies für seine Organisierung nutzen. Insbesondere die AKP konnte mit dieser Erzählung in kurzer Zeit die Unterstützung der armen, sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit gewinnen. Nun waren «Leute wie du und ich», deren Frauen Kopftuch trugen, an der Macht und hatten scheinbar die kemalistischen Eliten zurückgedrängt.

Was Jahrzehnte lang der Herrschaftssicherung der kemalistischen Eliten diente, ist nun zu einem Instrument geworden, mit dessen Hilfe jene «islamischen» Kapitalfraktionen, deren neoliberale Politik sich in der AKP manifestiert, ihre Herrschaft absichern wollen. Das stärkste politische Zentrum des Konservatismus, die AKP, ist dabei, in jacobinischer Manier ihr reaktionäres Gesellschaftsbild über die Islamisierung des Alltags durchzusetzen und ein autoritär-neoliberales Sicherheitsregime zu installieren. Ihre scheinbare Kritik am kemalistischen Laizismus dient ihr als herrschaftssichernde Debatte und zur Konsolidierung ihrer gesellschaftlichen Basis.

In ihrem Bemühen, ein autoritäres Präsidialsystem durchzusetzen macht die AKP keinen Hehl daraus, die traditionellen Strukturen des kemalistischen Laizismus für eine Diktatur des sunnitischen Islams nutzen zu wollen, für eine Staatsreligion, die keine anderen Glaubensgrundsätze neben sich duldet und die den Neoliberalismus sowie eine aggressive Außenpolitik zu ihrem Heiligtum erklärt hat. Die einzigen Kräfte, die diese Entwicklung stoppen könnten, sind die säkularen Kräfte der Türkei: die ArbeiterInnenbewegung, die türkische Linke und die kurdische Bewegung. Die Zukunft der modernen Türkei wird davon abhängen, ob diese Kräfte die große Herausforderung des gemeinsamen Kampfes meistern können.

 WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/41378
WWW.ROSALUX.DE/EVENT/56018

MURAT ÇAKIR LEITET DAS REGIONALBÜRO HESSEN
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN FRANKFURT AM MAIN





Kinder in einem Flüchtlingscamp der Sahrawis in der algerischen Wüste. Foto: EU/ECHO/Caroline Gluck/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

VERENA LIEBEL/PETER SCHÄFER

VERHÖRE UNTER FOLTER

MAGHREB SOLL ALS SICHERE HERKUNFTSREGION GELTEN – TROTZ RECHTSVERSTÖSSEN

Deutschland will Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen dies ab – denn der Maghreb ist nicht für alle Geflüchteten sicher.

So schreibt Pro Asyl: «Staaten, in denen gefoltert wird, demokratische Grundrechte missachtet und die Menschenrechte verletzt werden, sind keine sicheren Herkunftsstaaten.» Auch sind die drei Länder kein homogener Block. In Tunesien ist in die Menschenrechtssituation noch am besten, nach den politischen Umbrüchen 2010/2011 wurde dort eine neue Verfassung verabschiedet und ein plurales Parlament gewählt. Doch auch hier sind die Rechte von Minderheiten nicht gesichert. Bei Polizeiverhören kommt es weiterhin zu Folter. Amnesty International sprach im Januar gar von einem Anstieg der Fälle innerhalb der letzten fünf Jahre. So starb beispielsweise Sofiene Dridi im September in Polizeigewahrsam, kurz nach seiner Abschiebung aus der Schweiz. Seine Familie berichtete von Folterspuren. In Algerien regiert in vierter Amtszeit der betagte Abdelaziz Bouteflika, der zwar nach seinem Wahlsieg eine «breite Demokratie» versprach, faktisch aber Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit beschneidet. Marokko präsentiert sich gerne als Vorzeige-Reform-Monarchie. Dennoch gibt es auch dort klare rote

Linien, deren Überschreitung das Königshaus nicht toleriert: Kritik am Königshaus, an den Fundamenten des Systems oder die Infragestellung der Besetzung der Westsahara werden oft mit Haftstrafen wegen «Gefährdung der inneren Sicherheit» bestraft.

Die Stiftung kooperiert in Marokko und Tunesien mit Vereinen und Initiativen, die unter anderem zu den Themen soziale Gerechtigkeit, politische Teilhabe und Mitbestimmung arbeiten. Auch das Thema Migration spielt immer häufiger eine Rolle bei der Arbeit vor Ort. Viele Menschen im Maghreb sehen die Auswanderung als einzige Zukunftsperspektive für sich und ihre Familien. Es existieren große Gruppen von Menschen, die am wirtschaftlichen und politischen Prozess nicht (mehr) teilhaben und um die sich der Staat nur noch in Bezug auf die innere Sicherheit kümmert. Die große Zahl lokaler Proteste und Streiks zeugen davon. Für die Regierungen ist jede arbeitslose Person ein potenzielles Sicherheitsrisiko, und jede solche Person ist damit potenziell Repression ausgesetzt, gerade wenn sie um einen Arbeitsplatz, (eine geringe) Sozialhilfe oder für die Verbesserung staatlicher Infrastruktur kämpft. «Politische Verfolgung» ist in diesen Ländern daher ein Begriff, der sich sehr weit fassen lässt, auch wenn im Fall einer Verhaftung teils «kriminelle» Gründe vorgeschoben werden, etwa der Besitz von Haschisch oder Homo-



sexualität, die in allen drei Maghreb-Staaten kriminalisiert wird. Die allgemeine Erklärung eines Staates als «sicher» beruht auf der Einschätzung, dass in dem jeweiligen Land keine politische Verfolgung stattfindet. In einem Asylverfahren werden dann weder die Rechtslage noch die Rechtsanwendung oder die politischen Verhältnisse vor Ort untersucht. Die Erklärung eines ganzen Landes zum «sicheren Herkunftsstaat» steht damit in Widerspruch zum individuellen Recht auf Asyl. Es wird – nach Zustimmung des Bundesrates zu den Gesetzesverschärfungen – besondere Aufnahmeeinrichtungen für AsylbewerberInnen aus sicheren Herkunftsstaaten geben, wo schnelle Verfahren angewendet werden mit dem Ziel, abgelehnte AntragsstellerInnen zügig wieder zurückzuschicken. Nach höchstens drei Wochen soll das Schnellverfahren abgeschlossen sein, nach Ablehnung ihres Antrages sollen die Menschen direkt zurück in ihre Heimatländer geschickt werden.

Die «Bekämpfung von Fluchtursachen», die daneben geplant ist, hat sich zum Modebegriff entwickelt, unter den eine Bandbreite altbekannter Maßnahmen gefasst wird. Diese reichen von Partnerschaften zwischen deutschen und tunesischen Städten bis zum zunächst geplanten, später nach öffentlichem Druck abgesagten Bau von Grenzanlagen und Flüchtlingslagern im Sudan. Flüchtlinge erhalten zwar tatsächlich Unterstützung durch medizinische Versorgung und Hilfslieferungen. Das Ziel dieser Maßnahmen ist jedoch meist, die Menschen in den jeweiligen Aufenthalts- oder Durchgangsländern zu halten, wobei die jeweilige politische Lage Nebensache ist. So gibt es in Tunesien keine Asylgesetzgebung oder andere Grundlagen für einen Aufenthalt. Flüchtlinge und MigrantInnen hielten sich illegal im Land auf, würden aber als billige Arbeitskräfte geduldet, solange es zu keinen größeren Problemen komme, erklärte der ehemalige Flüchtlingsbeauftragte der tunesischen Regierung, dessen Amt im Januar 2016 abgeschafft wurde, einmal gegenüber der Stiftung. Vor diesem Hintergrund fällt die Entscheidung für oder gegen Unterstützung für Flüchtlinge in der Praxis nicht immer leicht. So unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Französischkurse für Flüchtlingskinder in Tunesien, weil diese ansonsten ab einer bestimmten Klassenstufe nicht mehr am Unterricht teilnehmen könnten. Die Stiftung möchte nicht zur Integration der Menschen in einem Land beitragen, in dem diese gar nicht bleiben wollen oder erwünscht sind. Gleichzeitig muss die Schulbildung der Kinder gewährleistet sein.

Migration ist kein neues oder temporäres Phänomen, sie findet schon immer statt. In der modernen Arbeitswelt wird Bereitschaft zur Migration in Form von geographischer Mobilität und Flexibilität geradezu gefordert. Doch sobald Grenzen von Nationalstaaten oder Staatenverbänden wie der EU betroffen sind und es sich nicht um hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen handelt, die auch für den hiesigen Arbeitsmarkt eine Bereicherung darstellen, schlägt die Diskussion eine andere Richtung ein. Dann ist nicht mehr von Mobilität die Rede, sondern von Migration. Legale Möglichkeiten und Wege dafür fehlen jedoch. Anstatt diese legalen Optionen zu schaffen und die vielen Chancen, die (nicht nur) für eine überalterte Gesellschaft in der Zuwanderung liegen, zu sehen und zu nutzen, wird Migration kriminalisiert und verunmöglicht.

 WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42371
WWW.EUROMEDRIGHTS.ORG

VERENA LIEBEL IST PROJEKTMANAGERIN NORDAFRIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO NORDAFRIKA IN TUNIS/TUNESIEN

MASSIMO PERINELLI

INTEGRATION IST ENTRECHTUNG

SCHWARZ-ROTES GESETZ DIENT DER KAPITALISTISCHEN VERWERTUNG

Integration ist seit den 1970er Jahren ein Mittel, MigrantInnen ihre Rechte zu verweigern, indem es diese an unerfüllbare Bedingungen knüpft. Das neue Integrationsgesetz schreibt das fort: Es soll abschrecken und kontrollieren, zugleich Flüchtlinge für den Arbeitsmarkt nutzbar machen.

Im letzten Jahr sind eine Million Menschen in dieses Land eingereist. Sie alle versuchen, sich ein menschenwürdiges Leben aufzubauen, eine gute Arbeit zu finden, eine gute Wohnung, eine gute Schule für ihre Kinder, teilzuhaben am gesellschaftlichen Leben. Nun reagiert der Staat mit einem neuen Integrationsgesetz, das zwei Ziele verfolgt: Zum einen fungiert es als Werkzeug zur Unterwerfung und Abschreckung, da es vor allem aus der Drohung besteht, bei Nichterfüllung der sich ausgedachten Hürden das Land verlassen zu müssen. Zum anderen ist es ein unverhohlenen profitorientiertes Gesetz, das die verwertbaren Teile der Migration für die Wirtschaft nutzen und die «wertlosen» Teile loswerden will. So sollen 100.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, deren Bleiberecht von ihrer Weiterbeschäftigung abhängig gemacht wird. Wer die angebotene Arbeit nicht will oder es nicht schafft, seinen Job zu halten – etwa weil er für seine Arbeitsrechte gekämpft hat – verliert seinen Aufenthaltsstatus.

Ab Mitte der 1970er Jahre wurde deutlich, dass die GastarbeiterInnen nicht einfach wieder aus dem Land geworfen werden können, sondern sich dauerhaft ein Leben in Deutschland einzurichten begannen und entsprechende Forderungen nach gesellschaftlicher Partizipation stellten. Diesen kollektiven Kämpfen trat man mit dem damals neuen Begriff der Integration gegenüber. Darin spiegelte sich die faktische Anerkennung der Einwanderung wider, gepaart mit dem Bemühen, den Eingewanderten elementare Staatsbürgerrechte zu verweigern. Integration entwickelte sich zu einem Kampfbegriff, dessen Unbestimmtheit als Blaupause diente für beliebige rassistische Fantasien, die als Bedingungen an MigrantInnen gestellt werden konnten: Rechte ja, aber erst einmal mehr Deutschkenntnisse, weniger Kopftuch, mehr Feminismus, weniger Knoblauch... Die Liste war und ist endlos und willkürlich. Dieser Diskurs besitzt den einen Zweck, Menschen von bürgerlichen Rechten auszuschließen, sie an untergeordneten Positionen zu fixieren. Integration ist ein falsches Versprechen, da sie die Forderung nach Rechten in nicht zu verwirklichende Gegenforderung an das Individuum verkehrt. Sie ist ein Versuch der Rückgewinnung der Kontrolle über die Autonomie der Migration unter den Bedingungen kapitalistischer Verwertung. Integration ist eine Entrechtungsmaschine, die der Unterwerfung von Nicht-Deutschen dient und die rassistische Spaltung in der Gesellschaft vertieft. Wer Rechte fordert, fordert keine Integration – und wer Integration fordert, fordert Entrechtung.

MASSIMO PERINELLI IST REFERENT FÜR MIGRATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Fischer reparieren im März 2014 vor den Schiffabwrackplätzen von Chittagong in Bangladesh ihre Netze. Foto: picture alliance/Christian Hager

KAY ALAVE

MACHT ÜBER DIE WELTMEERE

OCEAN GRABBING: INVESTORINNEN BEMÄCHTIGEN SICH DER GRÖSSTEN GEWÄSSER

Der Blick aufs Meer vom Fischerdorf Calatagan in der philippinischen Provinz Batangas, etwa drei Autostunden südlich von der Hauptstadt Manila, ist atemberaubend schön. Das Meer ist sauber und blau, es weht ein frischer Wind.

Da verwundert es nicht, dass entlang der gesamten Küste neue Gebäude entstanden sind, von Ferienhäusern bis hin zu Strand- und Aquakulturanlagen. Stolz wird behauptet, die Küste sei Teil eines neu eingerichteten und erweiterten Schutzgebiets der Coral Triangle Initiative, einer gemeinsamen Initiative sechs südasiatischer Länder zum Schutz der Meere. Dabei wird jedoch übergangen, dass die dort ansässige FischerInnengemeinde dieses Gebiet bereits vor Jahren zum eigenen Meeresschutzgebiet ausgerufen hat und seither entsprechend schützt. Für die handwerklich arbeitenden FischerInnen in Calatagan bedeutet dieses neue Meeresschutzgebiet, das von reichen Geberländern und der asiatischen Entwicklungsbank unterstützt wurde, eine Einschränkung der Fanggebiete und damit ein geringeres Einkommen.

Diese Art von Ocean Grabbing ist in der Region weder neu noch die Ausnahme. Auf der Halbinsel Kalpitiya in Sri Lanka wurde die vom Tsunami im Jahr 2004 verwüstete Küste von sri-lankischen und ausländischen Investoren, militärischen und Regierungseinrichtun-

gen aufgekauft, um Luxus-Resorts zu bauen, wie eine Studie des Transnational Institute (TNI) zeigt. Diese Entwicklung vollzieht sich in verschiedenen Teilen der Welt auf ähnliche Weise: Mit Großkapital werden Meeresressourcen vereinnahmt, was negative Folgen für die Meere hat und die Lebensgrundlage von FischerInnengemeinden zerstört.

Der erste, der den Begriff Ocean Grabbing verwendete, war Olivier de Schutter, der frühere UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, als er 2012 auf der UN-Generalversammlung seinen Bericht zu Fischerei und Ernährungssicherheit vorstellte. Ihm zufolge tritt «Ocean Grabbing in Form von zwielichtigen Zugriffsabkommen in Erscheinung, die kleine Fischer gefährden und zur Folge haben, dass Fänge nicht erfasst werden. Große Trawler dringen in geschützte Gewässer vor, wo sie die Ressourcen der lokalen Bevölkerung abschöpfen.» Laut De Schutter ist das Phänomen des Ocean Grabbing mit «der Bedrohung zu vergleichen, die vom Landgrabbing ausgeht.»

Im Jahr 2014 veröffentlichte das TNI eine Einführung ins Ocean Grabbing und erweiterte damit die Debatte um die Vereinnahmung von Ressourcen und die Zerstörung der Lebensgrundlage von FischerInnen und ihren Gemeinschaften durch in- und ausländisches

Großkapital. Das TNI beschrieb Ocean Grabbing als «Kontrollübernahme durch einflussreiche Akteure in der Fischerei. Diese bestimmen unter anderem Art und Zweck der Verwendung von Meeresressourcen sowie deren Erhalt und Verwaltung, sowohl jetzt als auch in der Zukunft. In der Folge gewinnen diese einflussreichen Akteure, deren vorrangiges Ziel Gewinn ist, immer mehr Kontrolle über die Fischereien und profitieren von deren Ausbeutung.»

Der Begriff «Ocean Grabbing» ist relativ neu, das Konzept dahinter ist es nicht. Die Privatisierung natürlicher Ressourcen aus Profitgier ist historisch nichts Neues und wird auch im fortgeschrittenen Kapitalismus weiterbestehen. Wie beim Kauf von Land wird Gemeinschaften die Kontrolle über Ressourcen entwendet, um diese Ressourcen marktgängig zu machen. Auch der Kauf der Meere ist ein Aspekt neoliberaler Wirtschaftspolitik, der Privatisierungen sowie die möglichst effiziente Nutzung von Ressourcen fördert und Marktinteressen den Vorrang gibt. Die natürlichen Ressourcen werden aus ihrem physischen, kulturellen und sozialen Kontext herausgerissen und neu bewertet. Spezies werden auf Bestandteile reduziert und mit Geldpreisen versehen, die auf hypothetischen Wertzuschreibungen beruhen. So werden zum Beispiel die genetischen Ressourcen der Meere als das nächste große Heilsversprechen angepriesen, um Kapital aus der Pharmaindustrie anzuziehen. Großinvestitionen verändern Besitzstrukturen, den Ressourceneinsatz, Zugangsrechte und Produktionsmodelle. Für Millionen handwerk arbeitender FischerInnen, deren Lebensgrundlage das Meer ist, kann die Einschränkung ihrer Fanggebiete das Aus bedeuten.

Ocean Grabbing ist die legitime oder illegitime Aneignung von Meeresressourcen durch Politik, Gesetze und Praktiken, die von Regierungssystemen und Institutionen umgesetzt werden, etwa im Namen bilateraler Fischereiabkommen. So fördern etwa Fischereiabkommen zwischen der EU und Ländern des süd-pazifischen Raums und Westafrika in Form von Subventionen und Zugangs-

rechten für Fischverarbeitungsschiffe den illegalen Fischfang und das Vordringen in lokale Fanggebiete. Der Kauf der Meere betrifft nicht nur die hohe See, sondern auch verschiedene andere Ökosysteme und Kontexte. Er schließt Küstengebiete, Flussdeltas und Mangrovenwälder ein. Er beeinträchtigt Fischbestände, Korallenriffe und marine Genressourcen von Organismen in hydrothermalen Quellen der Tiefsee, die Pharmaunternehmen auf der Suche nach neuen Medikamenten erschließen.

Wenn wir diese ausbeuterischen Aktivitäten im Meer als «Grabs» (illegale Aneignungen) bezeichnen, müssen wir den Meeresraum und dessen Ressourcen auch in die Debatte um die Nutzung unserer Ressourcen und die Rolle des Kapitals einbeziehen. Wir haben lange geglaubt, die Meere seien unerschöpflich, sodass wir deren Ressourcen wachstumsorientiert ausbeuten könnten, ohne negative Folgen befürchten zu müssen. Noch in den fünfziger Jahren war es die vorherrschende Meinung, die Schätze der Meere seien grenzenlos. Als WissenschaftlerInnen dann herausfanden, dass dem nicht so ist, ging der blaue Kontinent bereits seinem Untergang entgegen. Und trotzdem fahren wir in der Ausbeutung der Meere fort, schöpfen sie als Protein- und Mineralquelle aus, mit dem Ergebnis, dass heute bereits ein Drittel der Fischereigebiete weltweit überfischt ist und die Meere zunehmend verschmutzt, übersäuert und erwärmt werden. In ihrem Buch *The Sea Around Us* schrieb Rachel Carson bereits 1951: «Es ist erstaunlich, dass das Meer, aus dem das Leben überhaupt erst entstanden ist, jetzt durch eine einzige Lebensform bedroht wird. Das Meer wird jedoch, wenngleich auf verstörende Weise verändert, fortbestehen; die Bedrohung betrifft das Leben selbst.»



WWW.TNI.ORG/EN/PUBLICATION/THE-GLOBAL-OCEAN-GRAB-A-PRIMER
WWW.ROSALUX.DE/NEWS/40663

KAY ALAVE STUDIERT GLOBAL CHANGE MANAGEMENT IN EBERSWALDE.
SIE IST EHEMALIGE STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

PHILIP DEGENHARDT

UNGLEICHE TEILHABE

EXTRAKTIVISMUS STELLT DIE MONGOLEI VOR GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

Die Mongolei ist eines der ressourcenreichsten Länder der Erde. Bei der Bevölkerung kommt davon nicht viel an – langfristig ist eine Abkehr vom extraktivistischen Modell nötig.

Bei Mongolei haben die meisten Menschen vor allem ein Bild vor Augen: schier endlose Steppe, gespickt mit vereinzelt Jurten, und riesige Viehherden, die über das karge Land ziehen. Tatsächlich ist die Mongolei dünn besiedelt. Das Land zwischen den beiden großen Nachbarn China und Russland ist viermal so groß wie Deutschland, hat aber nur knapp drei Millionen EinwohnerInnen. Doch die Mongolei hat auch eine andere Seite: In der weiten Steppe der Wüste Gobi lagern enorme Vorkommen an Edelmetallen, seltenen Erden, Eisenerzen und Uran. Die Mongolei beherbergt das größte unerschlossene Kohlevorkommen der Welt und ist eines der ressourcenreichsten Länder der Erde.

Jedoch kommt dieser Ressourcenreichtum beim Großteil der MongolInnen nicht an. Nach offiziellen Angaben leben 30 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Einer Umfrage der Nationaluniversität der Mongolei zufolge schätzen sich fast 50 Prozent der

Bevölkerung selbst als arm ein und geben an, dass das Geld kaum für das Nötigste reiche. Die Exportwirtschaft des Landes ist wenig diversifiziert und beruht zu 80 Prozent auf dem Rohstoffsektor. Die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität der Mongolei ist somit abhängig von der Nachfrage und den Entwicklungen auf dem Rohstoffmarkt. So gehen beispielsweise über 80 Prozent der Exporte in die Volksrepublik China, die momentan selber mit sinkenden Wachstumswerten und einem Umbau der Wirtschaft zu kämpfen hat. Die Staatsschulden der Mongolei sind dadurch über die letzten Jahre stark gestiegen und die sinkenden Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt verschlechtern die Lage des Landes noch weiter. Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 nahm das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts zwar mit Verspätung, dafür aber umso stärker ab. So konnte die Mongolei in ihrem Rekordjahr 2011 noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von über 17 Prozent verzeichnen. In den Folgejahren sank es auf acht Prozent. Die diesjährige Prognose geht nur noch von einem Prozent Wachstum aus.

Die extreme Fixierung auf den Rohstoffexport, gepaart mit einer kaum ausgebauten Weiterverarbeitungsindustrie, wird zunehmend zum gesellschaftlichen Problem. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 100.000 MongolInnen als sogenannte «Ninjas» ihren Lebensunterhalt verdienen. Früher als HirtInnen tätig, schürfen sie nun im ganzen Land auf eigene Faust mit dem Einsatz von giftigen Chemikalien nach Gold und anderen Rohstoffen.

Ein weit größeres Problem bilden die großen Bergbaufirmen, die mit ihren Abfallprodukten Flüsse und ganze Landstriche vergiften. Oft beginnen sie Bergbauprojekte ohne Studien über den Umwelteinfluss und die zum Abbau der Ressourcen benötigte Wasserverfügbarkeit durchgeführt zu haben. Der Staat vergibt immer mehr Konzessionen zum Ressourcenabbau an ausländische Firmen. Das vertreibt die HirtInnen von ihren angestammten Weideflächen und führt zu weiteren Spannungen.

Obwohl die Mongolei weniger EinwohnerInnen hat als Berlin, gelingt es der mongolischen Regierung nicht, ein Konzept zur Umverteilung des Reichtums auf die gesamte Gesellschaft zu entwickeln. Korruption und klientelistische Abhängigkeitsbeziehungen in den oberen Gesellschaftsschichten führen zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Zudem steht die Mongolei durch die Schulden bei internationalen Gläubigern unter Druck. Das bringt sie in die Zwangslage, ihrer Pflicht nachzukommen, die Kreditraten zu begleichen und zugleich die eigene Bevölkerung vor weiteren sozialen Härten zu schützen. Aufgrund des geringen Wirtschaftswachstum sagen Beobachter teilweise voraus, das Land könnte in wenigen Jahren zahlungsunfähig sein.

«Aufbau weiterverarbeitender Industrie oder Fokus auf die Viehwirtschaft»

Viele Chancen hat die Mongolei nicht, um ihre Wirtschaft zu diversifizieren. Zum einen könnten weiterverarbeitende Industrien aufgebaut werden, um die eigene Wertschöpfung der Ressourcen im Land zu erhöhen. Auf der anderen Seite könnte es einen verstärkten Fokus auf die Viehwirtschaft geben. Einige WissenschaftlerInnen, wie Sanchir Jargalsaikhan vom unabhängigen «Institut für Nachhaltige Entwicklung» in Ulan-Bator, fordern daher

eine Rückbesinnung auf die jahrhundertelange Tradition der Viehwirtschaft. Neben der Produktion von Bio-Fleisch frei weidender Zuchttiere sollte auch weiterverarbeitende Industrien eine Rolle spielen. So stammt heute bereits etwa ein Viertel der weltweit produzierten Kaschmir-Wolle aus der Mongolei.

Die Diskussion um Alternativen zum extraktivistischen Wirtschaftsmodell ist in der Mongolei nicht besonders ausgeprägt. Die Kämpfe der engagierten Zivilgesellschaft beziehen sich größtenteils auf die Auswirkungen und Folgen der Rohstoffprojekte. So gibt es zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse die für den Schutz der Wildtiere wie den Schnee leopard einsetzen oder für die Unversehrtheit und Erhaltung der Umwelt kämpfen. Eine offene gesellschaftliche Diskussion um einen anderen Entwicklungspfad hat noch nicht begonnen. Nötig sind solche Diskussionen indes: Denn die Fixierung auf das extraktivistische Wirtschaftsmodell droht langfristig, die sozialen und ökologischen Grundpfeiler der mongolischen Gesellschaft zu zerstören.



WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/55198
WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/ASIEN/NO

PHILIP DEGENHARDT IST PROJEKTMANAGER OST- UND SÜDOSTASIEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ENDE GELÄNDE

RÜCKBLICK Unter dem Motto «Break Free from Fossil Fuels» fanden im Mai auf sechs Kontinenten Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen eine Politik des «Weiter so» statt. An den Protesten des Bündnisses «Ende Gelände» in der Lausitz beteiligten sich zu Pfingsten mehrere Tausend Menschen, die in den Ausstieg aus der Kohle endlich konkret einsteigen wollen. Ab wann genau in Deutschland der Energieträger nicht mehr verbrannt wird, darüber wird in den nächsten Jahren hart verhandelt werden. Die DemonstrantInnen sind es indes Leid, dabei auf die Initiative von Regierungen zu warten. Diese hatten im Pariser Klimaabkommen zwar ambitionierte Ziele vereinbart, unternehmen seither aber nichts, um diesen auch nur im Ansatz nahe zu kommen. Aus ganz Europa waren

Aktivistinnen und Aktivisten in das Klimacamp nach Proschim gereist um von hier aus den Normalbetrieb möglichst lange zu unterbrechen. Mit Schienenblockaden gelang es ihnen, das Kraftwerk Schwarze Pumpe von der Braunkohleversorgung abzuschneiden und zur massiven Drosselung seiner Leistung zu zwingen. Einer von zwei Kraftwerksblöcken musste zwischenzeitlich abgeschaltet werden – aus Sicht von «Ende Gelände» ein Erfolg. Den umstrittenen Verkauf von Vattenfalls Lausitzsparte an den privaten Investor EPH aus der Tschechischen Republik konnten die Proteste zwar nicht verhindern, an der Entschlossenheit der jungen Bewegung ändert dies indes nichts. Ihr Ziel: Klimawandel begrenzen, Kohle und Öl im Boden lassen.

Steffen Kühne



WWW.ENDE-GELAENDE.ORG/DE
[HTTPS://DE.BREAKFREE2016.ORG/](https://de.breakfree2016.org/)

PLAN B

AUSBLICK Unter dem Titel «Genug für alle – sozial.öko.logisch» findet am 27. und 28. Januar 2017 in der Zeche Zollverein in Essen eine zweitägige Konferenz statt. Sie ist eine Kooperation der Linksfraktion im Bundestag und der Stiftung. Das Treffen reiht sich ein in diverse Aktivitäten der linken Bewegung zu einem sozialökologischen Plan B.

WWW.PLAN-B-MITMACHEN.DE



Hans Thie
ROTES GRÜN
PIONIERE UND
PRINZIPIEN EINER
ÖKOLOGISCHEN
GESELLSCHAFT
VSA-Verlag

Download unter
[www.rosalux.de/
publication/
39552](http://www.rosalux.de/publication/39552)



Demonstration für die Yasuni-Initiative im August 2013 vor dem ecuadorianischen Regierungssitz in Quito. Foto: Stringer/Reuters

KARIN GABBERT/FERDINAND MUGGENTHALER

NACH DEM WACHSTUM

AUSTAUSCH ZWISCHEN NORD UND SÜD IN ECUADOR ÜBER ALTERNATIVEN ZUR KRISE

Alternativen zum kapitalistischen Wachstumszwang werden in Europa und Lateinamerika erprobt – Ecuador ist ein guter Platz, um beide zusammenzubringen.

Das versuchte die Veranstaltung «Alternativen in Zeiten der Krise», die das Andenbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Mai organisierte. Die Veranstaltung war Teil einer Delegationsreise nach Ecuador, und der Titel «Alternativen in der Krise» war der rote Faden für das Programm der Delegation. Dabei ging es um mehrere Krisen und verschiedene Formen der Alternativen:

ALTERNATIVEN 1: Im Jahr 2008 verankerte Ecuador nach einem breiten Diskussionsprozess das Konzept des «Buen Vivir» und die Rechte der Natur in seiner neuen Verfassung. Das Andenland gab damit, zusammen mit Bolivien, der internationalen Diskussion um Alternativen zum zerstörerischen kapitalistischen Wachstumszwang neue Impulse. Die Regierung machte mit der Yasuni-Initiative einen konkreten Vorschlag: Sie bot an, das Öl im Amazonasgebiet des Yasuni-Nationalparks im Boden zu lassen, für diesen Dienst am Weltklima sollte ihr die Weltgemeinschaft Geld zahlen, um eine CO₂-neutrale Entwicklung voranzutreiben.

ALTERNATIVEN 2: Ecuador stand zusammen mit anderen linken Regierungen auf dem Kontinent – Argentinien, Brasilien, Bolivien, Uruguay und Venezuela – für eine Abkehr von der neoliberalen He-

gemonie. Sozialprogramme verringerten die Armut, finanziert wurden sie hauptsächlich durch den Rohstoffexport. In Ecuador sank zwischen 2000 und 2012 der Anteil der extrem armen Bevölkerung von 32 auf zwölf Prozent. Der Anteil der Staatsausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt stieg von 1,2 auf 4,2 Prozent.

KRISE 1: Die Regierung von Präsident Rafael Correa, der 2007 Präsident wurde, hat viele Hoffnungen enttäuscht, die mit der neuen Verfassung verbunden waren. Soziale Bewegungen wie die indigenen Gruppen des Dachverbandes CONAIE stehen heute in Opposition zur Regierung. Sie hatten seit 1990 mit ihren Aufständen gegen die Vorgängerregierungen entscheidend zum Verfassungsprozess und zum Machtwechsel beigetragen. Auch das Zurücknehmen der Yasuni-Initiative brachte die Regierung in Konflikt mit sozialen Bewegungen. Nachdem von internationalen Gebern nicht genug Geld zugesagt wurde, erklärte Präsident Correa 2013 die Initiative für gescheitert und erlaubte Ölbohrungen im Nationalpark. Indigene und Umweltorganisationen forderten, den Nationalpark auch ohne internationale Kompensationszahlungen zu schützen.

KRISE 2: Der Absturz des Ölpreises und anderer Rohstoffpreise stürzte Ecuador wie andere Länder der Region in eine Wirtschaftskrise, wenn auch weniger stark als etwas Venezuela. Damit geriet auch die Politik der Armutsbekämpfung an ihre Grenze.

ALTERNATIVEN TROTZ KRISEN: Trotz der Enttäuschung über die Regierung: Die Verfassung sehen viele EcuadorianerInnen weiterhin als großen Fortschritt. Das Sumak Kawsay – der indigene Begriff, der dem Konzept des «Buen vivir» zugrunde liegt – bleibt ein wichtiger Bezugspunkt für eine solidarische, die natürlichen Lebensgrundlagen erhaltende Gesellschaft. Ein Beispiel, wie trotz Krise Konzepte des Buen Vivir praktisch umgesetzt werden können, erlebte die Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Kleinstadt Cayambe, eineinhalb Stunden nordöstlich von Quito gelegen. Einen Tag lang begleitete sie den ersten indigenen Bürgermeister des gleichnamigen Kantons, Guillermo Churuchumbi. 2014 gewann Churuchumbi als linker Kandidat der indigenen Partei Pachakutik die Wahl und regiert seither den Kanton mit 85.000 EinwohnerInnen. Der Bürgermeister sprüht vor Energie. Er nutzt Spielräume, die die Verfassung bietet, zum Beispiel um die Wasserversorgung nicht nur für die großen BlumenproduzentInnen in der Stadt Cayambe, sondern auch für die indigenen Gemeinden zu sichern. Anstelle der neoliberalen Public-Private-Partnerships hat er Public-Community-Partnerships eingeführt und bekämpft damit auch die paternalistische politische Kultur: «Hier geht es nicht darum, dass die Leute darauf warten, dass der Staat alles für sie tut. Sie sollen in direkter Demokratie mitentscheiden, aber auch direkt

mitgestalten und dabei mit Hand anlegen», so Churuchumbi. Indigene Traditionen wie die Gemeinschaftsarbeit der «Minga» führte er auch in städtischen Gegenden ein. So pflasterten in einer Gemeinde die BewohnerInnen ihre Zufahrtsstraße. Der Kanton, der nicht die Mittel hat, alle Straßen zu unterhalten, sorgt dafür, dass Stadtviertel für eine solche Initiative das Baumaterial gestellt bekommen.

ALTERNATIVEN IM DIALOG: Wir sind über die globalen Wirtschaftskreisläufe eng miteinander verbunden, aber wie können wir auch den Kampf für Alternativen in Nord und Süd zusammenbringen? Gibt es eine produktive Verbindung zwischen dem europäischen «Granatenwort» Degrowth und dem andinen Sumak Kawsay? Was können wir der «imperialen Lebensweise» entgegenzusetzen, die Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite vergrößert, Naturzerstört und zur Migration zwingt? Endgültige Antworten darauf lassen sich nicht finden – der Austausch immerhin ist begonnen, und ist es wert, jenseits von aktuellen Ölpreisschwankungen und Krisenkonjunktur, weitergeführt zu werden.



WWW.ROSALUX.ORG.EC/DE
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/40721

KARIN GABBERT LEITET DAS AUSLANDSBÜRO AN DEN REGION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN QUITO/ECUADOR. FERDINAND MUGGENTHALER IST REFERENT AMERIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BRITTA BECKER

DIE BASF UND DAS MASSAKER

MARIKANA: INITIATIVEN MACHEN KONZERN MITVERANTWORTLICH FÜR DIE TOTEN

Im Jahr 2012 erschoss die Polizei im südafrikanischen Marikana 34 streikende Bergarbeiter. Für das Massaker trägt nach Ansicht von Bürgerrechtsorganisationen auch der deutsche Chemiekonzern BASF Verantwortung.

Die Bluttat rief weltweit Entsetzen hervor. In Erinnerung blieben Berichte über brutale Polizeiaktionen, die an die Apartheid erinnerten, und die Ignoranz und Korruptierbarkeit der südafrikanischen Politik. In Vergessenheit geraten ist hingegen der Anlass des Streiks und die Tatsache, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen im «Platinum Belt» von Südafrika nach wie vor katastrophal sind. Vollkommen unbeachtet blieb damals wie heute, wie die deutsche Industrie durch global agierende Unternehmen und über ihre weltweiten Lieferketten in den Fall verstrickt ist. Recherchen von Jakob Krameritsch und Maren Grimm von der Universität der bildenden Künste Wien förderten zu Tage, dass der deutsche Chemiekonzern BASF ein Hauptkunde des größten südafrikanischen Platinminenbetreibers Lonmin ist. BASF bezieht von diesem jährlich Platin im Wert von mehr als 450 Millionen Euro. Besonders pikant ist, dass die Geschäftsbeziehung laut der schweizerischen Handelszeitung über eine Tochterfirma in der schweizerischen Steueroase Zug abgewickelt wird. Lonmin wurde durch die südafrikanische Untersuchungskommission eine Mitschuld am Massaker von Marikana attestiert.

Obwohl BASF durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Initiativen wie dem UN Global Compact, und durch Selbstverpflichtungen damit wirbt, Verantwortung entlang ihrer Lieferketten zu übernehmen, sprechen die Bedingungen am Beginn der Platinlieferkette in Südafrika eine andere Sprache. Die Sicherheits- und Arbeits-

bedingungen der Minenarbeiter sind unzureichend, der Gesundheitsschutz ist weiterhin sehr schlecht und die Lebensbedingungen in informellen Hütten-siedlungen ohne Zugang zu Strom und fließendem Wasser sind nach wie vor unzumutbar. Fast vier Jahre nach den Ereignissen von Marikana – die traumatisch waren für das ganze Land, insbesondere aber für die betroffenen Familien – setzt sich ein Netzwerk von Organisationen und AktivistInnen im Rahmen der Kampagne «BASF und das Massaker von Marikana» für soziale Gerechtigkeit ein. Vom 20. bis 30. April reisten Agnes Thelejane und Ntombizolile Mosebetsane, die Witwen zweier im August 2012 getöteter Bergleute, gemeinsam mit Bischof Johannes Seoka, einem Sprecher der Minenarbeiter sowie Nomarussia Bonase und Judy Seidmann nach Österreich, Deutschland und in die Schweiz. Ziel der Kampagne ist es die Öffentlichkeit, die AktionärInnen von BASF und insbesondere das Unternehmen selbst zur Einhaltung ihrer selbst gesteckten Verpflichtungen aufzufordern und Entschädigung einzufordern. Obwohl bis dato jegliche Kontaktaufnahme von BASF abgelehnt wurde, stellte sich der Verantwortliche für Corporate Social Responsibility bei BASF, Thorsten Pinkepank, auf einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin am 21. April den Forderungen der Kampagne. Er bestätigte, dass BASF eine Verbindung des Unternehmens zu dem Massaker von Marikana sieht und gab unter Berufung auf ein unveröffentlichtes Audit an, dass Verbesserungspotenzial im Bereich Sicherheit festgestellt wurde.

Zugleich betonte er, dass das Unternehmen sein Möglichstes tut um das Unternehmen Lonmin zu «coachen» und bei der Einrichtung eines sogenannten «pre grievance mechanism» zu unterstützen. Die direkten Beschwerden südafrikanische Gäste fanden

dennoch kein offenes Ohr, weder in Berlin noch bei der BASF-Aktionärsversammlung Ende April in Mannheim. Der Antrag der Kritischen Aktionäre und der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), ein Prozent der Dividende in einen Entschädigungsfonds einzuzahlen, wurde abgelehnt. Für die AktionärInnen hätte dies einen Eurocent weniger Ausschüttung pro Aktie bedeutet. Ähnlich ernüchternd war die Reaktion des Vorstandschefs der BASF, Kurt Bock: «Wir können nicht alle Probleme, die sie in Südafrika haben,

hier vor Ort lösen.» Diese Widersprüchlichkeit in den Reaktionen des Unternehmens zeigt, wie unglaublich und wenig hilfreich Selbstverpflichtungen von Unternehmen in der Frage der Sorgfaltspflichten und Lieferkettenverantwortung sind – und wie wichtig und notwendig nationale und internationale Gesetze und Abkommen.

WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/55255

BRITTA BECKER IST PROJEKTMANAGERIN FÜR DAS SÜDLICHE AFRIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DORIT RIETHMÜLLER

DIE LINKEN HABEN ES SCHWER

UKRAINE: KEIN POLITISCHES GEGENPROJEKT ZUM NEOLIBERALEN REFORMWAHN

Im April reiste eine Stiftungsdelegation unter Leitung der Vorstandsvorsitzenden Dagmar Enkelmann in die Ukraine. Die Teilnehmenden sprachen mit linken AktivistInnen, KünstlerInnen und GewerkschafterInnen.

Mahnmale, Denkmäler und Erinnerungsorte begleiten uns auf dem Weg durch das Land. Die Institutskaja-Straße im Zentrum von Kiew ist gesäumt von Steinen, kleinen Barrikaden, Armeehelmen und Fotos. Etwa 100 DemonstrantInnen starben während des «Maidan» vor zwei Jahren in dieser Straße, als vom Dach eines der umliegenden Häuser das Feuer auf die Menge eröffnet worden war. Sehr provisorisch ist dieses Gedenken, ein trotziges Erinnern von unten. Die neue Linke, das wird bereits zu Beginn der Reise klar, hat es schwer in diesem Land. Sozialistische Ideen sind diskreditiert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sollte der neoliberale Kapitalismus das Land retten. An der alten Kommunistischen Partei ist der Wandel vorbeigegangen. Ihre Zeit im Parlament hat sie nicht einmal genutzt, um sich für soziale Rechte einzusetzen. Zu Gute halten kann man ihr allein, dass sie einen Gegenpol bildet zu den neoliberalen Privatisierungs- und Wirtschaftsreformen der letzten Jahre.

In einem kleinen Raum eines Co-Working-Spaces treffen wir uns mit mehreren linken Journalisten. Sie erklären, wie schwierig es ist, im Westen ein realistisches Bild von den Ereignissen in der Ukraine zu bekommen: Hinter jeder im Westen als wahr eingestuften Information stecke ein kompliziertes Konglomerat aus tatsächlicher Wahrheit, Propaganda und Gegenpropaganda. So sei die Beteiligung der Rechten an den Protesten auf dem Maidan Ende 2013 von russischer Seite massiv als Propagandamittel genutzt worden. Ukrainische JournalistInnen hätten kein Öl ins Feuer gießen wollen und deshalb kaum oder nur wenig über die Rechtsextremen berichtet. Die wenigen neutralen SchreiberInnen seien unter Druck gesetzt worden. Das Fazit der MedienvertreterInnen: Nur die Rechten hätten der Regierung des damaligen Präsidenten Victor Janukowitsch etwas entgegenzusetzen vermocht – und sie seien zunächst auch die Einzigen gewesen, die den Sezessionisten in der Ostukraine entschlossen entgegentraten. Die Rechte versteht sich in der Ukraine als einzige Interessenvertretung der sozial Benachteiligten, der KriegsveteranInnen, der einfachen Leute. Auch die Rolle der Anti-System-Bewegung ist ihr geblieben. Ihr Aktionsfeld sei vor allem die Straße, regelmäßig würden linke AktivistInnen bedroht und angegriffen. Zusammen mit ihrer Partei «Rechter Sektor» seien die rechten Bewegungen die einzige politische Struktur, die auf Grundlage einer Ideologie agiere, so die Kiewer JournalistInnen. Bei allen

anderen Parteien handele es sich um «Businessprojekte», die sich um einzelne Protagonisten formierten, meist Oligarchen, denen die in der Region ansässigen Unternehmen und Industrien gehörten. Später treffen wir zwei Gründungsmitglieder der Partei Sozialny Ruch (Soziale Bewegung). Ursprünglich hatte sie geplant, an den Wahlen 2014 teilzunehmen. 10.000 Unterschriften von UnterstützerInnen und 5.000 Euro wären für die Zulassung nötig gewesen. Das war zuviel. Jetzt will die Partei zunächst organisatorisch und inhaltlich stabiler werden, ehe sie wieder antritt. Doch wie wir später auf unserer Reise erfahren werden, gibt es auch Grund zum Optimismus. In der StahlarbeiterInnen-Stadt Krywyj Rih hat sich eine rührige Ortsgruppe gebildet, die mit viel Idealismus ans Werk geht – und bereits 2.500 Unterschriften zusammen hat. Vorerst aber wird wohl als einzige linke Partei die «Allianz linker Kräfte» von Vasilij Volga bei den nächsten Wahlen zugelassen werden – laut unserer Kiewer GesprächspartnerInnen freilich nur ein weiteres «technokratisches» Projekt.



WWW.ROSALUX.DE/NEWS/42403

WWW.ROSALUX.DE/WELTWEIT/EUROPA.HTML

DORIT RIETHMÜLLER IST PROJEKTMANAGERIN SÜDOSTEUROPA/UKRAINE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Gedenken in der Kiewer Institutskaja-Straße. Foto: Johanna Bussemer/RLS





Animierter Blick auf das Sockelgeschoss des geplanten neuen Stiftungsgebäudes. Baubeginn soll nächstes Jahr sein.

AXEL KRUMREY

ENTWURF FÜR DIE ZUKUNFT

JUNGES ARCHITECTINNEN-TEAM GEWINNT WETTBEWERB FÜR STIFTUNGSNEUBAU

Wie heißt es sprichwörtlich? «Gut geplant ist halb gebaut.» Das beherzigt auch die Stiftung, wenn es um ihr neues Bürogebäude geht, das bis 2019 an der Straße der Pariser Kommune 8 gegenüber dem Ostbahnhof entstehen soll.

Ende 2014 erhielt die Stiftung vom Bundesverwaltungsamt den Bescheid über den Erhalt der ersten Rate von Baumitteln. Damit konnte sie in die zuvor gegründete Grundstücksgesellschaft Straße der Pariser Kommune 8 einsteigen und sich ein attraktives Grundstück auf dem alten Postbahnhofs Gelände in Berlin-Friedrichshain sichern. Seither plant die Grundstücksgesellschaft im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zunächst musste ein Architektenwettbewerb vorbereitet und durchgeführt werden. Das sieht der Gesetzgeber so vor, für Gebäude, die er maßgeblich oder komplett finanziert. So wurde ein offener zweiphasiger Realisierungswettbewerb ausgelobt, an dem sich alle – auch junge – Architektenbüros beteiligen konnten, da es kaum Zugangsbeschränkungen gab. Der Stiftung stand dies gut zu Gesicht, wirbt sie doch mit Offenheit und für Pluralismus.

Ende März 2016 stand das Ergebnis fest. Die Jury entschied sich nach einem anonymen Verfahren für den Gebäudeentwurf der Arbeitsgemeinschaft Kim Nalleweg+Trujillo Architekten. Ein Glücksgriff: Es handelte sich dabei um eines jener jungen hochmotivierten Büros, die man mit der Form des Wettbewerbes erreichen wollte. Dass der Wettbewerbssieger auch tatsächlich für die Stiftung bauen wird, stand damit aber noch nicht fest: Denn um die Qualität

des Siegerentwurfs zu sichern und eine reibungslose Baudurchführung zu gewährleisten, verhandelte die Grundstücksgesellschaft mit dem Wettbewerbssieger und mit den drei Drittplatzierten über Vertragsmodalitäten und Honorare. Einen zweiten Platz hatte die Jury nicht vergeben. Pünktlich zur Eröffnung der Ausstellung aller 155 eingereichten Entwürfe konnte der Vertrag mit dem Wettbewerbssieger unterzeichnet werden. Noch in diesem Jahr soll der Bauantrag eingereicht werden. Der erste Spatenstich ist für Frühjahr 2017 geplant. Weil aber gut geplant tatsächlich halb gebaut sein könnte, nehmen wir uns die Zeit, jedes der zehn Stockwerke zu prüfen: Wieviel Fläche benötigt man für die Haustechnik und die Hausanschlüsse? Muss man das Risiko eingehen, ins Grundwasser zu bauen, das an diesem Standort lediglich etwa drei Meter unter der Erdoberfläche steht? Wie kann man den Schallschutz direkt neben den Schienen des Ostbahnhofs sichern? 80 Fahrradstellplätze und mindestens 155 Arbeitsplätze müssen am und im Haus untergebracht werden – höher als 36,5 Meter will die Stiftung allerdings nicht bauen, weil sie sich an die städtebauliche Vereinbarung im Kontext des Bürgerentscheides zu MediaSpree gebunden fühlt. Und wie wohltuend wäre es, wenn ausgerechnet eine linke Bildungseinrichtung zeigen könnte, wie man richtig baut.

WWW.ROSALUX.DE/STIFTUNG/DER-NEUBAU-DER-STIFTUNG.HTML

AXEL KRUMREY IST LEITER DES BAUSTABS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND GESCHÄFTSFÜHRER DER GRUNDSTÜCKSGESELLSCHAFT STRASSE DER PARISER KOMMUNE 8

STEFAN THIMMEL

WACHSENDE BRISANZ

KONFERENZ IN WEIMAR BESCHÄFTIGTE SICH MIT DER WOHNUNGSFRAGE

Rasant steigende Immobilienpreise sowie explodierende Mieten – die Wohnungsfrage, die natürlich auch eine soziale Frage ist, wird in Zukunft weiter an Brisanz gewinnen.

Darin waren sich rund 300 WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, PraktikerInnen und AktivistInnen einig, die Mitte Mai zur Konferenz «Wohnen für Alle» der Bauhaus-Universität und der Hermann-Henselmann-Stiftung nach Weimar gekommen waren. In sieben Panels wurde die neue Wohnungsfrage, ihre Ursprünge, ihre politische Bearbeitung und alternative Strategien für bezahlbaren Wohnraum diskutiert. Ursächlich für die aktuelle «Sause» auf dem Immobilienmarkt sind für Susanne Heeg von der Goethe-Universität Frankfurt die polit-ökonomischen Zusammenhänge zwischen der wachsenden Bedeutung von Wohneigentum als Vermögenswert, vermehrtem Auftreten institutioneller Anleger und neoliberaler Restrukturierung des Wohlfahrtsstaats. Der Stadtforscher Andrej Holm von der Humboldt-Universität Berlin bezeichnete die Wohnungspolitik der letzten 25 Jahre als eine Kombination aus «Markt- und Staatsversagen» und forderte die Einführung einer erneuerten Gemeinnützigkeit für kommunale und soziale Träger. Holm kritisierte die Abschaffung der Gemeinnützigkeit 1990 scharf und machte deutlich, dass eine dauerhafte Schaffung bezahlbaren und angemessenen Wohn-

raums derzeit nicht möglich sei. Bernd Hunger vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen machte dagegen klar, dass kommunale Unternehmen bereits heute gemeinnützig agieren und eine Verengung ihrer wirtschaftlichen Spielräume die Umsetzung innovativer Projekte behindern könnte. Aber auch er äußerte scharfe Kritik an der aktuellen Förderpraxis: der Förderung des sozialen Wohnungsbaus von einer Milliarde Euro stehen 17 Milliarden Euro an Unterstützungsleistungen für Personen gegenüber, die sich die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten können. Katrin Lompscher, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Abgeordnetenhaus Berlin und Vorstand der Hermann-Henselmann-Stiftung, stellte die aktuelle Wohnungssituation und die Wirkungen des beschlossenen Wohnraumgesetzes dar und benannte Herausforderungen und Lösungsansätze einer sozialen Wohnraumversorgung. Auch die Beispiele aus Leipzig, Hamburg und Berlin sowie aus der Schweiz und Österreich zu gemeinnützigem Wohnungsbau und nicht profitorientierten Projekten machten die Konferenz zu einem gelungenen Mix aus Theorie, Politik und Praxis.

WWW.ROSALUX.DE/KULTUR-MEDIEN/THEMA/KULTURKUNSTARCHITEKTUR

STEFAN THIMMEL GEHÖRT DEM VORSTAND DER HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG AN

JÖRG STAUDE

AN DEN MÄNNERN VORBEI

POLITIKERINNEN UND JOURNALISTINNEN SPRACHEN ÜBER «FRAUEN AN DER MACHT»

Eine ganze Generation «mächtiger» Frauen brachte die Stiftung im April in der Berliner Kulturbrauerei zu einer Diskussionsrunde zusammen.

Es waren die langjährige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die grüne Ex-Parteivorsitzende Claudia Roth, die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping, die Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf, die Stiftungs-Vorsitzende Dagmar Enkelmann, die Chefin der Grundwertekommission der SPD, Gesine Schwan, und die ehemaligen Chefredakteurinnen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, Luc Jochimsen und Marion von Haaren. Sie diskutierten, ob Frauen an der Macht anders sind als Männer, ob sie das An-der-Macht-Sein anders interpretieren? Claudia Roth sah ihre Rolle an der Parteispitze vor allem darin, für Andere Räume für Debatte zu öffnen und Themen zu setzen. Gesine Schwan zitierte Hannah Arendt: Macht sei das Vermögen, zusammen mit anderen Projekte auf den Weg zu bringen. Die Mehrheit der «mächtigen» Frauen, die sie kenne, würde ihre Arbeit eher inhaltlich betrachten.

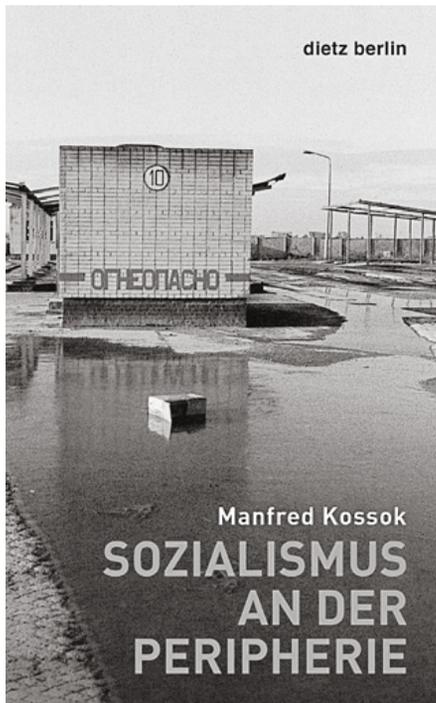
Katja Kipping zieht einen direkteren Zugriff auf Macht vor. Ein Vorteil ihres Amtes sei, auf die Öffentlichkeit Einfluss nehmen zu können, um etwa für Ideen wie das bedingungslose Grundeinkommen zu werben. Ein ähnlich pragmatisches Verhältnis zur Macht pflegt Ulla Schmidt. Wenn man sich um Funktionen bewirbt, bewirbt man sich auch um Einfluss und darauf, etwas zu verändern. Mit

dieser Art Macht ist die Stiftungsvorsitzende Dagmar Enkelmann weniger ausgestattet. Wenn sie in der Stiftung sagen würde, sie sei jetzt eine mächtige Frau, würde man sie sicher «für verrückt erklären», sagte sie. Aber auch wenn die Stiftung eine sehr demokratische Institution sei, weiß Enkelmann um ihren Einfluss. So habe sie schon einmal gedroht, eine Veranstaltung abzusagen, weil wieder nur Männer auf dem Podium sitzen sollten. Katja Wolf und Marion von Haaren brachten einen weiteren Aspekt ein. Ein wesentlicher Grund, warum sie Chefredakteurin wurde, war, dass im WDR ein harter Sparkurs gefahren werden sollte, sagte von Haaren. «So etwas können Frauen offenbar besser vermitteln.» Dass die Stadt Eisenach sparen muss, sieht auch Katja Wolf als einen Grund an, warum sie letztlich als Frau Oberbürgermeisterin wurde. Krisen sind offenbar Momente, in denen Frauen leichter in mächtige Positionen kommen. Als Fazit des Abends bleibt: Frauen sollen keine Angst haben, als «Quotenfrau» zu gelten, denn einen anderen Weg an den Männern vorbei gibt es oft nicht. Frauen sollten selbstbewusst nach der Macht greifen und Netzwerke bilden, um ihre Ideen unterzubringen. So wie es Gesine Schwan ausdrückte: «Frauen müssen dafür sorgen, dass mehr Frauen Macht haben, damit ihre Erfahrungen da sind und Demokratie besser funktionieren kann.»

WWW.ROSALUX.DE/EVENT/55650

JÖRG STAUDE IST GESCHÄFTSFÜHRER DER LINKEN MEDIENAKADEMIE

Kein Sozialismus
ohne Zivilgesellschaft



Manfred Kossok
**SOZIALISMUS
AN DER PERIPHERIE**
HERAUSGEGEBEN VON JÖRN SCHÜTRUMPF
128 SEITEN, BROSCHUR, 12,90 EURO
ISBN 978-3-320-02324-9
KARL DIETZ VERLAG BERLIN 2016

VERA WEILER

BLICK AUF DAS ENDE

DIE SPÄTEN SCHRIFTEN DES HISTORIKERS MANFRED KOSSOK BEFASSEN SICH MIT DER POLITISCHEN WENDE IN DER DDR

Das Buch bringt eine Reihe von Aufsätzen zusammen, in denen Manfred Kossok, viele Jahre Leiter des Lehrstuhls für allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Leipziger Universität, auf das Ende des Sozialismus in der DDR und deren Anschluss an die BRD zurückblickt.

Diese Arbeiten, geschrieben in der Zeit von Anfang 1990 bis zum Tod des Autors im Februar 1993, werden ergänzt durch eine gekürzte Version des Aufsatzes «Zur Methodologie der vergleichenden Revolutionsgeschichte der Neuzeit». In diesem hatte Kossok 1974 schon einmal vorgeschlagen, den Horizont der vergleichenden Revolutionsstudien auf die sozialistische Revolution auszudehnen.

In der Wendezeit kam er darauf zurück. Das wird zum einen deutlich in dem Gedanken, nicht nur die Durchsetzung der kapitalistischen Ordnung, sondern auch die Konsolidierung einer auf Dauer gestellten sozialistischen Gesellschaftsalternative bedürfe wohl mehrerer Revolutionen. Eine solche Sicht erlaubte zumindest für kurze Zeit, den Aufbruch vom Herbst 1989 verbunden mit einer sozialistischen Perspektive zu denken und in ihm zunächst eine historische Chance zu sehen.

Kossoks Vorstellungen davon, was von einer Revolution bleibt, waren geprägt durch seine Sicht auf den bürgerlichen Revolutionszyklus, insbesondere den Frankreichs. Besonders angetan hatten es Kossok die radikalen Kräfte, die in der Grossen Revolution in Frankreich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in umfassenderer Weise gefordert hatten als die Bourgeoisie. Ihr eigenständiges Eingreifen ins Geschehen verbindet sich unverkennbar mit der Geburt des modernen Citoyen.

Ein Geheimnis war es nie, dass keines der Länder des realen Sozialismus auf vergleichbare Erfahrungen zurückgreifen konnte. Nur war die Frage geächtet, ob und inwiefern die autoritären Züge des Sozialismus auf diese Tatsache oder auf das allgemeine Entwicklungsniveau Russlands zur Zeit der Oktoberrevolution zurückzuführen sei. Die Schriften des Bandes durchzieht diese Frage wie ein roter Faden. Wer es nicht beim entfesselten Raubtierkapitalis-

mus belassen will – und das traf auf Kossok unzweifelhaft zu – der sieht sich zwingend vor die Frage gestellt, woran die Schaffung einer dauerhaften Alternative zu diesem im zwanzigsten Jahrhundert gescheitert ist.

Kossok sieht ein erhebliches Problem in der Entwicklung der Produktivkräfte. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, die mit dem Zeitalter der Informatik anbrach, so konstatiert er, vermochte der sozialistische Block nicht mithalten. Gut möglich, dass der Autor dies zurückführte auf die politische Beschneidung der schöpferischen Möglichkeiten der Menschen in der dirigistischen Planwirtschaft, doch näher geht er darauf nicht ein. Wichtiger war für ihn die Aufklärung des offensichtlichen Demokratiedefizits des Machtsystems, eines Systems, das, wie er es sah, auf der Anwendung direkter Gewalt beruhte. In diesem sei einst die revolutionäre Gewalt geronnen, die niemals durch die reguläre Betätigung von Citoyens hat abgelöst werden können. Den Citoyen und dessen zivile Kultur des Mehrheitskonsenses hatte es vor dem Sozialismus nicht gegeben, und beides hat sich im Laufe sozialistischer Herrschaft nicht formieren können.

Dieses verhängnisvolle Demokratiedefizit als Kernproblem des realen Sozialismus führt Kossok in hohem Masse auf die Rückständigkeit der Bedingungen zurück, die vor der Oktoberrevolution 1917 herrschten. Es sind Bedingungen der Peripherie nicht nur im Hinblick auf das Weltwirtschaftssystem, sondern ebenso der politischen Kultur. Ein Einübung parlamentarischer Kultur fehlte ebenso wie ein bürgerliches Demokratieverständnis, dem die Gesellschaft mit von Unverstand geprägter Geringschätzung gegenüber stand. Diese Voraussetzungen schlugen sich in geschlossenen Machtstrukturen nieder, die einer bestimmten Kultur und Kommunikationsweise entsprachen, die sie beständig reproduzierten und mit Gewalt an der Herrschaft hielten.

Für die Zukunft sah Kossok die Notwendigkeit einer globalen Alternative. Offen ließ er, wie eine solche entstehen könnte.

VERA WEILER IST HISTORIKERIN AN DER UNIVERSIDAD NACIONAL DE COLOMBIA IN BOGOTÁ/KOLUMBIEN

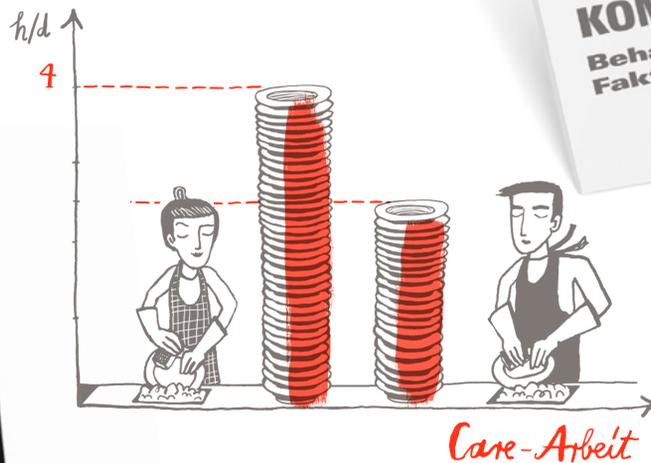
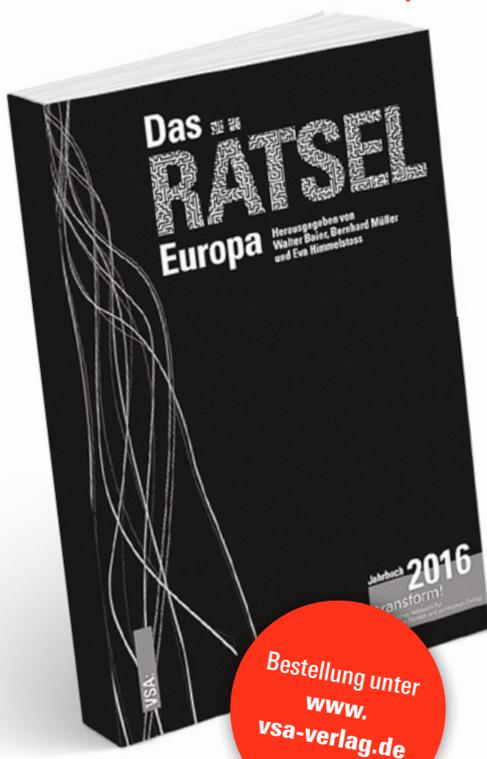
AKTUELLE PUBLIKATIONEN

Anna Schiff

IST DOCH EIN KOMPLIMENT ... Behauptungen und Fragen zu Sexismus

«Das ist doch kein Sexismus, das ist doch ein Kompliment ...» Wer Sexismus zum Thema macht, hört nicht selten solche Sätze. Sie geben deutlich zu verstehen: Hier gibt es kein Problem, hier muss über nichts gesprochen werden. Und wenn es hier ein Problem geben sollte, dann ist es dein privates. Sexismus ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Gleichwohl ist es schwer, Sexismus da zu benennen, wo er auftaucht. Umso wichtiger ist es, dass wir uns darüber verständigen, wenn wir es mit Sexismus zu tun haben.

«LUXEMBURG ARGUMENTE» NR. 9
40 SEITEN, ISSN 2193-5831, JUNI 2016



Walter Baier, Bernhard Müller, Eva Himmelstoss (Hrsg.)

DAS RÄTSEL EUROPA transform! Jahrbuch 2016

Das Jahr 2015 war geprägt durch die Auseinandersetzungen zwischen Griechenlands linker Regierung und der Troika, den wachsenden Zustrom von Schutzsuchenden nach Europa und den weiteren Aufstieg des Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund dieses Krisenszenarios und der griechischen Erfahrungen gibt es in der europäischen Linken eine intensive und kontroverse Debatte über ihre Haltung zu Europa, die im transform! Jahrbuch 2016 dokumentiert wird. Was ist die linke Alternative zum neoliberalen Europa?

304 SEITEN, BROSCHEUR, 22,80 EURO, ISBN 978-3-89965-710-4, VSA:VERLAG 2016

IMPRESSUM **ROSALUX** — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin · Kontakt: Tel. 030 44310-130, journal@rosalux.de · Vertrieb: Tel. 030 44310-123, bestellung@rosalux.de
Redaktion: Harry Adler, Martin Beck, Andreas Bohne, Lutz Brangsch, Erwin Heil (Bilder), Henning Heine (V.i. S. d. P.), Christoph Lammers, Juliane Schumacher (Schlussredaktion), Sandra Thieme, Verona Wunderlich · Redaktionschluss: 11. Juli 2016 · Titelbild: David Magorian/Shutterstock · Satz: Heike Schmelter · Gesamtherstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 4.000 Stück · Printed in Germany, Juli 2016 · ISSN 1864-6794 · Dieser Ausgabe liegt Material der Journals «Welt-Sichten» bei.

REDAKTION journal@rosalux.de
GEDRUCKTE AUSGABEN
bestellung@rosalux.de
DOWNLOAD ALS PDF
http://journal.rosalux.de
ABONNEMENT UND WEITERE
STIFTUNGSINFOS
https://info.rosalux.de

«Dass die großen Länder in Nordamerika und Westeuropa Steuerparadiese dulden und auch selbst gründen - die USA gelten als größte Steueroase der Welt - dürfte daran liegen, dass sie «schwarze» Gelder für sich nutzbar machen wollen. Die Duldung von Steueroasen ist damit eine Variante investorenfreundlicher Politik. Die Kosten: Allein den Staaten der EU entgehen durch Steuerhinterziehung jährlich etwa 50 bis 70 Milliarden Euro.»»

WIM ZIMMER